

37. Sitzung vom 04. März 2008

(Beginn:15.48 Uhr - Ende 21.13 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 37. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2004/2009. Ich begrüße ganz herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Herr Dr. Lemper, Herr Lierenfeld und Frau de Bellis.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]:
Und Herr Ludwig!)

- Herr Ludwig war mir zwar nicht gemeldet, aber ich nehme das jetzt mit auf.

Als Stimmzähler benenne ich Frau Gärtner, Herrn Kaske und Herrn Ünal.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie üblich die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zusetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben am 3. März fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Verlegung der Kommunal- und OB-Wahl 2009“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 01 behandeln.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 3.1, 3.2 und 3.3, 9.13 und 9.14, 23.3 und 24.3. Der Punkt 9.15 wird von der Tagesordnung abgesetzt. Gibt es dazu oder auch zur Reihenfolge der Tagesordnung Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Änderungsanträge zur Tagesordnung ab. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 01:

01 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Verlegung der Kommunal- und OB-Wahl 2009“

AN/0442/2008

Hierzu liegen mir mehrere Wortmeldungen vor. Für die antragstellende Fraktion spricht zunächst Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Jahr 2009 finden drei Wahlen statt: die Europawahl, die Kommunalwahl und die Bundestagswahl. Von daher ist es sinnvoll, darüber nachzudenken, wie eine Bündelung auf zwei Termine vonstatten gehen kann, um insbesondere die ehrenamtlichen Wahlvorstände und die vielen Ehrenamtlichen, die in den Parteien aktiv sind, nicht dreimal zu belasten.

Die Bundestagswahl wird aller Voraussicht nach im Herbst 2009 stattfinden. Eine Zusammenlegung der Bundestagswahl mit der Kommunalwahl wäre also naheliegend; denn die Amtszeit des Rates endet am 20. Oktober 2009. Die Europawahl wird aller Wahrscheinlichkeit nach am 7. Juli 2009, also einige Monate vorher, stattfinden.

Die CDU-FDP-Landesregierung beabsichtigt nun, die Kommunalwahl mit der Europawahl zusammenzulegen. Diese Entscheidung ist extrem ungünstig, um es einmal vorsichtig zu formulieren. Denn: Zunächst einmal müssten dazu die Gemeindeordnung und die Kommunalgesetzgebung wieder geändert werden. Das hat zum Beispiel mit der Einberufungszeit für die Räte zu tun, aber auch damit, dass bei der Europawahl bis 21 Uhr gewählt wird, während die Kommunalwahl bereits um 18 Uhr endet. All diese Dinge, die gerade erst vereinbart wurden, müssten dann schon wieder geändert werden. Was soll's, denken CDU und FDP. Was nicht passt, wird eben passend gemacht.

Aber, ehrlich gesagt, wirklich absurd ist ein ganz anderer Sachverhalt. Wenn der Oberbürgermeister und der Rat der Stadt Köln im Juni gewählt würden, wären der aktuelle Rat und der alte Oberbürgermeister noch fünf Monate im Amt,

(Josef Müller [CDU]: Auch danach noch!)

nämlich bis zum 20. Oktober. Köln hätte also für mehrere Monate zwei Räte und zwei Oberbürgermeister. Die spannende Frage ist: Kann der Bürger überhaupt noch nachvollziehen, wer dann die Entscheidungen trifft? Und: Was macht

37. Sitzung vom 04. März 2008

eigentlich der abgewählte OB in diesen fünf Monaten? Zyniker würden sagen: Nichts anderes als vorher.

Aber im Ernst, sehr verehrte Damen und Herren, eines wird doch ziemlich deutlich: CDU und FDP machen hier reine Machtpolitik.

(Zurufe bei der CDU: Oh!)

Noch viel schlimmer ist, dass zum ersten Mal das hohe Gut einer Demokratie, nämlich eine hohe Wahlbeteiligung, der Machtpolitik geopfert wird. Wir sind das schon gewohnt, haben wir das doch schon einmal erlebt, nämlich im Zusammenhang mit der Abschaffung der Stichwahl. Sie erinnern sich an die Situation, als die Bundeswehr in den Kongo geschickt werden sollte. Das sollte dort die Stichwahlen retten, in Nordrhein-Westfalen aber wurden diese abgeschafft. Das war ein erstes Indiz dafür, wie hier in Nordrhein-Westfalen mit Demokratie umgegangen wird.

Ein Zweites setzt dem Ganzen noch die Krone auf: Sie verfolgen mit der Zusammenlegung der Wahlen das Ziel einer geringen Wahlbeteiligung. Ihr Ziel ist eine geringe Wahlbeteiligung, nichts anderes. Denn: Wie wir alle wissen, beträgt die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen 80 Prozent plus X, während sie bei Europawahlen in der Vergangenheit nur bei 40 Prozent plus X lag. Das bedeutet - aus FDP-Perspektive nachvollziehbar -: Es werden weniger Menschen wählen gehen. Die FDP ist 1994 und 1976 bei zusammengelegten Bundestagswahlen und Kommunalwahlen aus den Kommunalparlamenten in Nordrhein-Westfalen herausgeflogen. Aber ich kann Sie beruhigen: Das wird nicht passieren; denn es gibt ja keine 5-Prozent-Klausel mehr.

Was mich aber noch mehr ärgert, liebe Kolleginnen und Kollegen von der traditionsreichen Volkspartei CDU, ist: Warum lassen Sie sich zum wiederholten Male von der FDP durch die Manege in Nordrhein-Westfalen ziehen? Warum haben Sie, die es eigentlich nicht nötig hätten, Angst vor den Menschen in dieser Stadt? Warum haben Sie Angst vor einer hohen Wahlbeteiligung? Das ist ein skandalöser Vorgang.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage ganz deutlich: Wie auch immer CDU und FDP hier Machtpolitik und Manegenzauber betreiben und egal ob im September oder im Juni 2009 gewählt wird: Die Zeit ist reif für einen Wechsel in Köln. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Vordergründig scheint das ein guter Vorschlag zu sein; denn damit wird das Argument verknüpft, dass man so Kosten spart. Das ist zunächst einmal ein ehrenwertes, legitimes Anliegen. Aber das könnte man - darauf hat Jochen Ott hingewiesen - sehr wohl auch durch eine Zusammenlegung von Kommunalwahl und Bundestagswahl erreichen.

Auf den zweiten Blick entpuppt sich dieses Vorhaben allein als parteitaktisches Kalkül. Erfahrungsgemäß hat die Europawahl leider die geringste Wahlbeteiligung. CDU und insbesondere die FDP erhoffen sich nun Vorteile, weil traditionell insbesondere die Sozialdemokraten am meisten unter einer geringen Wahlbeteiligung zu leiden haben. Verkürzt kann man sagen: CDU und FDP profitieren von einer geringen Wahlbeteiligung, während insbesondere die SPD unter einer geringen Wahlbeteiligung zu leiden hat. Die CDU macht dieses parteitaktische Manöver nur, um ihrem politischen Gegner zu schaden.

(Helmut Jung [CDU]: Schön so!)

Das ist reines parteitaktisches Getrickse und Taktieren.

Wenn wir Grüne das genauso wahltaktisch sehen würden, müssten wir eigentlich dafür sein; denn unsere besten Wahlergebnisse haben wir bei Europawahlen erzielt. In Köln kamen wir zum Beispiel bei den letzten Europawahlen auf etwa 24 Prozent - die Nachkommastellen habe ich jetzt nicht im Kopf -

(Martin Börschel [SPD]: Komma zwei!)

ein für Grüne stattliches Wahlergebnis. Trotzdem, liebe FDP, sind wir entschieden dagegen und appellieren an Ihre demokratische Grundhaltung, aber natürlich auch an die der CDU. Alle Demokraten müssen sich für eine hohe Wahlbeteiligung einsetzen und ein Interesse daran haben, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter den gewählten Räten, Parlamenten usw. steht. Auf keinen Fall darf die größte Fraktion im Rat

37. Sitzung vom 04. März 2008

einer Stadt die Fraktion der vereinigten Nichtwähler sein.

Wahltaktische Spielchen der jeweils Regierenden haben gerade wir Grünen am eigenen Leib erfahren müssen, zum Beispiel bei dem Neuzuschnitt von Wahlbezirken, die so lange neu zugeschnitten wurden, bis man der Hoffnung war, dass Grüne keine Direktmandate mehr erobern können. Das ist gründlich in die Hose gegangen, wie man weiß.

Das neue Düsseldorfer Szenario für die Festsetzung der Wahltermine wird vielleicht kurzfristig Erfolg haben, aber, liebe FDP und liebe CDU, langfristig sicher nicht. Lassen Sie die Taktikerei und Trickserie, machen Sie gute Politik für die Menschen in unserem Land und stellen Sie sich dem fairen Wettbewerb! Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. Bürgermeister Müller spricht für die CDU-Fraktion.

Josef Müller (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich der SPD und den Grünen ein schlechtes Gedächtnis bescheinigen. Eine Aktuelle Stunde zum gleichen Thema hatten wir bereits am 29. August letzten Jahres, also vor einem halben Jahr. SPD und Grüne hatten damals beantragt:

Der Rat beauftragt den Oberbürgermeister, nachfolgende gemeinsame Resolution an das Land zu schicken:

Der Rat der Stadt Köln lehnt Überlegungen der Landesregierung, im Jahr 2009 Bundestags- und Kommunalwahl terminlich zu trennen, ausdrücklich ab.

Dieser Antrag ist von SPD, Grünen und Linken vor einem halben Jahr beschlossen worden. Leiden Sie an Gedächtnisschwund,

(Jochen Ott [SPD] Ihr trickst seit über einem halben Jahr mit allen Mitteln! Das ist das Problem!)

oder warum machen Sie heute eine Aktuelle Stunde zum gleichen Thema?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat doch gar nichts miteinander zu tun!)

Zur Sache. Wir stehen inhaltlich voll hinter den Argumenten des Herrn Innenministers; Herr Wolf legt ja den Termin fest. Endlich bekommen die Kommunalwahlen den Stellenwert, der ihnen zusteht.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was für ein Unsinn, Herr Müller!)

- Ja, dazu können Sie klatschen. - So rücken kommunalpolitische Themen mehr in den Fokus der Wählerinnen und Wähler.

Die Sorge, dass europäische Themen die kommunalen Themen überlagern, ist unbegründet. Der renommierte Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte hat festgestellt:

Kommunalwahlen werden im Vergleich zu den Europawahlen von den Bürgerinnen und Bürgern als wichtiger erachtet. Sie werden unter diesen Voraussetzungen ihre Wahlentscheidung von kommunalpolitischen Fragestellungen abhängig machen.

- Genau das wollen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen einmal ausdrücklich klarstellen: Der Oberbürgermeister hat in dieser Zeit eine gute Arbeit geleistet. Das werden wir im Wahlkampf herausstellen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, dann habt Ihr das doch gar nicht nötig!)

- Das bestimmen wir gar nicht.

Das Argument von Rot-Grün, Bürgermeister und Räte müssten dann auf ihren Amtsantritt über drei Monate warten, ist nicht stichhaltig. Nahezu unmittelbar nach den Wahlen beginnen die Sommerferien, die vom 2. Juli bis zum 14. August andauern. Diese Zeit könnten die dann neu gewählten Kolleginnen und Kollegen - ich hoffe, dass es viele junge Kolleginnen und Kollegen sind - nutzen, um sich weiterzubilden, zum Beispiel durch Schulungen im Bereich des Neuen kommunalen Finanzmanagements, NKF,

37. Sitzung vom 04. März 2008

etc., und sich auf ihre Arbeit hier im Rat vorzubereiten. Im Übrigen ist diese kurze Pause einmalig, da künftig Kommunalwahlen immer zusammen mit den Europawahlen stattfinden werden, was wir sehr begrüßen.

Eine Entkopplung der Kommunalwahl von der Bundestagswahl hat noch einen weiteren Vorteil: Bei der Kommunalwahl müssen die Wählerinnen und Wähler drei Wahlentscheidungen treffen, nämlich bezüglich der Wahl des Oberbürgermeisters, der Wahl des Stadtrats und der Wahl zu den Bezirksvertretungen. Wenn dann noch zwei Stimmabgaben für die Bundestagswahl dazukommen, halte ich das für nicht so günstig.

(Zurufe von Jörg Detjen [Die Linke.Köln und Jochen Ott [SPD])

Sie befürchten doch, dass hier in Köln kommunalpolitische Themen die Hauptrolle spielen. Das befürchten Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Wenn das einer fürchtet, dann seid Ihr das!)

Das werden wir Ihnen aber nicht durchgehen lassen. Der Oberbürgermeister wird eine gute Bilanz vorlegen.

Jochen Ott hat abschließend gesagt, eigentlich sei es egal, wann die Wahl stattfindet. Wenn es denn egal ist, dann lassen Sie es uns doch so machen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Müller. Für die FDP bitte ich Herrn Sterck ans Rednerpult.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der böse Bube, der uns jetzt etwas über Demokratie erzählt! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der hat das nämlich angerührt!)

Ralph Sterck (FDP): Ja, darauf wollte ich eingehen, Herr Frank. Damit haben Sie nämlich Recht. - Aber lassen Sie mich zunächst den Begriff Gedächtnisschwund, wie es Bürgermeister Müller genannt hat, aufgreifen, nämlich dass wir nun zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres auf Antrag von Rot-Grün eine Aktuelle Stunde zum gleichen Thema durchführen,

(Martin Börschel [SPD]: Sie kommen ja ständig mit etwas Neuem, Herr Sterck!)

um die zigste Resolution seit Mai 2005 gegen die Politik der Landesregierung zu verabschieden. Ich wäre der Mehrheit hier im Hause dankbar, wenn sie sich einmal durch positive Vorschläge qualifizieren würde,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben wir gemacht!)

statt sich ständig nur von der Politik der Landesregierung abzugrenzen.

Zu dem, was Herr Frank mit seinem Zwischenruf angedeutet hat, möchte ich mich entsprechend outen. Die Kölner FDP und auch ich haben dieses Thema in Düsseldorf im Vorstand der VLK forciert.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Hört! Hört! - Weiterer Zuruf: Er gibt es zu!)

Auch der Antrag, der bei uns im Landeshauptausschuss verabschiedet worden ist, nämlich dass die Kommunalwahl idealerweise mit der Europawahl zusammen durchgeführt werden sollte, kam vom Kreisverband Köln.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Hört! Hört!)

Selbst die Idee, dies nicht nur für diese eine Wahl, sondern langfristig so zu machen, um auch die Wahlbeteiligung von Kommunalwahl und Europawahl entsprechend zu stützen, kam aus unserem Kreisverband. Von daher brauchen Sie nicht nach Düsseldorf zu zeigen. Die dafür Verantwortlichen sitzen hier im Ratssaal.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Es ist doch vielmehr so, Herr Börschel und Herr Ott, dass Sie Ihr Linksbündnis hier im Kölner Rat hinter der Bundespolitik verstecken wollen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Beck soll sagen können: Wir machen nach der Bundestagswahl kein Bündnis zusammen mit der PDS - ob man ihm das glauben kann, ist dann die nächste Frage. In Wirklichkeit aber gibt es schon seit dann vier Jahren in einer westdeutschen Großstadt ein solches Bündnis. Es ist doch Ihre Absicht, das zu vertuschen.

Jeder ist für seine Politik auf seiner Ebene selbst verantwortlich und muss sich selbst den Bürge-

37. Sitzung vom 04. März 2008

rinnen und Bürgern stellen. Diese Möglichkeit haben wir nicht, wenn das von der Bundespolitik großflächig übertüncht wird. Sie müssen sich vor den Kölnerinnen und Kölnern für Ihre Politik verantworten.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja mangelndes Selbstbewusstsein! Das haben Sie doch sonst nicht, Herr Sterck!)

Die Terminfrage hat Kollege Müller schon angesprochen. Ich glaube, die Dinge sind lösbar, vor allem weil es sich hierbei um eine einmalige Terminumstellung handelt, die hauptsächlich in die Sommerpause fällt. Von daher denke ich, dass wir das Problem der Terminumstellung, das es ja nur einmal, im Jahr 2009, gibt, nicht so betonen sollten.

Aber: Sie haben hier im August letzten Jahres eine Resolution eingebracht und der Landesregierung damit gewissermaßen Hausaufgaben auf den Weg gegeben. Sie haben von Wahlmüdigkeit gesprochen, wenn ein dritter Wahltermin angesetzt würde. Dies ist jetzt in Ihrem Sinne verhindert worden.

Sie haben hier große Zahlen an die Wand gemalt. Herr Börschel, Sie haben damals in Ihrer Rede gesagt, eine dritte Wahl würde 42 Millionen Euro zusätzlich kosten. Auch das ist verhindert worden, im Gegenteil: Alle fünf Jahre werden nun in Nordrhein-Westfalen 42 Millionen Euro aufgrund der eingesparten Kommunalwahl eingespart.

(Martin Börschel [SPD]: Aha! Genau! Eingesparte Kommunalwahl! - Jochen Ott [SPD]: Eingesparte Kommunalwahl! Genau das ist der Punkt!)

- Natürlich. - Die von Ihnen befürchteten Mehrausgaben können wir jetzt für andere Dinge, zum Beispiel für Bildung, Kindergärten usw., ausgeben. Wenn wir diese beiden Wahlen bündeln, können wir die eingesparten Mittel sinnvoll investieren. Von daher brauchen wir hier keine Angst vor dieser Neuregelung zu haben.

- Frau Moritz, Sie möchten eine Zwischenfrage stellen?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Wenn Sie fertig sind, würde ich Ihnen gerne die Antwort geben!)

- Ja, Sie können dann darauf antworten, lassen Sie uns noch ein bisschen Pingpong spielen, kein Problem.

Meine Damen und Herren, wenn Kollege Ott sagt, im Jahre 2009 sei die Zeit reif für einen Wechsel, dann kann ich das nur unterstützen. Ich hoffe auf einen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse hier in diesem Rat: weg von Rot-Rot-Grün. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Sterck, ich wollte Sie gerne etwas fragen, allerdings so, dass nicht nur Sie - dazu haben wir genug Gelegenheit -,

(Zurufe bei der CDU: Oh!)

sondern auch die anderen Ratsmitglieder meine Frage hören. Ist es richtig, Herr Sterck, dass die Gemeindeordnung erst kürzlich verändert wurde?

(Ralph Sterck [FDP]: Ja!)

Ist Ihnen das nicht aufgefallen, oder haben Sie bei den Änderungen geschlampt, oder wie kommt es, dass, kurz nachdem diese in Kraft getreten ist, schon die nächste Änderung der Änderungen ins Haus steht?

(Ralph Sterck [FDP]: Man kann immer schlauer werden, Frau Moritz!)

- Aha. - Normalerweise darf man bei einem solchen Gesetzesentwurf, über den jahrelang gebrütet wurde - die Landesregierung ist ja nicht erst letztes Jahr neu gewählt worden, sondern schon ein bisschen länger im Amt -, erwarten, dass dieser vernünftig vorbereitet ist.

Des Weiteren sind Sie mit keinem Wort auf die Tatsache, dass wir die niedrigste Wahlbeteiligung bei der Europawahl haben, eingegangen, noch auf den Vorwurf Ihrer Kritiker. Beides hat in Ihrer Rede keine Rolle gespielt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Als nächster Redner steht Herr Rouhs auf der Liste.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In einem stimme ich Herrn Ott zu: Dieser Stadtrat braucht

37. Sitzung vom 04. März 2008

in der Tat einen politischen Wechsel. Köln braucht den politischen Wechsel. Herr Ott, wenn Sie ein bisschen realistisch sind, dann glauben Sie doch selbst nicht, dass dieser Wechsel ausgerechnet von der SPD ausgehen wird.

(Beifall bei pro Köln)

Machen Sie sich bitte auch über die Wahlbeteiligung bei der nächsten Kölner Kommunalwahl keine Sorgen. Wenn Sie das Ergebnis der Wahl 2004 aufmerksam studieren und sich dabei auch die Wanderungsbewegungen ansehen, werden Sie feststellen, dass es der Bürgerbewegung pro Köln gelungen ist, die Wahlbeteiligung in Köln nach oben zu ziehen.

(Helmut Jung [CDU]: Um Gottes willen!)

Wenn Sie im kommenden Jahr am Wahlabend sehen, dass die Wahlbeteiligung in Köln überdurchschnittlich hoch ist, dann, meine Damen und Herren, haben Sie Grund zur Sorge; denn dann ist es uns gelungen, die Nichtwähler vom Sofa zu holen und sie zu veranlassen, dass sie ihre Interessen vertreten, indem sie ihr Kreuz bei pro Köln machen. Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung aber können Sie sich beruhigt zurücklehnen; denn dann ist uns das nicht gelungen.

Relativ gleichgültig dabei ist, welche andere Wahl zusammen mit der Kölner Kommunalwahl stattfindet. Diese Wahl wird nicht so sein wie alle anderen in Nordrhein-Westfalen. Das Ergebnis wird signifikant von dem abweichen, worauf sich Ihre Partei in anderen Großstädten gegenwärtig noch ausruhen kann.

Ein Argument kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Es waren doch gerade die Vertreter des rot-grünen Spektrums, die, als schon einmal in einer Aktuellen Stunde dieses Thema hier zur Debatte stand, geltend gemacht haben, dass gerade eine frei stehende Kommunalwahl, die nicht zusammen mit einer anderen Wahl stattfindet, problematisch sei. Das ist wegen der Kostenfrage nachvollziehbar. Darum haben wir das ausdrücklich auch unterstützt. Nun findet die Kommunalwahl mit einer anderen überregionalen Wahl statt - zwar nicht mit der Bundestagswahl, sondern mit der Europawahl -, und nun ist es Ihnen auch wieder nicht recht, weil, bevor der neue Rat zusammentritt, volle vier Monate ins Land gehen.

Ja, was soll daran so schlimm sein? Jeder, der hier gewählt ist, ist nur seinem Gewissen und dem Volke verpflichtet und nicht der Option auf

seine Wiederwahl. Da ist man doch umso freier in diesen vier Monaten. Nehmen wir einmal an, Fritz Schramma würde in das Amt des Oberbürgermeisters nicht wiedergewählt - das weiß ja keiner so genau; wenn er wiedergewählt wird, bringt das keine große Veränderung -, dann stünde ihm doch in diesen vier Monaten völlig frei, einmal all das zu tun, was er immer schon tun wollte,

(Lachen bei pro Köln)

mit Blick auf seine beabsichtigte Wiederwahl aber nicht tun durfte. Dann erleben wir Fritz Schramma, wie er wirklich ist. Das kann doch für alle Beteiligten, auch für die Kölner SPD, unter Umständen gehaltvoll oder zumindest unterhaltsam sein.

Also, meine Damen und Herren, vielleicht profitiert ja sogar die Kölner SPD von dieser Regelung. Wir werden Ihre Resolution jedenfalls ablehnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für die Linke Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ein Anruf beim Landeswahlleiter hat ergeben: Das hat es noch nicht gegeben, dass Wahlen stattfinden und die Gewählten dann vier bis fünf Monate lang ihre entsprechende Funktion nicht wahrnehmen können. Es ist also schon ein einmaliges Ereignis, das da stattfinden soll.

Ich verstehe nicht ganz, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, warum Sie sich selbst nicht treu bleiben. Denn das zeigt doch der Vorgang. Ich darf Ihnen Folgendes in Erinnerung rufen: Im Landtag ist bereits 2003 über das Verschieben der Kommunalwahl diskutiert worden. Die SPD hatte damals den Antrag eingebracht, die Kommunalwahl um zwei Wochen nach hinten zu verschieben. Der Vertreter der CDU im Hauptausschuss, Herbert Reul, hat dazu erklärt - ich zitiere -:

Die CDU-Fraktion spricht sich dafür aus, Entscheidungen, die alle Parteien gleichermaßen betreffen - das gelte für Wahltermine, die Einteilung von Wahlkreisen usw. -, möglichst parteiübergrei-

37. Sitzung vom 04. März 2008

fung zu treffen, und bittet darum, Wahltermine nicht einseitig so festzulegen, wie es gerade passt.

Das wurde von der CDU im Hauptausschuss des Landtages gesagt. Es ging dabei, wie gesagt, nur um eine Verschiebung von zwei Wochen.

In der besagten Sitzung hat auch unser jetziger Innenminister, Herr Wolf, gesprochen. Ich zitiere Herrn Wolf, der damals die SPD und die FDP in der Verlegung der Wahltermine unterstützt hat. Herr Dr. Wolf vertrat die Auffassung:

Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein Versuch, zu reparieren, was die Landesregierung im Hinblick auf die Ferienregelung an Schaden angerichtet hat. Von der Sache her ist die FDP-Fraktion nicht dagegen, die vorgeschlagene Verschiebung vorzunehmen.

So weit die FDP-Position, die gemeinsam mit der SPD und den Grünen für die Verschiebung um zwei Wochen nach hinten gestimmt hat.

Die CDU hat jegliches Verschieben abgelehnt mit dem, wie ich finde, treffenden Hinweis, dass so etwas parteiübergreifend stattfinden muss. Und in dieser Frage sind Sie sich nicht treu geblieben; denn jetzt wird einfach wahllos der Termin der Kommunalwahl mit der Europawahl verbunden. Man hätte auch beschließen können, die Wahl zu den Bezirksvertretungen mit der Bundestagswahl oder die Kommunalwahl mit der Europawahl zu verbinden. Das hätten Sie auch machen können, aber das wäre der Gipfel gewesen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das wollen die nicht verändern!)

Dadurch entsteht das totale Chaos. Bei der Kommunalwahl dürfen 16-Jährige abstimmen, bei der Europawahl aber nicht. Wie wollen Sie den jungen Leuten das erklären, meine Damen und Herren?

Was ist der Hintergrund dieser Angelegenheit? Herr Sterck hat ja ausgiebig dargelegt, dass die Kölner FDP diesen Prozess forciert hat. Die Kölner FDP ist, wie der eine oder andere von Ihnen vielleicht weiß, 1994 nicht ins Kommunalparlament eingezogen, weil die damalige Wahl mit der Bundestagswahl zusammengelegt worden war. Während die FDP 1989 noch 7 Prozent der Stimmen bekam, erreichte sie 1994 nur noch 3,5 Prozent. Das ist der eigentli-

che Hintergrund, warum die Kölner FDP diesen Prozess vorantreibt. Herr Sterck hat das hier auch mehr oder weniger offen zugegeben.

Allerdings sollten wir noch einen zweiten Grund ins Auge fassen. Herr Sterck hat sich jetzt als Oberbürgermeisterkandidat geoutet - zu meiner Überraschung.

(Josef Müller [CDU]: Sie wären doch auch ein schöner Kandidat!)

Der zweite Grund ist, dass Sie, Herr Sterck, es gar nicht abwarten können, ganz schnell Oberbürgermeister zu werden. Das ist doch der wahre Hintergrund, warum Sie diesen Termin im Land Nordrhein-Westfalen forciert haben.

(Heiterkeit)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, es muss Sie doch nachdenklich machen, dass Herr Sterck Herrn Schramma beerben will. Ist das denn in Ihrem Sinne?

(Josef Müller [CDU]: Das werden die Bürger entscheiden!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, bleiben Sie dem treu, was Sie 2003 formuliert haben, und fallen Sie nicht auf die Hardliner von der FDP herein! Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln - Heiterkeit)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Verehrte Damen und Herren! Leider habe ich zu meinen Befürchtungen kein einziges Argument gehört, auch nicht von Dir, lieber Ralph Sterck.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

In der Gemeindeordnung steht, dass der Rat innerhalb von vier Wochen zu seiner ersten Sitzung einberufen werden muss. Das macht eines deutlich: Es wird fünf Monate lang zwei Räte und zwei Oberbürgermeister geben bzw. zumindest, um Herrn Müller die Sorge zu nehmen, zwei Räte. Das hat es meines Wissens in der Tat noch nicht gegeben.

Es stellt sich die Frage, wie das funktionieren soll, vor allem vor dem Hintergrund, dass nach

37. Sitzung vom 04. März 2008

der letzten Resolution, die wir hier verabschiedet haben. CDU und FDP haben auf Landesebene sehr wohl realisiert, dass die Idee von unabhängigen Wahlterminen doch nicht so gut war. Norbert Lammert, immerhin der zweite Mann im Staat Bundesrepublik Deutschland und Chef der CDU-Ruhr, hat ganz deutlich gesagt, dass aus seiner Sicht nur eine Lösung infrage kommt, nämlich die Zusammenlegung von Bundestagswahl und Kommunalwahl. Deshalb frage ich mich, warum Sie innerhalb weniger Monate eine neue Idee nach der anderen in die Welt setzen. Das kann doch nur mit Ihrer Angst zu tun haben, sich den Wählerinnen und Wählern zu stellen.

(Andreas Köhler [CDU]: Ach!)

Abschließend will ich Ihnen sagen: Ein Oberbürgermeister, der bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent in einem Wahlgang gewählt wird, hat die Kölnerinnen und Kölner wirklich hinter sich. Ein OB jedoch, der bei einer Wahlbeteiligung von nur 40 Prozent in einem Wahlgang gewählt wird, hat nicht mal ein Fünftel der Stimmen der Kölnerinnen und Kölner hinter sich. Das ist demokratiefeindlich.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

Die Verantwortung dafür tragen die FDP - dazu haben Sie sich, Herr Sterck, gerade bekannt - und die CDU im Lande Nordrhein-Westfalen.

(Beifall der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Liebe Geoutete von der FDP! Die Fragestellung von Herrn Ott finde ich sehr interessant. Wir werden zwar darauf keine Antwort bekommen, ich glaube aber, ich kenne die Antwort. Diese können Sie von der FDP natürlich nicht aussprechen.

(Zuruf: Aber Du darfst das!)

Ich würde das einmal so zusammenfassen: Letzte Woche ist der Koalitionsausschuss in Düsseldorf zusammengekommen, der Fernseher lief, und man sah, wie die Präsidentschaftswahl in Russland ablief.

(Heiterkeit)

Da hat man sich gedacht: Na ja, was die können, das können wir doch auch.

(Josef Müller [CDU]: Die stehen Euch aber näher als uns!)

Dann hat man ein bisschen überlegt, den Innenminister angerufen und ihn gefragt, ob man damit durch das Parlamentsprozedere gehen muss,

(Ralph Sterck [FDP]: Ihr habt doch mit der Linken mehr Erfahrung!)

und dann entschieden: Nein, wir machen eine Verordnung, über die sich die SPD und die Grünen zwar aufregen werden, aber das wird nach zwei Wochen ausgestanden sein. Gesagt, getan, und so ist es nun. Das ist meiner Meinung nach die ganze Geschichte.

Nur, das Schlimme ist - das hört sich sehr satirisch an -: Das ist der erste Schritt zur gelenkten Demokratie. Ärgerlich daran ist, dass Sie, Herr Sterck, damit demokratische Grundsätze aufgeben. Bisher bin ich davon ausgegangen, dass darüber Konsens besteht, alles dafür zu tun, dass sich möglichst viele Wählerinnen und Wähler an Wahlen beteiligen können. Nun aber kommt es zu einem qualitativen Bruch, abgesehen von all den anderen Differenzen, die man hat. Deshalb hatten Sie eben auch Probleme, auf die hier gestellten Fragen der Kollegen einzugehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Die antragstellenden Fraktionen haben eine Resolution vorgelegt, über die abgestimmt werden soll. Der Text lautet wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln fordert

1. die Landesregierung auf, die Absicht, schwerwiegende Eingriffe in die Gemeindeordnung vorzunehmen, abzulehnen und keinen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen,
2. den Innenminister auf, für die Kommunalwahlen 2009 die Chance einer Zusammenlegung mit der ebenfalls im

37. Sitzung vom 04. März 2008

Herbst stattfindenden Bundestagswahl zu nutzen.

Eine für die demokratische Legitimation der kommunalen Mandatsträger hohe Wahlbeteiligung ließe sich so ohne „Verbiegung“ des Kommunalrechtes problemlos verwirklichen.

Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die antragstellenden Fraktionen der SPD und der Grünen sowie zusätzlich die Linke.

(Jochen Ott [SPD]: Und Frau May!)

- Frau May stimmt auch dafür; Entschuldigung, das habe ich nicht sehen können. - Gegenstimmen? - Von CDU, FDP, pro Köln und meine Stimme. Enthaltungen? - Von Herrn Dr. Müser. Damit ist diese Resolution so angenommen und die Aktuelle Stunde beendet.

Meine Damen und Herren, wir steigen jetzt in die Tagesordnung ein. Zunächst rufe ich Tagesordnungspunkt 1 auf:

1. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 1.1:

1.1 Annahme einer Schenkung von 10 Zeichnungen des Künstlers Georg Baselitz an die Stadt Köln, Museum Ludwig 0198/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so angenommen.

Ich darf an dieser Stelle dem Künstler im Namen des Rates, der Verwaltung und des Museums herzlichen Dank sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 2:

2. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 2.1.1:

2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen“ AN/0341/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion AN/0403/2008

Zunächst spricht Frau Heuer für die SPD-Fraktion.

Ulrike Heuer (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Behandlung eines solchen Themas in diesem Hohen Haus ist sicherlich nicht gerade üblich. Aber ich kann Ihnen sagen: Für uns, die wir an der Basis, nämlich an den Schulen, arbeiten, ist das ein Thema, mit dem wir uns täglich zu beschäftigen haben. Verstopfte Becken, beschmierte Wände, abgebrochene Urinale, fehlende Papierrollenhalter und defekte Wasserhähne gehören zum Alltag der Kölner Schulen. Diese Mängelliste ließe sich beliebig fortsetzen. In der Konsequenz verkneifen sich viele Schülerinnen und Schüler ihr „Geschäft“ den ganzen Tag lang. Die längere Verweildauer unserer Schüler und Schülerinnen aufgrund des Ganztagsunterrichts wird dieses Problem an den Schulen noch verschärfen.

Das Schulverwaltungsamt, die Gebäudewirtschaft und auch die Mitglieder des Servicebetriebs Reinigung bemühen sich sicherlich redlich, der Schäden und Sanierungsfälle Herr zu werden, angesichts begrenzter finanzieller Mittel leider oft vergeblich. Bei einer Betriebsdauer von mindestens 30 Jahren - so lange sollen diese Dinge an unseren Kölner Schulen halten - ist jede Sanierung mit einem erheblichen Aufwand und hohen Investitionskosten verbunden. Von den Kölner Schulen werden jedes Jahr Schäden in Höhe von rund 1 Million Euro gemeldet, die behoben werden müssen. Hinzu kommen jährliche Reinigungskosten in Höhe von 1,25 Millionen Euro.

Die zuständige Fachverwaltung hat Ende 2007 137 Schulen unter die Lupe genommen und festgestellt, dass 23 nur noch die Note „Mangelhaft“ verdienen. Sanitärbereiche befinden sich oft in einem Zustand, der geradezu zum Vandalismus einlädt. Das heißt, dieser Zustand entsteht auch sehr stark durch das negative Verhalten von Schülerinnen und Schülern. Allerdings ist es, wenn man sich Toilettenanlagen ansieht, bei denen die Fenster aus verfaulten Holzrahmen fallen, den Schülerinnen und Schülern oft nur schwer zu vermitteln, dass sie diese in die Jahre gekommenen WCs pfleglich behandeln sollen.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Es gibt aber auch positive Beispiele. Im Schulzentrum Pesch zum Beispiel haben sich der Zustand und die Sauberkeit in diesem Bereich nach einer vernünftigen baulichen Herrichtung des Sanitärbereichs und dessen Ausstattung mit zweckmäßigen Hygieneartikeln erheblich verbessert, auch weil das Lehrerkollegium sowie Schülerinnen und Schüler daran mitwirken, dass dieser Zustand erhalten bleibt.

Investition tut also Not. Bei einer zusätzlichen Investition in die Instandsetzung von Toilettenanlagen muss ebenso sichergestellt werden, dass sowohl die Verantwortlichen vor Ort als auch die Nutzer maßgeblich am Erhalt der sanierten Anlagen beteiligt werden. Es sollte regelmäßig und unter Mitwirkung von Schulleitung, Schulhausmeister, Schülervertretern und auch Fördervereinen im gemeinsamen Interesse darauf geachtet werden, dass die renovierten Anlagen in einem guten Pflegezustand bleiben.

SPD und Grüne möchten mit ihrem Antrag heute die Verwaltung beauftragen, die erforderlichen Maßnahmen aufzulisten, eine Prioritätenliste zu erstellen und einen Finanzierungsplan aufzustellen. Über die notwendigen Finanzierungsmittel werden wir dann im Rahmen der anstehenden Haushaltsplanberatungen 2008 entscheiden. Ziel muss die Generalinstandsetzung möglichst vieler sanierungsbedürftiger Schultoiletten in den kommenden drei Jahren sein.

Dass die CDU nun noch einen draufsetzt, indem sie mit ihrem Änderungsantrag konkrete Summen beschließen lassen will, halte ich für wenig zielführend. Statt eines Schnellschusses sollten wir uns eher auf Prioritäten verständigen und dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen. Das ist, denke ich, eine legitime Vorgehensweise. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Heuer. Frau Ulke für die Grünen, bitte.

Sabine Ulke (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Heuer hat hier gerade Stichworte genannt, die Schüler bezüglich dem Zustand der Schultoiletten äußern: dreckig,

stinkend, eklig. Darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen. Bei Umfragen ist herausgekommen, dass insbesondere Mädchen die Toiletten überhaupt nicht mehr benutzen, dass sie während des gesamten Schultages nichts trinken bzw. auch morgens schon nichts mehr zu sich nehmen, damit sie die Toiletten nicht benutzen müssen. Diese unhaltbaren Zustände müssen - ich glaube, das ist uns allen klar - dringend verbessert werden.

Wenn man mit Schülern darüber diskutiert, wie man den Zustand der Toiletten verbessern kann, dann nennen die Schüler immer wieder folgendes Modell: In der Schule müsste es eine Toilettenfrau geben; sie würden gerne 10 Cent für eine saubere Toilette ausgeben. Die Schüler machen auch noch andere Vorschläge wie zum Beispiel Toilettenpatenschaften. Das heißt, man könnte im Laufe der Zeit von den Schülern tatsächlich bestimmte Toilettenserviceleistungen einfordern. Dazu könnten Schließdienste während der Pausen gehören und auch Kontrollgänge, damit Mängel schnell festgestellt werden und an die entsprechenden Stellen, also an den Hausmeister und die Schulleitung, weitergegeben werden. Eines ist den Schülern nämlich klar: Nicht nur die Instandsetzung ist wichtig, sondern anschließend auch die sogenannte Nachsorge.

In diese Richtung zielt auch unser Antrag. Die Schulen sind gemeinsam mit der Gebäudewirtschaft und der Schulverwaltung gefragt, Konzepte zu erarbeiten, wie man den ordnungsgemäßen Zustand nach der Sanierung dauerhaft erhalten kann. Dazu sollte man durchaus auch die Benutzerinnen und Benutzer in die Pflicht nehmen.

Wichtig erscheint mir aber auch, das Thema einmal aus baulicher Sicht zu betrachten. Bisher gibt es immer diese großen Toilettenanlagen, auch Legehennenbatterien genannt. In den neuen Schulen, die wir in der letzten Zeit besichtigt haben, schafft man ein Problem schon dadurch ab, indem man dezentrale, kleinere Toiletteneinheiten vorsieht, die überschaubar für alle sind, die in einem Trakt bzw. einem Flur liegen, für den sich eine Klasse verantwortlich fühlen kann. Das wäre aus baulicher Sicht dringend erforderlich. Bei der Sanierung sollte man diese Idee berücksichtigen.

Noch ein Wort zum CDU-Antrag. Frau Heuer hat schon erwähnt, dass der CDU-Antrag vorgreift. Ich kann vor allem nicht einsehen, warum es unbedingt 30 Toilettenanlagen sein müssen;

37. Sitzung vom 04. März 2008

vielleicht sind es ja auch 32 oder 40. Mit diesen Mitteln kann man bestimmte Veränderungen, die auch schon in einem kleineren Rahmen möglich sind, vornehmen.

Wir müssen uns natürlich gemeinsam in den Haushaltsplanberatungen überlegen, wie viele Mittel wir für dieses Vorhaben in den Haushalt zusätzlich einstellen können. Dazu gehören meines Erachtens eine Prioritätenliste und ein Kostenplan, damit wir tatsächlich auch die Schulen bedienen, die es am dringendsten nötig haben.

(Karl Klipper [CDU]: Alle!

- „Alle“ kann man nicht sagen. Es gibt ja doch einige, die neu gebaut worden sind. Im Rahmen der Erweiterung der OGTS zum Beispiel sind gute Dinge entstanden. Daraus kann man lernen und das auch bei anderen Schulen anwenden.

(Karl Klipper [CDU]: Ich kann es nur von meinen Kindern sagen: Es sieht katastrophal aus! Die gehen aber auf historische Schulen!)

Aus diesem Grund werden wir den CDU-Antrag ablehnen, vor allem auch deshalb, weil er keinerlei Hinweise in Richtung Nachhaltigkeit aufweist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Ulke. Für die CDU-Fraktion Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Pecunia non olet - das wusste Vespasian vor über 2 000 Jahren schon, als er Gebühren für die öffentlichen Toiletten in Rom einführte. Hier geht es zwar nicht um öffentliche Toiletten, aber in den Schultoiletten stinkt es zum Himmel. Diese unzumutbaren Zustände müssen geändert werden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Frau Heuer hat eben schon gesagt, dass es ungewöhnlich ist, über ein solches Thema hier im Rat zu sprechen. Wir hatten einen Antrag, ähnlich dem, wie wir ihn heute formuliert haben, für den nächsten Schulausschuss vorbereitet. Frau Heuer und Frau Ulke, uns geht es nicht

darum, erst in den Haushaltsplanberatungen zu überlegen, wie viel Geld wir für die Sanierung der Schultoiletten bereitstellen sollten. Wir brauchen die Sanierung sofort.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch von Jochen Ott [SPD])

Wir können unseren Kindern nicht länger zumuten, solche Zustände zu ertragen. In anderen sozialen Einrichtungen hätte man das längst geändert. Wir müssen jetzt schon überlegen, wie wir das Geld bereitstellen können, um diese Situation sofort zu ändern.

Wir haben ganz bewusst erst einmal die Zahl von 30 Schulen genannt. Wir haben auch ganz bewusst einen bestimmten Betrag genannt. Mir ist es vollkommen egal, ob das nach irgendwelchen formalistischen Regeln gehandhabt wird. Ich möchte den Schülerinnen und Schülern in Köln helfen.

(Beifall bei der CDU - Winrich Granitzka [CDU]: Sehr richtig!)

Ich finde, das Aussehen unserer Schulen ist ein Standortfaktor. Wenn die 600 Millionen Euro, die wir in den letzten Jahren eingesetzt haben, nicht ausreichend waren, dann müssen wir eben noch mehr Geld zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU - Winrich Granitzka [CDU]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wir hatten vor der letzten Kommunalwahl schon einmal die Idee, Toilettenfrauen oder Toilettenmänner in den Schulen einzusetzen. Ich finde es sehr gut, dass Sie jetzt auch zu dieser Einsicht gekommen sind. Ich denke, viele Wege werden dazu führen, dass sich die Situation ändert. Es werden sicherlich auch Erziehungsmaßnahmen für einige Schülerinnen und Schüler, die heute noch nicht wissen, wie man eine Toilette benutzt, notwendig sein.

Wir werden unseren Änderungsantrag aufrechterhalten, obwohl wir wissen, dass wir überstimmt werden und sicherlich Ihrem Antrag zustimmen müssen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Manderla. Für die FDP hat sich Herr Breite gemeldet.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Ulrich Breite (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir schreiben das Jahr 2004, genauer gesagt die Ratssitzung am 20. Juli 2004. Vor mir liegt das Wortprotokoll der denkwürdigen Debatte über den FDP-Antrag „Sauberkeit an Kölner Schulen“. Wir, die Kölner Liberalen, schrieben im Jahr 2004 in der Begründung unseres Antrags - ich darf zitieren -:

Die Stadt Köln hat jahrelang die Sanierung der Schulen, insbesondere auch der Toilettenanlagen, vernachlässigt.

(Josef Müller [CDU]: Nicht die Stadt Köln, sondern die SPD!)

Eltern und Lehrer von vielen Schulen beschwerten sich erfolglos über unhaltbare Zustände der Kölner Schultoiletten.

Weiter hieß es:

Aus Sicht der FDP ist es Zeit, endlich über den Zustand an Kölner Schulen

- hiermit waren insbesondere die Schultoiletten gemeint -

zu diskutieren.

So weit unser Antrag im Jahr 2004. Doch 2004 waren CDU, Grüne und - ich muss einräumen: mit kleinen Abstrichen - die SPD noch nicht so weit.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Haushaltssicherung!)

Die Zeit Ihrer Erleuchtung war noch nicht gekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie wir sie nun in dem Antrag von SPD und Grünen und dem Änderungsantrag der CDU über den dringenden Handlungsbedarf bei Schultoiletten feststellen dürfen. 2004 lehnte man nach einer munteren Debatte einmütig die Instandsetzung sanierungsbedürftiger Toilettenanlagen ab.

Unser Fraktionsvorsitzender Ralph Sterck führte in der Debatte aus:

Wenn die Gewerbeaufsicht mit ihren Maßstäben, die sie bei Gaststätten und Gewerbeeinrichtungen anlegt, hier in die Kölner Schulen ginge und sich dort insbesondere die sanitären Einrichtungen

gen anguckte, käme es sicherlich zu Schließungen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, die sollen auch nicht trinken und rauchen in den Schulen!)

Darauf fragte Bürgermeister Josef Müller ganz unwissend in einem Zwischenruf: Welche Schulen? Diese Frage scheint mit vierjähriger Verzögerung bei der CDU nun beantwortet zu sein. Denn plötzlich will die CDU-Fraktion sofort und unverzüglich ganze 30 Toilettenanlagen sanieren.

(Jochen Ott [SPD]: Es ist ja im Juni schon Wahl!)

Im Jahr 2004 hatte die SPD-Fraktion Einzelabstimmung über die vier Punkte unseres Antrages „Sauberkeit an Kölner Schulen“ beantragt. Kommentar der Grünen in dieser Debatte war:

Wir werden auch bei einer Einzelabstimmung keinem Ihrer Punkte zustimmen, weil die Darstellung in Bezug auf die Schulen völlig überzogen ist.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Sie entspricht nicht der Realität.

Das war 2004. Nun, im Jahr 2008, fordern die Grünen sogar eine Prioritätenliste zur Sanierung von Toilettenanlagen sowie die Sicherstellung einer regelmäßigen Reinigung. Regten sich die Grünen über unsere Zustandsbeschreibung - wir sprachen von überalterten Toiletten, Abflussanlagen und verdreckten Waschbecken - im Jahr 2004 noch auf, dürfen wir nun, 2008, in der Begründung des Antrags der Grünen lesen:

Bereits seit Jahren befinden sich viele Toiletten in Schulen und Sporthallen in einem sehr schlechten Zustand. Beschmierte Wände, verstopfte Klos ...

- usw.

Die Erkenntnis der Grünen kommt reichlich spät. Ich meine: lieber spät als nie.

Die verehrten SPD-Kolleginnen und Kollegen waren 2004 schon weiter.

(Jochen Ott [SPD]: Die waren noch gar nicht da!)

- Doch, Du warst schon 2004 da, Jochen.

37. Sitzung vom 04. März 2008

(Jochen Ott [SPD]: Aber erst zum Ende!)

- Ja, das ist richtig, aber viele andere Kolleginnen und Kollegen waren schon da. - Allerdings gab es bei der Abstimmung fast schon kurios anmutende Schwierigkeiten. Die SPD hatte Einzelabstimmung über unseren Antrag verlangt, da sie gerne, Frau Heuer, von den vier Punkten drei Punkte übernehmen wollte. Zusätzlich wollte sie, dass der Punkt, Reinigung von Außenanlagen, aufgenommen wird - ich kann mich noch an die Begründung von Frau Wiesemann erinnern -, was die FDP auch gerne gemacht hat. Als es aber nach der Einzelabstimmung zur Schlussabstimmung kam, verließ die SPD der Mut und sie enthielt sich, obwohl sie zuvor dafür gestimmt und zusätzliche inhaltliche Punkte eingebracht hatte. Ich kann nur hoffen, dass sich die SPD in Hessen die Kölner Sozialdemokraten nicht als Vorbild für ihr Abstimmungsverhalten nimmt; sonst wird es nichts mit der Ministerpräsidentenwahl, meine Damen und Herren.

(Jochen Ott [SPD]: Ja, Uli, da hättest Du doch etwas dabei helfen können!)

Vielleicht will die Kölner SPD-Fraktion ihren damaligen Fauxpas nun ausbügeln und richtig abstimmen, weil die FDP-Forderungen von 2004 zur Sauberkeit an den Schulen - diese finden sich in den beiden nun vorliegenden Anträgen wieder - richtig waren und es verdient haben, an Kölner Schulen im Jahr 2008 endlich umgesetzt zu werden.

Wir Liberalen nehmen jedenfalls den Erkenntnisgewinn von CDU, SPD und Grünen wohlwollend zur Kenntnis und werden sie mit unseren Stimmen unterstützen, auch wenn sie mit Ihren Anträgen unter falscher Flagge segeln. Räubern Sie gerne weiter bei unseren Initiativen! Ich verweise dazu auf unsere Homepage www.fdp-koeln.de; sie ist eine wahre Fundgrube. Köln und seinen Bürgerinnen und Bürgern kann das nur gut tun. Danke schön.

(Beifall bei der FDP - Jochen Ott [SPD]: Wieso könnten wir denn nicht Klopapier mit FDP drauf verteilen? Dann könnten sich alle daran erinnern!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Breite. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Demirel für die Linke.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es stimmt tatsächlich: Die Toilettenanlagen an unseren Schulen sind nicht wirklich anziehend, weder für die Schülerinnen und Schüler noch für andere Benutzer. Das möchte ich auch noch einmal feststellen.

Der Hinweis der CDU-Fraktion ist natürlich richtig: Die Sanierung eilt, und wir müssen sie sehr schnell angehen. Nichtsdestotrotz haben wir Ende kommenden Monats die Haushaltsplanberatungen, sodass wir diesen einen Monat nun auch noch abwarten können. Ich bin verwundert, dass hier von jeder Fraktion zwar die Eilbedürftigkeit angesprochen wurde, bislang aber wenig dafür getan wurde.

Meine Fraktion wird dem Antrag von SPD und Grünen zustimmen. Anmerken möchte ich aber noch, dass wir einen anderen Ansatz verfolgen als die CDU und Frau Ulke, die hier die Einstellung von Toilettenfrauen vorschlugen. Unsere Fraktion legt eher den Fokus darauf, zu sagen: Wir brauchen keine Beschäftigungsmaßnahme in dem Sinne, wie es in dem Antrag steht, sondern wir brauchen deutlich mehr Putzfrauen an den Schulen. Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Demirel. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, pro Köln, Herr Dr. Müser, Frau May und die Stimme des OB. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der SPD, den Grünen und der Linken. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun stimmen wir über den gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, pro Köln, die Linke, Herr Dr. Müser, Frau May und meine Stimme. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Das eine schließt das andere ja nicht aus. Was zu tun ist, ist zu tun. Im Übrigen darf ich Ihnen mitteilen, dass 26 tagtäglich an der Reparatur der Toiletten arbeitet, aber das nur nebenbei

37. Sitzung vom 04. März 2008

gesagt. Es gibt eine Liste, die je nach Eilbedürftigkeit abgearbeitet wird.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2.1.2:

2.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Sanierung der West LB - Anteil des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)“ AN/0384/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0447/2008

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Klipper. Bitte.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn etwas direkt an Herrn Frank und Herrn Zimmermann richten: Sie haben natürlich recht, es gibt keinen Anweisungsbeschluss. Das ist natürlich falsch. Ich habe den Fehler leider erst gesehen, als das Papier schon herausgegeben war. Wir werden das entsprechend ändern. Statt „Wir weisen an“ wird es heißen: „Wir empfehlen den Mitgliedern“. Damit ist das schon einmal ausgeräumt. Ich wollte Ihnen nicht zumuten, dass Sie dazu noch einen schriftlichen Änderungsantrag formulieren müssen.

Nun zum Inhaltlichen, meine Damen und Herren. Gestern hat sich ja das sogenannte Gestaltungsbündnis getroffen und beschlossen, die Umlage statt um 0,8 nur um 0,65 Prozentpunkte zu reduzieren. Das heißt also, es wird nicht zu 15,7 Prozent kommen. Mit diesem Beschluss verliert Köln mindestens 2 Millionen Euro, wenn nicht sogar 2,5 Millionen Euro, die wir dann zusätzlich aus dem Haushalt zu finanzieren hätten. Ich halte das auch deswegen für schlecht, weil diese Umlage vom Landschaftsverband vereinbart worden ist, ohne dass die Kommunen großen Einfluss darauf hatten. Es trifft auf mehr als die Hälfte aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen und im Rheinland zu, dass sie ein Haushaltssicherungskonzept verabschiedet haben. Diesen wird nun zusätzlich eine höhere Umlage aufgebürdet, obwohl das nicht nötig ist.

Herr Frank, ich danke Ihnen, für den Änderungsantrag, weil Sie damit ganz klar zum Ausdruck bringen, dass Sie die Sanierung der West-LB

über diese Umlage und nicht durch andere Umschichtungen finanzieren wollen. Das ist meiner Meinung nach ein Ding der Unmöglichkeit, weil die Umlage nur dafür gedacht ist, die originären Aufgaben des Landschaftsverbandes zu finanzieren. Die Sanierung der West-LB ist nicht originäre Aufgabe des Landschaftsverbandes.

Wenn Sie sich den Haushalt für das Jahr 2008 anschauen, werden Sie feststellen, Herr Frank, dass der Haushalt im Jahr 2008 bei 15,7 Prozent Umlage einen Überschuss von 102 Millionen Euro erwirtschaftet, im Jahr 2009 von 88 Millionen Euro, im Jahr 2010 von 58 Millionen Euro und im Jahr 2011 von 36 Millionen Euro. Wenn Sie die Finanzplanung bis zum Jahr 2011 betrachten, werden Sie feststellen, dass vom Landschaftsverband die Schulden um insgesamt 250 Millionen Euro, also um eine Viertelmilliarde, zurückgefahren werden.

Jetzt fordern Sie, dass die 120 Millionen Euro für die Sanierung der West-LB über die Umlage finanziert werden müssen. Wenn 120 Millionen Euro abgerufen werden, bedeutet das, dass 16 Millionen Euro durch unseren Haushalt gedeckt werden müssen. Das halte ich für einen Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Antrag zeigt ganz deutlich, dass Sie nicht wollen, dass die Vermögenswerte, die nicht mehr zum betriebsnotwendigen Vermögen des LVR zählen, eingesetzt werden, sondern dass das durch eine geringer ausfallende Reduzierung der Umlage finanziert wird.

Ich habe mir die Mühe gemacht und mir einmal angeschaut, welche Vermögenswerte der LVR hat. Ein Blick - das machen Herr Frank und Herr Zimmermann auch immer gern - in den Beteiligungsbericht 2007 zeigt, dass der LVR 2 055 201 RWE-Stückaktien hält. Jetzt sagen Sie mir doch einmal, was die RWE-Aktien des Landschaftsverbandes mit den Aufgaben des LVR zu tun haben?

(Beifall bei Teilen der CDU – Josef Müller [CDU]: Gar nichts!)

Damit sich das noch etwas mehr einprägt: Diese 2 055 201 Aktien haben derzeit einen Wert von 165 Millionen Euro. So viel könnte man an der Börse erzielen, wenn man diese Aktien verkaufen würde. Diese 165 Millionen Euro entziehen Sie, meine Damen und Herren von der SPD und

37. Sitzung vom 04. März 2008

den Grünen, den einzelnen Kommunen. Das halte ich für eine Katastrophe.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man die weiteren Vermögenswerte durchforstet, stellt man fest, dass die Sanierung der West-LB aus dem Vermögen des LVR, das den Kommunen entzogen worden ist, finanziert werden kann.

Meine Damen und Herren, ich bitte, Ihre Entscheidung noch einmal im Landschaftsverband dahin gehend zu überdenken, ob Sie den Kommunen nicht helfen können, indem Sie die Umlage weiter reduzieren. So hätten auch die Kommunen, die ein Haushaltssicherungskonzept fahren - wir haben das vier Jahre lang durchlitten und wissen, mit welchen Einschränkungen das verbunden ist -, weiterhin ein wenig Spielraum, um ihre Pflichtaufgaben, aber auch die kleineren Aufgaben, die für die Annehmlichkeiten des Lebens wichtig sind, zu erfüllen. Damit können wir denen doch helfen.

Eine Vermögensverwaltung im Landschaftsverband, die ein Vermögen von mehr als einer Viertelmilliarde Euro, die der LVR nicht benötigt, hat, ist ein Skandal. Das Vermögen muss zugunsten der Kommunen aufgelöst werden. Ich bitte unserem Antrag stattzugeben. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Klipper. Frau Wiesemann für die SPD-Fraktion, bitte.

Karin Wiesemann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Herren! Meine Damen! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Herr Klipper,

(Karl Klipper [CDU]: Ich höre zu!)

verwirren können Sie wunderbar. Ich wollte im letzten Absatz meiner Rede auch den Begriff „Anweisung“ aufgreifen, den Sie in Ihren Antrag eingeflochten haben. Dazu hatte ich formuliert: Der Rat der Stadt Köln kann die Mitglieder der Landschaftsversammlung als eigenständiges Parlament nicht anweisen.

(Karl Klipper [CDU]: Ich habe Ihnen das doch am Anfang gesagt!)

Oder gehen Sie davon aus, Herr Klipper, dass die Landschaftsversammlung eine Beteiligungsgesellschaft der Stadt Köln ist? Diesen Eindruck hatten wir nämlich. Aber Sie haben das eben richtig gestellt. Ich hätte das gerne noch einmal schriftlich. Vielleicht ist Ihnen dieser Umstand auch gar nicht aufgefallen.

(Karl Klipper [CDU]: Ist Ihnen vielleicht Ihre Rede durcheinander gegangen?)

- Überhaupt nicht. Ich habe mit dem Schluss angefangen; das geht wunderbar. Ich habe gehört, dass Sie das gesagt haben. Mit Ihrem Redebeitrag haben Sie versucht, die gesamte Versammlung hier zu verwirren.

(Karl Klipper [CDU]: Das habe ich Ihnen doch am Anfang gesagt!)

Ihr Zahlenwerk war ja so kompliziert.

(Karl Klipper [CDU]: Da müssen Sie sich mal drum kümmern!)

Dass Sie jetzt den Haushalt des Landschaftsverbandes verteilen, finde ich schon „gut“.

(Walter Grau [CDU]: Man muss das schon verstehen! - Karl Klipper [CDU]: Da muss man nur mal ins Internet schauen! Das ist ganz einfach! Internet!)

- Das habe ich auch getan. Aber ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist und uns weiterbringt,

(Karl Klipper [CDU]: Doch! Bei 2 Millionen Überschuss!)

wenn Sie inhaltlich nicht auf das Thema eingehen.

Unserer Meinung nach, lieber Herr Klipper, haben Sie mit dem Rat der Stadt Köln den falschen Adressaten gewählt. - Sie sollten jetzt auch einmal zuhören; das könnte Ihnen auch gut stehen. Herr Klipper! Herr Klipper!

(Karl Klipper [CDU]: Ja, ich höre zu!)

- Ja? Das ist schön. Das kann man ja auch üben. Anderen zuzuhören, macht eigentlich immer viel Freude.

(Lachen bei Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen] - Karsten Möring [CDU]: Dann muss es sich auch lohnen!)

37. Sitzung vom 04. März 2008

- Das wird es, Herr Möring. Sie kennen doch meine Redebeiträge.

Unserer Meinung nach haben Sie den falschen Adressaten gewählt. Dieser Antrag sollte an die nordrhein-westfälische Landesregierung gehen, besser noch an den Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers gerichtet sein. Er ist es doch, der für die Versäumnisse und den Wertverlust bei der West-LB verantwortlich ist,

(Beifall bei Teilen der SPD - Zurufe bei der CDU: Oh! - Walter Grau [CDU]: Das ist ein Witz!)

weil er Monate verstreichen ließ, ohne eine vernünftige Option zur Rettung der Landesbank vorzulegen.

(Walter Grau [CDU]: Ihr habt doch jahrelang eine Misswirtschaft betrieben! Wiederholungstäter!)

Innerparteiliche Feindschaft zu Baden-Württembergs Ministerpräsident Oettinger verhinderte eine Fusion mit der Baden-Württembergischen Landesbank. Stattdessen setzte Herr Rüttgers auf einen Zusammenschluss mit der Hessischen Landesbank, der, wie wir alle wissen, auch nicht zustande kommt. Also: Ein plan- und strategieloses Vorgehen des Ministerpräsidenten, der die West-LB zur Chefsache erklärt hat.

Wir sind aber wie Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen der CDU, der Meinung, dass die 120 Millionen Euro, die der Landschaftsverband zur Sanierung der West-LB beitragen muss, nicht die Kommune Köln belasten darf; denn unser Haushalt hat schon genug Kürzungen durch die Landesregierung aufzufangen.

(Beifall bei Teilen der SPD - Karl Klipper [CDU]: Wie geht denn das?)

Das sieht auch die gestalterische Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP in der Landschaftsversammlung und wird am kommenden Montag, den 10. März, den Antrag einbringen, die Verbandsumlage um 0,65 Prozentpunkte - das entspricht nahezu 80 Millionen Euro Mindereinnahmen für den Landschaftsverband - zu senken. Das ist noch einmal 0,05 Prozent mehr Senkung als im vergangenen Jahr, als diese um 0,6 auf 16,5 Prozentpunkte gesenkt wurde. Damit erübrigt sich Ihr Antrag. Wir bitten Sie von der CDU, dem Änderungsantrag von SPD und Grünen zuzustimmen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gestatten Sie eine Frage von Herrn Klipper?

Karin Wieseemann (SPD): Bitte.

Karl Klipper (CDU): Frau Wieseemann, ich habe eine Frage: Wie wollen Sie denn jetzt diese 120 Millionen Euro finanzieren? Ich würde ja Ihrem Antrag zustimmen,

Karin Wieseemann (SPD): Ja, prima.

Karl Klipper (CDU): wenn das nicht über die Umlage bezahlt wird.

Karin Wieseemann (SPD): Ja.

Karl Klipper (CDU): Wie wollen Sie denn das finanzieren? Können Sie mir das sagen? Sie müssen dann ja außerhalb der Umlage 120 Millionen Euro aufbringen. Diese Gelder müssen Sie ja irgendwo herbekommen. Ich habe diesbezüglich bisher keine Lösungsansätze gehört.

Karin Wieseemann (SPD): Herr Klipper, nicht nur die SPD sitzt in der Landschaftsversammlung, dort sitzen auch Vertreter der CDU. Ich würde vorschlagen, sich mit diesen einmal zusammensetzen;

(Lachen - Karl Klipper [CDU]: Beantworten Sie mir doch meine Frage!)

denn die haben sicherlich auch mit dem Kämmerer gesprochen. Ich glaube nicht, dass ich hier als Kämmerin der Landschaftsversammlung stehe.

Karl Klipper (CDU): Sie müssen mir doch sagen können, wie Sie die 120 Millionen Euro finanzieren wollen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir diskutieren doch nicht den Haushalt vom Landschaftsverband hier im Rat!)

37. Sitzung vom 04. März 2008

Karin Wiesemann (SPD): Wir sind doch aber hier in unserem Haus.

Karl Klipper (CDU): Es geht aber um unsere Millionen; es geht für uns um 16 Millionen Euro.

Karin Wiesemann (SPD): Herr Klipper, fragen Sie doch mal Frau Holländer.

Karl Klipper (CDU): Mit Frau Holländer und Herrn Bartsch habe ich schon darüber diskutiert. Darüber brauchst Du Dir keine Sorgen zu machen.

Karin Wiesemann (SPD): Dann ist es ja gut.

Karl Klipper (CDU): Die Stadt soll das 16 Millionen Euro kosten. Woher sollen nun diese 120 Millionen Euro kommen?

(Jochen Ott [SPD]: Seien Sie froh, dass Sie die Sorge nicht haben, Herr Klipper!)

Karin Wiesemann (SPD): Das wird schon finanziert werden. Darüber brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.

(Zuruf von der CDU: Das ist ja eine tolle Antwort! - Andreas Köhler [CDU]: Das war ganz schwach! - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Unglaublich!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Wiesemann. Nächster Redner ist Herr Frank für die Grünen.

(Zuruf: Wenn die das machen, dann wissen wir ja, was dabei heraus kommt: 0,65 Prozent!)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Als ich den Antrag zum ersten Mal gelesen habe, habe ich mir die Frage gestellt: Was will uns der Autor eigentlich damit sagen? Eines ist jedoch schon klar - darin haben wir heute hier schon

einen gewissen Lernerfolg erzielt -: Der Ursprungsantrag ist eigentlich unzulässig, weil wir nicht anweisen können. Frau Wiesemann hat dazu das Nötige ausgeführt,

(Widerspruch bei der CDU)

und Herr Klipper hat das jetzt auch eingesehen.

Des Weiteren bin ich bisher davon ausgegangen, dass zwischen der CDU-Fraktion im Kölner Rat und den Kollegen im Landschaftsverband eine gewisse Kommunikation stattfindet. Dann hätte man nämlich Folgendes wissen müssen: Die Verwaltung des Landschaftsverbandes hat bereits im alten Jahr den Vorschlag eingebracht, die Landschaftsumlage zu senken, nämlich um 0,8 Prozent. Aus den Gesprächen, die in den letzten Wochen, als die Verschärfung der Krise um die West-LB eingetreten ist, geführt worden sind, hätte man auch wissen müssen, dass die Verwaltung des Landschaftsverbandes keine Vorschläge macht, die Umlage nicht zu senken oder gar zu erhöhen. Das heißt also: Die Hauptbefürchtung, die uns als Mitgliedskommune hier im Rat interessieren müsste, nämlich ob durch eine Erhöhung der Landschaftsumlage unmittelbar unser Haushalt 2008 betroffen wäre, stand nie zur Diskussion, weil diese Pläne nicht bestehen.

Wir wissen inzwischen, dass die sogenannte Gestaltungsmehrheit, also das Kooperationsbündnis aus SPD, Grünen und FDP im Landschaftsverband, vorschlagen wird, für 2008 die Umlage zu senken, zwar nicht um 0,8 Prozent, aber immerhin um mehr als 0,6 Prozent. Dazu hat Frau Wiesemann eben alles gesagt. Das heißt, es besteht überhaupt kein akutes Problem, das sich auf den Haushalt der Stadt Köln auswirkt.

Das Problem besteht eher darin, dass wir eine Stadt sind, die sehr viele Steuern einnimmt. Sie kennen den Multiplikator, mit dem die Umlage berechnet wird: Umlagegrundlage mal Hundertsatz. Eine höhere Zahlung würde sich also nur ergeben, weil es die Steuerkraftmesszahl vorgibt, und nicht, weil der Landschaftsverband vielleicht falsche Beschlüsse tätigt. Das haben wir auch in der Begründung ausgeführt und haben die angenommenen Daten im Entwurf des Kölner Stadtkämmerers noch einmal aufgeführt.

Was soll das Ganze nun? Die erste Vermutung ist, dass sich Herr Klipper schon jetzt, insbesondere wegen des wahrscheinlich vorgezogenen

37. Sitzung vom 04. März 2008

Wahltermins - so wird es ja kommen -, als Mitglied der Landschaftsversammlung bewirbt.

(Karl Klipper [CDU]: Danke schön!)

Darauf sagen wir, lieber Herr Klipper: Bitte nicht hier, das sollten Sie eher in den Gremien der CDU machen. Uns hier kostet das nur Zeit.

Die zweite Möglichkeit sind Unstimmigkeiten zwischen der CDU-Fraktion im Kölner Rat und der Fraktion im Landschaftsverband, die vielleicht andere Pläne haben könnte. Das kann meines Erachtens auch nicht sein; denn in den Samstagzeitungen war nachzulesen, dass die Fraktion der CDU im Landschaftsverband auch die Umlage senken möchte. Das heißt also: In der Landschaftsversammlung wird es eine fast 100-prozentige Mehrheit geben, die Beschlüsse fasst, die die Kommunen zunächst einmal unmittelbar nicht belasten. Insofern ist Ihr Antrag eigentlich gegenstandslos. Ich frage mich, warum wir uns heute damit den Dienstagmittag um die Ohren schlagen.

Dazu noch ein Hinweis: Es kann nicht unsere Aufgabe hier im Rat der Stadt Köln sein, Fragen, die die Haushaltspolitik, die Haushaltsreden und die Haushaltsdetails im Landschaftsverband betreffen, zu klären. Natürlich werden die sich darüber Gedanken machen müssen,

(Karl Klipper [CDU]: Natürlich müssen wir das machen! Es geht um die Umlage, Herr Frank! - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Quatsch!)

wie die mit der West-LB-Krise umgehen, weil die Eigentümer sind. Ebenso müssen wir uns darüber Gedanken machen.

(Karl Klipper [CDU]: Das geht hier in den Haushalt ein!)

- Nein, Herr Klipper. Das ist ein autonomes Organ. Ich würde mir auch verbitten, wenn die uns sagen würden, wie wir den Stadthaushalt zu gestalten haben.

(Weiterer Zuruf von Karl Klipper [CDU])

Es ist richtig, dass die erst einmal ihre Hausaufgaben machen.

(Karl Klipper [CDU]: Das ist falsch, Herr Frank! - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Bisher ist es so, dass die keine Vorschläge machen, die in irgendeiner Art und Weise zulasten der Mitgliedskommunen gehen.

(Walter Grau [CDU]: Aber es wird doch aus der Haushaltsumlage bezahlt!)

Deshalb, Herr Klipper, hat uns Ihr Antrag überhaupt nicht weitergebracht, und wir lehnen ihn ab. Stattdessen begrüßen wir die Zielsetzungen der dortigen Mehrheitskooperation, nämlich die Umlage zu senken. Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Walter Grau [CDU]: Das ist aber in die Tasche gelogen!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gestatten Sie eine Nachfrage von Herrn Möring?

Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Bitte.

Karsten Möring (CDU): Erste Frage. Herr Frank, ich habe Sie als jemanden kennen gelernt, der sich mit Zahlen auskennt. Wenn eine Senkung um 1 Prozent oder um 0,8 Prozent oder, wie ich jetzt gehört habe, um 0,65 Prozent gemacht wird, dann können Sie zwar immer sagen, das sei eine Senkung. Aber ist es nicht so, dass eine Senkungsmöglichkeit, die nicht ausgenutzt wird, eine zusätzliche Belastung des Haushalts, in dem Fall unseres, ist?

(Martin Börschel [SPD]: Daran ist doch Rüttgers Schuld! Das ist doch ganz einfach!)

- Ach!

(Jochen Ott [SPD]: Natürlich! Der hat doch alles verballert!)

- Ich würde gerne die Antwort von Herrn Frank hören. Wenn Sie später dazu reden, frage ich vielleicht noch einmal.

(Martin Börschel [SPD]: Ich frage lieber direkt!)

Die zweite Frage enthält eine Analogie. Sie werden mir wahrscheinlich zustimmen, dass es ungerechtfertigt ist, jemandem Sozialhilfe, also Unterstützung von anderen, um leben zu können, zu zahlen, wenn er ein Vermögen in der Tasche hat. Ist das beim Landschaftsverband,

37. Sitzung vom 04. März 2008

der einerseits ein Vermögen in der Tasche hat, dieses aber nicht nutzt oder braucht, sich aber andererseits Geld von anderen zahlen lässt, nicht auch der Fall? Ist das nicht genauso zu sehen?

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Und wie ist das mit den Managern?)

- Ich zahle keine Managergehälter. – Ob Autonom oder nicht, mir ist nicht bekannt, dass Sie nicht zu anderen Gremien, die autonom entscheiden, auch in der Weise dazu Stellung beziehen und äußern, es solle so oder anders entschieden werden. Ich glaube, das Thema ist doch nicht, ob wir dazu eine Aussage machen dürfen oder nicht. Es geht doch primär um unser Geld. Ich denke, da werden Sie mir zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich beantworte Ihnen Ihre Fragen gerne. In den einschlägigen Handbüchern wurde früher die Umlage als eine Zusatzfinanzierung definiert. Das heißt, der idealtypische Zustand ist, überhaupt keine Umlage zu zahlen. Darin sind wir uns beide sicherlich ganz schnell einig. Aber diesen Zustand gibt es bereits seit über 20 Jahren nicht mehr. Warum? Weil die Aufgaben, die der Landschaftsverband hat und die aufgrund effizienter Aufgabenzusammenführung die einzelnen Kommunen entlasten, nur damit zu erledigen sind. Das ist wie mit einer Vereinsmitgliedschaft, die nur gewährleistet werden kann, wenn man seinen Vereinsbeitrag zahlt. Insofern ist das eher eine theoretische Debatte.

Der zweite Punkt betrifft die Autonomie. Ich gehe davon aus, dass die Fraktionen, auch unsere, die im Landschaftsverband über die Frage der Bewältigung der West-LB-Krise sprechen, natürlich auch darüber nachdenken, Vermögen einzusetzen.

(Karl Klipper [CDU]: Bravo!)

Das haben wir bei uns auch getan so gut wie alle - ich denke, inzwischen wirklich alle - RWE-Aktien verkauft.

Der entscheidende Punkt ist der Zeitpunkt des Verkaufs. Wenn man es derzeit machen würde, wäre das nicht so gut. Die Entscheidung ist immer darüber zu treffen, was besser ist: die Rendite oder der Erlös aus dem Kapitaleinsatz? Das muss die Landschaftsverbandsversammlung

diskutieren. Das meine ich mit Autonomie. Wir sind beide Eigentümer und sollten uns deshalb solidarisch zeigen.

Was mir besonders auf die Nerven geht, ist, dass wir überhaupt in eine Situation gekommen sind, die fast ausweglos ist.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen und der SPD)

Das müsste sich auch die CDU einmal durch den Kopf gehen lassen. Wenn Herr Rüttgers die Situation im vierten Quartal 2007 nicht total verschlafen hätte, wäre es uns wahrscheinlich gelungen, dieses kranke Schiff West-LB loszuwerden.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/
Die Grünen und der SPD)

Stattdessen hängt uns das jetzt wie ein Mühlstein am Hals und zieht uns Stück für Stück herunter.

Deshalb noch ein Hinweis: Mehr Sorgen bereitet mir, dass die Verwaltung, wenn die erste Tranche nicht ausreichen sollte, sagt, wir müssen Trägerdarlehen geben. Überlegen Sie einmal, zu wessen Lasten das dann geht; das ist eine entscheidende Frage. Insofern sollte man jetzt nicht auf Nebenkriegsschauplätze ausweichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Frank. Jetzt spricht für die FDP Herr Sterck.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Sie waren doch auch mal im LVR!)

Ralph Sterck (FDP): Ja, so ist es, Herr Detjen. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn man hier die verschiedenen Reden verfolgt, insbesondere das, was Herr Frank und Herr Klipper gesagt haben - Herr Klipper hat hier von Skandal und Katastrophe gesprochen -, dann lässt sich Folgendes feststellen: Auf allen Ebenen, im Bund, im Land, im Landschaftsverband, in der Stadt Köln, sitzen Politiker der gleichen Parteien, wenn auch in unterschiedlichen Koalitionen, die versuchen, das Beste aus der jeweiligen Situation zu machen. Die Landschaftsversammlung ist ein Kommunalverband, in dem sehr viele Mitglieder dieses Rates sitzen, die sowohl die Interessen

37. Sitzung vom 04. März 2008

der Stadt Köln auf dieser Rheinseite als auch die Interessen auf der anderen Rheinseite in Deutz beim Landschaftsverband vertreten.

Dass Herr Frank hier gegen den Ministerpräsidenten und seine Versäumnisse bei der West-LB das große Wort redet, kann man sehr gelassen hinnehmen. Denn in den zehn Jahren davor hat es eine rot-grüne Regierung auch nicht geschafft, so manchen Skandal bei der West-LB ordentlich aufzuklären, sonst hätten wir diese Probleme heute sicherlich nicht.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Bevor die Kolleginnen und Kollegen von der CDU zu schnell klatschen, will ich Ihnen noch sagen: Die CDU hatte jahrelang die absolute Mehrheit im Landschaftsverband. Dass wir die Umlage überhaupt so sehr erhöht haben, dass es der Stadt Köln entsprechend wehgetan hat, und dass die RWE-Aktien nicht zu besseren Zeiten für viel Geld verkauft worden sind, dafür waren über sehr lange Jahre die CDU

(Karsten Möring [CDU]: Die beste Zeit war im Januar dieses Jahres, Herr Sterck!)

und gerade hier auch wegen Personenidentität Mitglieder Ihrer Fraktion mitverantwortlich.

Das Land, der Landschaftsverband und auch wir als Stadt Köln mit unserer Sparkasse KölnBonn versuchen, die Probleme, die die West-LB hat, zu lösen. Ich glaube, Ratschläge zu geben oder Resolutionen zu verabschieden - das haben wir gerade eben anlässlich der Aktuellen Stunde wieder gemacht - bringt uns in der Sache nicht weiter. Wenn in dem Änderungsantrag, der von Rot-Grün vorgelegt wurde, die Politik unserer Fraktion auf der anderen Rheinseite in Deutz gelobt wird, wollen wir uns dem natürlich nicht verschließen, aber in der Sache selbst hilft das wenig. Wir werden dem Änderungsantrag zustimmen. Aber weiterbringen wird uns das in der Frage um die West-LB und bei den Problemen, die auch wir in der Stadt Köln damit noch haben werden, leider nicht. Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP - Martin Börschel [SPD]: Leider haben Sie recht!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Am 31. März 2006 hat die Linke in der Haushaltsdebatte im Landschaftsverband Rheinland vorgeschlagen - Zitat -

die RWE-Aktien abzustoßen, wenn der Aktienkurs und die Leitzinsen weiter steigen.

Zum damaligen Zeitpunkt hatten die Aktien einen Wert von 125 Millionen Euro. Als ich das damals, im Jahr 2006, im LVR vorgetragen habe, gab es von der CDU nur ein müdes Lächeln, und auch die Ampelkoalition hat sich für diesen Vorschlag nicht interessiert, obwohl sich der Kämmerer des Landschaftsverbandes mit dieser Frage sehr detailliert auseinander gesetzt hatte. Insofern sollte diese Frage im Landschaftsverband weiter diskutiert werden.

Herr Klipper, der Landschaftsverband hat bereits im Jahr 2007 700 000 RWE-Aktien verkauft und rückwirkend in die West-LB beziehungsweise in die Rücklage eingezahlt. Heute hat der LVR noch 1,8 Millionen Aktien. Insofern waren die Zahlen, die Sie hier genannt haben, falsch.

(Karl Klipper [CDU]: Ich habe nur den Zeitungsbericht zitiert!)

Der Kurs der Aktien ist seit Anfang des Jahres von 100 Euro auf heute 78 Euro gefallen. Ob also ein Verkauf zum gegenwärtigen Zeitpunkt klug wäre, sollte ernsthaft überdacht werden, und zwar im LVR.

(Karl Klipper [CDU]: Ich habe damit kein Problem!)

Für das Aktienpaket könnte man heute 140 Millionen Euro bekommen. Die jährliche Dividende betrug 7,02 Millionen Euro.

(Karl Klipper [CDU]: Aber nur für die 2,5 Millionen!)

Diese Dividende kommt den Kommunen natürlich indirekt zugute; das ist doch klar. Also kann man doch auch so rechnen: Eine jährliche Dividende von circa 7 Millionen Euro würde nach 20 Jahren 140 Millionen Euro ergeben, also

37. Sitzung vom 04. März 2008

ebenso viel, wie man bei einem Verkauf erzielen würde.

(Karl Klipper [CDU]: Nein! So darf man in keinem Fall rechnen!)

- Selbstverständlich kann man so rechnen. - Also muss man sich das gut überlegen,

(Andreas Köhler [CDU]: Wenn man es so rechnet, dann verrechnet man sich schnell, Herr Detjen! – Zuruf von der CDU: Das ist nicht Planwirtschaft! Sie haben keine Ahnung!)

nicht gleich kopflos reagieren und, wie die CDU es vorgeschlagen hat, einfach verkaufen. Wir haben vorher auch genau diesen Vorschlag gemacht; also gab es den schon. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt muss man doch genau überlegen, wie sich die Situation konkret darstellt.

Die eigentliche Kritik aber - damit hat Herr Frank schon angefangen - ist doch, dass man vonseiten der Politik, und zwar von allen Parteien, geduldet hat, dass die West-LB mehr oder weniger mit Spekulationskrediten und Spekulationen gearbeitet hat. Das ist doch das Entscheidende. Das haben alle im Landtag zu verantworten. Das haben wir Ministerpräsident Rüttgers zu verdanken, das haben wir dem jetzigen Bundesminister Steinbrück zu verdanken, und das haben wir selbstverständlich auch Herrn Clement zu verdanken. Das muss doch einmal ganz klar gesagt werden. Damit muss man sich auseinandersetzen.

Da Sie hier über den Landschaftsverband Rheinland diskutieren, will ich Ihnen dazu noch Folgendes sagen: Während der Anteil der Landschaftsumlage an den Gesamteinnahmen des LVR seit Jahren steigt, sinken die Schlüsselzuweisungen des Landes. Das ist ein Fakt, mit dem man sich auseinandersetzen muss, egal, ob eine SPD-Regierung oder eine andere Verantwortung trägt. Wenn man hier einfordert, dass die Kommunen weniger zahlen sollen, muss man auch mit dem Land reden und fordern, dass das Land viel stärker die Belastungen abfedert. Also: Dieser Prozess findet schon seit 20 Jahren statt. Damit muss endlich Schluss sein.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, halte ich es für wichtig, dass über die Sanierung der West-LB eine breite Debatte stattfindet. Es kann nämlich nicht sein, dass die Einwohnerinnen und Einwohner von Köln das in doppelter Hinsicht

bezahlen, zum einen via Sparkasse und zum anderen via Landschaftsverband und Rat der Stadt Köln. Das ist ein Unding. Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Detjen. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Daher komme ich jetzt zur Abstimmung. Die CDU hat in ihrem Antrag zwei Möglichkeiten – weder durch die Erhöhung der Landschaftsumlage noch durch das Aussetzen beabsichtigter Senkungen der Landschaftsumlage – angeboten, um den Sanierungsbetrag nicht zu einer Belastung der beteiligten Kommunen führen zu lassen.

Ich lasse deshalb zunächst über den CDU-Antrag abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion, pro Köln, Frau May und meine Stimme. Enthaltungen? – Bei der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum Änderungsantrag von SPD und Grünen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die Grünen, die FDP, Die Linke und Herr Dr. Müser. Enthaltungen bei diesem Antrag? – Das ist meine Stimme als Enthaltung. Denn im Ziel sind wir natürlich alle interessiert, dass es dabei bleibt – wie auch immer es finanziert wird; das ist noch nicht gesichert.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Betreuung der 10- bis 14-jährigen Kinder und Jugendlichen in Köln“ **AN/0344/2008**

Die FDP-Fraktion erhält als Antragstellerin zuerst das Wort. Frau Gebauer hat sich gemeldet.

Yvonne Gebauer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Betreuung unserer Kinder ist, so meine ich, neben ihrer Ausbildung eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

In der Betreuung von Grundschulkindern im Alter von sechs bis zehn Jahren hat die Stadt nach einer Abfrage an den entsprechenden Schulen eine fast hundertprozentige Quote erreicht. Das

37. Sitzung vom 04. März 2008

heißt: Alle Kinder, die betreut werden möchten, finden laut Aussage der Verwaltung einen Platz in der OGTS.

Diesen Betreuungsschlüssel gilt es nun auch an den weiterführenden Schulen in der Sekundarstufe I zu erzielen. Hier aber fehlen in Köln ausreichende Betreuungsangebote. Der Fokus der Betreuung von Kindern lag seitens der Stadt in den vergangenen Jahren auf dem Ausbau der Plätze im offenen Ganztags an den Grundschulen. Dass der ursprünglich angedachte Bedarf von einst 7.500 Plätzen bei weitem nicht reicht, zeigt die vierte Aufstockung auf bald 18.000 Plätze im OGTS-Bereich.

Hier ist in den vergangenen Jahren viel geleistet worden. Doch es gibt auch noch viel zu tun. Denn wie soll ein Kind, das vier Jahre in der Grundschule im offenen Ganztags bis 16 bzw. 17 Uhr betreut worden ist, verstehen, dass nach den großen Sommerferien und dem Wechsel auf eine weiterführende Schule dieses Angebot leider nicht mehr existiert bzw. nicht mehr in ausreichendem Maße existiert?

(Unruhe)

Welche Formen der Betreuung dieser Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I gibt es? – Wir unterscheiden in Köln zwischen zwei Modellen, zum einen der Ganztagsbetreuung und zum anderen dem Programm „13 plus“.

(Anhaltende Unruhe – Martin Börschel [SPD]: Da kann man viel erzählen!)

– Ich finde es schade, dass die Betreuung unserer Kinder hier so wenig Aufmerksamkeit bekommt.

(Beifall bei der FDP und von Ursula Gärtner [CDU])

Die Ganztagsbetreuung wird von Trägern der Jugendhilfe durchgeführt. Das Programm beinhaltet an fünf Wochentagen eine verlässliche Betreuung bis ca. 16.30 Uhr. Auch in einem Teil der Schulferien sind die Kinder im Rahmen eines Ferienprogramms verbindlich untergebracht. Wesentliche Bausteine des Angebotes sind das gemeinsame Mittagessen, die Hausaufgabenbetreuung und die gemeinsame Freizeitgestaltung. Eine Gruppe besteht aus 15 bis 20 Kindern und kostet im Jahr ca. 20.500 Euro.

Seit dem Ratsbeschluss von 1999 hat die Stadt die damals geforderten 76 Gruppen eingerichtet

bzw. zwischenzeitlich auf 80 Gruppen aufgestockt. Das sind ca. 1 600 Kinder.

Das zweite Modell der Betreuung ist das Landesprogramm „13 plus“ mit den Richtlinien von Anfang 2001. In diesen Richtlinien des Landes heißt es:

Gefördert werden Maßnahmen zur Betreuung von Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I nach 13 Uhr. Eine Betreuung erfolgt an mindestens vier Unterrichtstagen pro Woche in der Regel ab 13 Uhr. Die Anzahl der Teilnehmer an dem Programm „13 plus“ beträgt mindestens 15 Schüler.

Meine Damen und Herren, in der Praxis sind es meistens 20 bis 25 Schüler.

Für diese Gruppen aus dem Programm „13 plus“ beträgt der Festbetrag seitens des Landes für Realschulen und Gymnasien 4 100 Euro im Jahr. Meine Damen und Herren, Sie können sich selbst ausrechnen, wie viel Betreuungskräfte bzw. Sachmaterial Sie für 4 100 Euro im Jahr bekommen.

Mitte letzten Jahres hat der Rat die Verwaltungsvorlage „Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Verbesserung im offenen Ganztagsbereich“ beschlossen. Darin heißt es – ich zitiere –:

Bei Kindern und Jugendlichen in Schulen in Wohnbereichen mit besonderem Jugendhilfebedarf sind in der Regel erhöhte Betreuungs- und Förderbedarfe festzustellen.

Zusammen mit vielen Kölner Eltern sind meine Fraktion und ich der Meinung, dass die bisherigen Angebote nicht für eine flächendeckende Betreuung von 10- bis 14-jährigen Schülerinnen und Schülern ausreichen. Wir sehen das Angebot von „13 plus“ als Ergänzungsangebot zu den jetzigen Ganztagsplätzen im Sekundarbereich I. Es entlässt uns aber nicht aus der Verpflichtung, den Ausbau der Betreuung der 10- bis 14-jährigen Schülerinnen und Schüler in Form von Ganztagsangeboten voranzutreiben – nicht nur, aber gerade auch für Kinder mit erhöhtem Betreuungs- und Förderbedarf.

Dieser Ausbau der Betreuungsquote zur Steigerung der Versorgungsquote vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Situation – so lautet der Text – wurde von allen Fraktionen im März 1999 beschlossen. Das Haushaltssicherungskonzept

37. Sitzung vom 04. März 2008

hatte uns gezwungen, den Gürtel enger zu schnallen. Der Betreuung der 6- bis 10-jährigen Grundschul Kinder wurde Vorrang gegeben.

Meine Damen und Herren, die schwierige Haushaltslage nähert sich dem Ende. Nun heißt es, heute Geld für die Zukunft unserer Kinder in die Hand zu nehmen. Das bedeutet: Wir müssen jetzt unseren Fokus auf die Betreuung der 10- bis 14-Jährigen richten.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, geben wir als Stadt Kölner Kindern und ihren Eltern die Sicherheit, dass auch nach Verlassen der Grundschule eine qualitätsvolle und verlässliche Betreuung im Rahmen von Ganztagsangeboten für alle Kinder, die es benötigen, zur Verfügung steht! Lassen Sie uns gemeinsam dem großen Anspruch einer kinderfreundlichen Stadt durch Aufstockung der Ganztagsangebote für Kinder der Sek I an Kölner Realschulen und Gymnasien wieder ein Stück näherkommen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Gebauer. – Herr Dr. Schlieben, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde von der FDP-Fraktion, wir stehen heute hier und sehen Ihren Antrag. Sie fordern den Ausbau der verlässlichen Nachmittagsbetreuung für die 10- bis 14-Jährigen an Gymnasien und Realschulen. Sie fordern die Einrichtung von zwei Gruppen à 20 Kindern an jedem Gymnasium und jeder Realschule in Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe. Und Sie sagen: Wir stellen dafür 800 000 Euro an Mitteln in den Haushalt ein. – Ich sage Ihnen: Sie haben recht, und wir stimmen zu.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Das sind genau die Schwerpunkte, die wir auch in der CDU setzen, die wir als CDU-Fraktion setzen wollen. Deshalb stimmen wir dem zu.

(Beifall bei der CDU)

Im Rahmen einer guten Vorbereitung gehört natürlich auch dazu, dass man sich einmal den Ratsbeschluss von 1999 anguckt. Er hat insgesamt sieben Punkte, von denen Sie hier zwei zitiert haben. Ich gehe einmal auf die wesentlichen Punkte ein.

Die Punkte 1 und 4 haben sich mit der Hortstruktur beschäftigt. Das ist leider erledigt. Ich sage extra: leider. Ich hätte mir das auch anders gewünscht. Aber diese Debatte haben wir ja schon an anderer Stelle geführt.

Die Punkte 5 und 7 beschäftigen sich mit der Umsetzung und Finanzierung. Jetzt haben wir ja auch ein neues Finanzierungskonzept für das aktuelle Projekt gehört.

Dann gibt es noch einen Punkt 3, Schule von 8 bis 1 plus 3, also Schule bis 16 Uhr, an Grund- und Sonderschulen. Dieser Punkt ist noch nicht ganz erledigt, weil er durch das von Frau Gebauer bereits erwähnte Landesprogramm „13 plus“ seit 2000 von der Landesregierung mitfinanziert wird.

Die Punkte 6 und 2, die Sie herausgestellt haben, sind aber wirklich diejenigen, bei denen wir noch den meisten Nachholbedarf haben. Bei der Recherche hat mich am meisten erschreckt, dass man im Jahre 1999 von einer Versorgungsquote von 8 Prozent an Gymnasien und Realschulen ausgegangen ist. Nach meiner Kenntnisnahme sind es im Moment nur 3,7 Prozent. Wir haben also nicht ausgebaut, sondern einen Rückschritt gemacht. Das hat mich auch nachdenklich gemacht. Es unterstreicht, dass es wirklich wichtig ist, dass wir in diesem Bereich weiter vorgehen.

Schauen wir uns jetzt noch den Punkt 2 an, also die Schaffung und Förderung der 76 Gruppen, die wir am 1. August 1999 gefordert haben. Hier muss man sehen, dass in der Anlage von Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung und freizeitpädagogischen Angeboten die Rede war. Ich sage Ihnen: Das, was damals richtig war, ist auch heute noch richtig.

Es sind auch nicht nur die 76 Gruppen ausgebaut worden; Frau Gebauer hat das gerade schon ausgeführt. In den Jahren 2001 und 2002 hat die damalige Ratsmehrheit den Ratsbeschluss in der Weise geändert, dass bis zu 80 Gruppen ausgebaut werden.

Im Schuljahr 2007/2008 sind nach meiner Recherche alle 80 Gruppen belegt. Es wurden

37. Sitzung vom 04. März 2008

sogar von 86 Gruppen Anträge gestellt, die man ablehnen musste. Die Verwaltung hat gesagt, dass der Bedarf deutlich höher ist. Dieses Thema ist also nicht nur 1999 aktuell gewesen; es ist heute genauso aktuell.

Ich möchte der Wahrheit halber noch Folgendes erwähnen, wenn wir von Mittagessen, Hausaufgabenhilfe und den freizeitpädagogischen – ein schweres Wort – Angeboten

(Zuruf von Marco Mendorf [FDP])

– ja, für mich als Pädagoge ist das besonders schwer – sprechen: Die Übermittagsbetreuung an Realschulen und an Gymnasien wurde von uns ja im Dezember auf den Weg gebracht. Wir haben die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, bei dem es darum geht, im ersten Schritt an unseren 29 Gymnasien und in einem zweiten Schritt an unseren 22 Realschulen die Übermittagsbetreuung zu planen. Mittlerweile habe ich bei der Verwaltung nachgefragt, wie weit das Konzept gediehen ist. Da hieß es, die ersten acht Gymnasien könnten voraussichtlich schon zu Beginn des Schuljahrs 2008/2009 mit einer Übermittagsbetreuung rechnen.

Meine Damen und Herren, die Übermittagsbetreuung ist allerdings nur ein Punkt. Das heißt: Die Nachmittagsangebote sind weiterhin notwendig – im Zuge der Schulzeitverkürzung etc. pp.

Wenn ich mir noch einmal die im Antrag der FDP enthaltene Rechnung vornehme, die davon ausgeht, dass wir für die verlässliche Nachmittagsbetreuung zunächst zwei Gruppen à 20 Schülern an rund 50 Schulen brauchen, dann sehe ich 2 000 Schüler, die wir mit diesem Antrag erreichen können.

Ich sage Ihnen: Ein Schwerpunkt meiner Arbeit und auch ein Schwerpunkt der Arbeit unserer Fraktion ist, dass wir zunächst diese 2 000 Schüler so schnell wie möglich erreichen und in einem zweiten Schritt gucken, was wir als Nächstes tun können.

Um die heutige Debatte aber auch ein bisschen abzukürzen: Bei einer guten Vorbereitung wirft man selbstverständlich auch einen Blick in das Protokoll der 49. Sitzung vom 9. März 1999. Dort liest man, dass das damals natürlich ein Vorschlag von SPD und CDU war und dass der damalige Oberbürgermeister zu diesem Punkt gesagt hat – ich darf ihn zum Schluss zitieren –:

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Vorlage? – Wer enthält sich? – Niemand. Einstimmiger Beschluss.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir heute ähnlich vorgehen können und dass wir in großer Eintracht für unsere 2 000 Schüler in einem ersten Schritt diesen Beschluss fassen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Schlieben. – Herr Dr. Heinen, bitte, für die SPD-Fraktion.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schlieben, zunächst einmal: Sehr interessant; seit 1999 gibt es in Köln einen Rückschritt in der Betreuung. Das sollten sich alle einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Außerdem haben Sie oft das Wort „uns“ benutzt. Dieses Wort gehört uns, der SPD-Fraktion und den Grünen. Wir haben nämlich die offene Ganztagschule auf den Weg gebracht –

(Beifall bei der SPD)

gegen allerheftigsten Widerstand seitens der CDU. Ich darf an die Diskussion von 2004 erinnern, die Sie nicht gerne wiederholen möchten. Ich verstehe auch, warum Sie sie nicht wiederholen wollen; denn Sie möchten sich jetzt mit diesen Federn schmücken.

Als Erstes möchte ich aber die Freude der SPD-Fraktion darüber zum Ausdruck bringen, wie stark das Erfolgsmodell Ganztagsbetreuung nun bei allen Fraktionen beheimatet ist – aus welchen Gründen auch immer bei einigen. Dies war nicht immer so.

(Josef Müller [CDU]: Sie waren oft dagegen, ja!)

Drei Sachverhalte will ich vorwegschicken.

Erster Punkt: Die Einführung der offenen Ganztagschule OGTS, das Modell mit dem Ziel der flächendeckenden Betreuung und Bildung inklusive Mittagessen, war 2004 bei vielen heftig umstritten. Inzwischen haben wir aber ein Angebot von 17 000 Plätzen – mit steigender

37. Sitzung vom 04. März 2008

Tendenz. Eltern und Kinder haben die Voraussetzungen für dieses Modell mit ihren Wünschen und Bedarfen geschaffen.

(Josef Müller [CDU]: Und die Landesregierung? – Lachen von Jochen Ott [SPD])

– Ich glaube, Sie müssen da noch ein bisschen besser recherchieren, Herr Bürgermeister.

Die logische Konsequenz ist nun die Weiterführung dieser Ganztagsbetreuung im Sek-I-Bereich der weiterführenden Schule. Frühzeitig wurde – wir möchten hier auch keine Geschichtsklitterung hören, Herr Schlieben – von SPD und Grünen der Startschuss in Köln gesetzt. Im Februar 2007 wurde nämlich das Konzept für den Ganztag an weiterführenden Schulen in Auftrag gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Letztes Jahr ist es dann auch im Rat einstimmig verabschiedet worden.

Noch ein Punkt am Rande, der aber in Zukunft immer wichtiger werden wird und eine zentrale Bedeutung hat: Ganztagsbetreuung wird eine immer stärkere Verzahnung von Jugendhilfe und Schule nach sich ziehen. Die Grenzen werden in diesem Segment immer fließender werden. Anders – oder einfacher – ausgedrückt: Das alte System der Betreuung 10- bis 14-Jähriger wird immer stärker in den schulischen Bereich einfließen. Umgekehrt muss der schulische Bereich immer stärker an den Jugendbereich inklusive des Sportbereiches andocken. Hier gilt es, kreative Lösungen auf allen Seiten zu finden, um auch Synergieeffekte so weit wie möglich auszuschöpfen. Das bündelt Ressourcen – Menschen, aber auch Finanzen.

Zweiter Punkt: Die Verkürzung der Schulzeit an den Gymnasien hat nun eine ganz besondere Dynamik in die Ganztagsbetreuungsdiskussion gebracht.

(Jochen Ott [SPD]: Sehr richtig!)

Leider ist dies wieder ein äußerst trauriges Beispiel, wie das Land mit seinen Vorgaben die Kommune im Regen stehen lässt.

(Beifall bei der SPD)

Statt Ganztag doch lieber samstags? Glücklicherweise sieht die Fraktion in Köln das so wie die SPD-Fraktion und die Grünen-Fraktion: Viel

besser der qualifizierte Ganztag als der familien-disqualifizierende Samstag!

(Beifall bei der SPD)

Auf den Kosten bleibt aber wieder einmal die Kommune Köln sitzen. Kein Geld für den Ganztag aus Düsseldorf!

(Jochen Ott [SPD]: Pfui!)

Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen, meine Damen und Herren.

Wir müssen hier sowohl baulich als auch betreuerisch alles selber finanzieren. So viel zu den Bildungsprioritäten! Ich habe gerne gehört, dass Herr Sterck gesagt hat, die 42 Millionen Euro, die wir jetzt einsparen werden, sollten in den Bereich Bildung gesteckt werden. Dann setzen wir die 42 Millionen Euro, die Sie vorschlagen, doch vom Land aus in den Bildungsbereich ein!

(Josef Müller [CDU]: Dann müsst ihr doch dafür stimmen!)

Das würden wir auf jeden Fall machen.

(Marco Mendorf [FDP]: 100 Millionen Euro gibt es dieses Jahr mehr!)

Dritter und letzter Punkt: Meine Damen und Herren, ich habe eben die Kosten angesprochen. Diese sind, da sie bauliche und betreuerische Maßnahmen und Investitionen einschließen, besonders erheblich. Wir sind bereit, dort zu investieren. Ohne Frage: Bildung besitzt für uns höchste Priorität.

Wir befinden uns zurzeit aber in den Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2008. Diese finden in gemeinsamen Gesprächen statt und nicht, wie es die FDP versucht, in großen Vorankündigungen.

Nichtsdestotrotz schlagen wir vor, dies wieder zurück in die Haushaltsplanberatungen zu nehmen –

(Ulrich Breite [FDP]: Oh!)

dahin, wohin diese Forderungen auch gehören, Herr Breite. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Heinen. – Frau Schlitt, bitte.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Gabriele Schlitt (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich war etwas überrascht, dass heute dieser Antrag der FDP vorliegt – allerdings nicht, weil dieses Thema uns allen hier im Rat sehr, sehr wichtig ist. Wir haben ja auch in den letzten Sitzungen im Jugendhilfeausschuss, aber auch im Unterausschuss zum Ganztage sehr intensiv darüber debattiert, dass wir gerade im Bereich der Sekundarstufe I, also beim Übergang nach der Grundschule, eine intensivere Betreuung und Unterstützung der Eltern brauchen. Wir wissen auch, dass es beim Jugendamt zahlreiche Anträge gibt, um gerade dieses kommunale Engagement – darum geht es an dieser Stelle ja – der Übermittagsbetreuung weiter auszubauen.

Trotz alledem stehen wir heute kurz vor der Verabschiedung eines Haushaltes. Wenn man noch über einen Haushalt diskutiert, finde ich es ein bisschen ungünstig, vorab schon das Geld mit vollen Händen auszugeben, ohne vorher gemeinsam über den Haushalt zu schauen. Gerade im Kinder- und Jugendbereich werden wir in diesem Jahr ja sehr, sehr viel zusetzen. Wir haben auch schon viele Dinge beschlossen. Ich denke, dass wir dieses Thema in die Haushaltsberatungen mitnehmen werden und dann – vielleicht machen Sie den Haushalt ja auch mit – sicherlich auch auf Ihre Unterstützung zurückkommen werden.

Ich muss in Richtung der FDP aber noch einen Seitenhieb bezüglich des Landeshaushaltes machen. Sie haben eben bewusst zum einen das Programm der Übermittagsbetreuung und zum anderen das Programm „13 plus“ angesprochen. Sie haben auch zum Ausdruck gebracht, dass es mit sehr wenig Geld ausgestattet ist. Dabei handelt es sich allerdings um ein Landesprogramm. Die richtige Adresse ist also nicht die Kommune, sondern die Landespolitik. Von daher wäre der erste Auftrag, hier zu sagen, dass sich nicht immer die Kommune für die Betreuung und die Qualität am Nachmittag für Kinder und Jugendliche einsetzen muss, sondern eben auch das Land. Ich bitte Sie auch, sich da mit vollem Engagement einzubringen.

Lassen Sie mich noch einen letzten Satz zu Ihrem Antrag sagen. Sie möchten das für Gymnasien und Realschulen haben. Ich glaube, das ist fehlgegriffen. Eben ist schon einiges dazu gesagt worden, dass sich da auch die Landespolitik verändert hat und dass als Erstes auch einmal die Landespolitik gefragt wäre. Wenn es bestimmte Erlasse gibt oder wenn sich bestimm-

te Bedingungen in den Schulen ändern, dann muss auch derjenige, der das veranlasst, dafür Sorge tragen, dass die Kinder in den Kommunen ordentlich versorgt werden.

Wir wissen, dass es beim Jugendamt viele Anträge gibt – auch von vielen anderen Schulen über die Gymnasien und die Realschulen hinaus und von vielen Bürgerzentren und Jugendeinrichtungen, die in diesem Bereich hervorragende Arbeit leisten.

Deshalb muss dieser Antrag auch noch einmal im Jugendhilfeausschuss diskutiert werden. Das Ganze muss im Rahmen der Haushaltsberatungen beraten werden. Dann muss klug überlegt werden, wer denn an diesem Projekt und an den Geldern zu partizipieren hat. – Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Schlitt. – Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? – Noch einmal Herr Dr. Schlieben, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur noch einmal auf die Landesförderung „13 plus“ eingehen; denn hier heißt es ja immer so ominös: Die Landesregierung tut ja nie etwas; das sind immer die Bösen; das war früher so und ist heute so.

Ich habe jetzt einfach noch einmal nachgeguckt, was denn von der Landesförderung „13 plus“ kommt. Ich zitiere:

Mit Wirkung zum 01.01.2000 wurde außerdem eine Landesförderung „13 plus“ installiert, mit der ebenfalls Kinder der gleichen Altersgruppe am Nachmittag erreicht werden.

Jetzt wird es interessant:

Kölner Schulen beantragten aus diesem Programm Mittel. Derzeit werden hier über 43 Gruppen – das sind 805 Kinder oder Jugendliche – in 20 Gymnasien

– 20 von 30 Gymnasien, die wir in Köln haben –

37. Sitzung vom 04. März 2008

sowie 20 Gruppen – das sind 382 Kinder oder Jugendliche – in zehn Realschulen

– zehn von 23 Realschulen, die es in Köln gibt – gefördert.

Man kann doch nicht so tun, als sei das überhaupt nichts.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Gebauer.

(Zuruf von Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen] – Gegenruf von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Bitte schön, Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Ich versuche es auch noch einmal. – Frau Schlitt, wenn Sie den Antrag richtig gelesen haben und wenn Sie mir zugehört haben, dann wissen Sie, dass ich Bezug auf einen Antrag nehme, der im Jahr 1999 von allen vier Fraktionen hier im Rat der Stadt Köln verabschiedet worden ist. 1999 ging es – ich sage es ganz klar – um die Schaffung und Förderung von bis zu 76 Gruppen in Jugendeinrichtungen und Bürgerzentren im Rahmen der Ganztagsangebote für Kinder der Sekundarstufe I.

Das hat mit dem Ausbau der Ganztagschulen, wie er jetzt vom Land durchgeführt wird, aber nichts zu tun.

Wir haben hier im Rat der Stadt Köln ganz klar gesagt: Wenn die finanzielle Situation es zulässt, wollen wir diese Zahl von 76 Gruppen – die in den vergangenen acht Jahren ja mittlerweile auf 80 aufgestockt worden ist – weiter vorantreiben. – Das ist in der Vergangenheit nicht geschehen.

Was Sie gesagt haben, hat nichts damit zu tun, dass wir hier diese Aufstockung fordern.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Gebauer. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Im Prinzip habe ich den Eindruck, dass alle da etwas tun wollen. Alle haben es erkannt. Wenn man mehr tun will, kostet das aber Geld. Des-

halb gibt es einen Antrag auf Verweisung in die Hpl.-Beratungen.

Darüber lasse ich zunächst abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, Linke und Herr Dr. Müser – und damit die Mehrheit. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen. Das Ganze geht also in die Hpl.-Beratungen.

Ich rufe nun auf:

2.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Unterstützung für Kölner Familien“ AN/0189/2008

Dazu spricht Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist ja nicht so, dass aus dem etablierten Politikbetrieb immer nur dumme Ideen kämen. Oft haben auch Vertreter von SPD und CDU kluge Einfälle, die dann sogar in einem kommunalpolitischen Gremium eine Mehrheit finden.

Ich rede jetzt nicht unmittelbar vom Kölner Rat, sondern spreche vom Rat der Stadt Dormagen. Er hat sich nämlich mit der Situation junger Familien auseinandergesetzt. Dort hat die Ratsmehrheit eine überaus kluge Idee umgesetzt, um junge Familien zu fördern.

Die Vorgehensweise wurde unter dem Begriff „Dormagener Modell“ zusammengefasst. Sie sieht vor, dass dort, wo ein Neugeborenes das Licht der Welt erblickt hat, ein moderner Nachfahre von Caspar, Melchior und Balthasar sich auf den Weg macht – diesmal nicht aus dem Morgenland kommend, sondern von der Verwaltung kommend – und bei der Familie des neuen Erdenbürgers guten Tag sagt, ein paar Geschenke mitbringt, auch Ratschläge im Gepäck hat und ansonsten einen Kontakt zu der jungen Familie herstellt.

Sinn und Zweck ist es zum einen, eine unmittelbare Beratung und Stütze zu geben, aber zum anderen auch, einmal zu schauen, unter welchen Umständen der neue Erdenbürger denn nun heranwächst.

In mehr als 99 Prozent aller Fälle, also in einer ganz überwiegenden Mehrheit, hat das überhaupt keine Folge, die für die Verwaltung in einen Handlungsbedarf einmündet. Vielmehr ist es im Regelfall so, dass diese Hilfestellung – das

37. Sitzung vom 04. März 2008

lehrt die Erfahrung in Dormagen – von den Familien sehr gerne angenommen wird. Vielleicht gibt es den einen oder anderen nützlichen Tipp – gerade da, wo die Erfahrungen vielleicht noch nicht so vorhanden sind, weil die Familienstrukturen ja nicht immer uneingeschränkt intakt sind, sodass die Großmutter zur Stelle wäre, um die passenden Kenntnisse zu kommunizieren. Das wird dankend angenommen. Diese Hilfestellung wird in den Familien sehr positiv aufgefasst.

Es gibt eine winzig kleine Zahl von Ausnahmefällen, in denen ein solcher Besuch in den Verwaltungsapparat hinein Handlungsnotwendigkeiten kommuniziert. Wenn sich herausstellt, dass die Eltern überfordert sind, kann dann auch das Jugendamt in der entsprechenden Form tätig werden.

Ich stelle fest, dass nicht nur manche Eltern mit der Thematik überfordert sind, sondern auch manche Ratsmitglieder, die der Frage der Familienpolitik und der Situation der Familien im Lande offenbar die von Frau Gebauer hier schon attestierte sehr geringe Aufmerksamkeit zukommen lassen. Das ist wirklich schade, meine Damen und Herren. Von daher braucht man sich nicht zu wundern, dass die Familienpolitik in Deutschland heute da steht, wo sie nun einmal steht.

(Beifall von Bernd M. Schöppe [pro Köln])

Wir wollen hier ein gutes Modell, das in Dormagen funktioniert hat, auf Köln übertragen. Was sich in Dormagen bewährt hat, kann auch hier in Köln ein Stück weiterhelfen. Deshalb bitten wir Sie ganz herzlich um Zustimmung zu diesem Antrag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? – Wie ich sehe, ist das nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

2.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Herbeiführung von Transpa-

renz bei Managergehältern in den Beteiligungsgesellschaften der Stadt Köln“ AN/0318/2008

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP-Fraktion AN/0445/2008

Zunächst einmal spricht Herr Detjen für die antragstellende Fraktion.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass von den städtischen Beteiligungsunternehmen heute zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Böllinger und Herr Dr. Schmitz unter uns sind.

Die Fraktion Die Linke.Köln war mehr als aufgebracht, als uns die Verwaltung Mitte Januar mitteilte, unsere Vorständler weigerten sich, die Einwilligungserklärung zur Veröffentlichung der Bezüge im Beteiligungsbericht abzugeben. Da wir den berechtigten Eindruck hatten, Sie, meine Damen und Herren von den großen Parteien, wollten das aussitzen, haben wir einen detaillierten Antrag eingebracht, der aufzeigt, wie Transparenz herzustellen wäre.

Die Fraktion Die Linke freut sich, dass wir hier im Rat zu einem gemeinsamen Beschluss über die Ausübung von Einflussnahme auf Managerverträge kommen werden. Wir übernehmen gerne Ihren Änderungsantrag in den Punkten 1 und 2. Unser Punkt 2 wird dann der Punkt 3. Zwar finden wir unseren Punkt 1 klarer und besser. Wir wollen aber eine breite Mehrheit hier im Rat haben.

Warum Sie erst dann eine Veröffentlichung befürworten, wenn eine repräsentative Anzahl von Einverständniserklärungen vorliegt, erschließt sich uns überhaupt nicht – zumal Sie Bezug auf den Deutschen Corporate Governance Kodex nehmen. Dieser wiederum sieht vor, dass die Unternehmen, die sich weigern, bzw. die Vorständler, die sich weigern, ausdrücklich genannt werden. Bei Ihrem Vorgehen müsste also eigentlich im Beteiligungsbericht stehen: weigert sich, weigert sich, weigert sich, usw. – Das, glaube ich, entspricht aber nicht dem, was Sie gewollt haben.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Wir müssen unseres Erachtens zu einer schnellen Veröffentlichung kommen. Das muss jetzt ohne Zähneklappern über die Bühne gehen.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen in den Aufsichtsräten, selbst der Präsident des BDI, Herr Thumann, fordert – ich zitiere mit Erlaubnis des Oberbürgermeisters die *Süddeutsche Zeitung* vom 1. März 2008 –:

Ich kann nur an die Aufsichtsräte appellieren, dass sie dafür Sorge tragen, dass die Aktionäre, die ja die Eigentümer der Unternehmen sind, stärker in diese Frage einbezogen werden.

Vor diesem Hintergrund sollten Sie im Aufsichtsrat sowohl nach der Höhe der Bezüge als auch nach den Details fragen. Sie müssen doch wissen, ob Herr Dr. Schmitz von der RheinEnergie einen Bonus nach Umsatz oder nach Gewinn bekommt.

(Josef Müller [CDU]: Das muss der Aufsichtsrat wissen!)

Das ist doch eine spannende Frage.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das hier ist die Neiddebatte!)

Und schauen Sie sich die Verträge genau an! Es ist wichtig, dass die Aufsichtsräte das auch tun.

(Josef Müller [CDU]: Ja! Aber nicht hier!)

Der BDI-Chef fordert Änderungen der Manager-Verträge. Er fordert einen höheren fixen Anteil der Bezahlung und einen niedrigen Anteil an variablen Kosten.

FDP und CDU wollen bei den Linken einen Neidkomplex entdeckt haben.

(Josef Müller [CDU]: Jawohl! So ist es!)

Besser wäre es, sie würden durchschauen, was ihre Vorstände in den Unternehmen so alles treiben. Herr Breite zum Beispiel beschwert sich immer, dass er nicht durchblickt, was bei der Messe passiert.

Hartz-IV-Empfänger müssen jeden Cent auf den Tisch legen. Wenn die Leute etwas auf die Seite gelegt haben, wird das alles akribisch durchforschet. Die Manager dagegen, die so hohe Einkünfte haben, brauchen sie noch nicht einmal zu

veröffentlichen. Das finden die Leute unerträglich.

(Beifall bei der Linken.Köln)

In der letzten Woche war im *Kölner Stadt-Anzeiger* zu lesen – Zitat –:

Die Veröffentlichung der Bezüge ist „doch nichts, wofür man sich schämen muss – gute Arbeit ist gutes Geld wert“, sagte Grünen-Fraktionsvorsitzende Barbara Moritz.

Dieses pauschale Urteil entspricht leider nicht der Realität. Ich konnte Herrn Fischer von der WestLB in der Landschaftsversammlung Rheinland live erleben. Er war und ist ein guter Schauspieler. In dieser Hinsicht hat er gute Arbeit geleistet. Dafür ist er aber nicht entlohnt worden. Mit Sicherheit hat er mehr verdient als unsere Manager bei den städtischen Teilnehmungsunternehmen. Es pfeifen doch die Spatzen von den Dächern, dass die Qualität und die Moral der Manager zu wünschen übrig lassen.

(Josef Müller [CDU]: Aber nicht aller! Mein Gott! Unerträglich!)

„Gutes Geld für gute Arbeit“ ist eine Kampagne der IG Metall. Diese Kampagne bezieht sich auf normale Einkommen. Sie auf die Manager zu übertragen, halte ich für falsch.

Mit dem von CDU und FDP konstruierten Neidkomplex hat das alles nichts zu tun.

Schlechtes Management hat in den letzten Monaten zum Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen in der ganzen Bundesrepublik geführt. Das wird auch heftig diskutiert. Erinnerung sei an Nokia und andere Unternehmen.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere städtischen Unternehmen weiterhin gut funktionieren. Wir brauchen auch gute Manager bei der Stadt Köln; gar keine Frage.

Die städtischen Unternehmen sind allerdings dem Gemeinwohl verpflichtet, und die Kosten werden von den Kölnerinnen und Kölnern durch Entgelte und Gebühren bezahlt. Das sollten wir bei der Diskussion über die Managergehälter nicht vergessen. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

37. Sitzung vom 04. März 2008

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Detjen. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Neubert, bitte.

Michael Neubert (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich spreche jetzt zum Antrag 2.1.5 und direkt auch schon zum Antrag 2.1.6, weil diese beiden Anträge unseres Erachtens eng zusammenhängen – auch wenn es von Ihnen eine gewisse erhöhte Aufmerksamkeit fordert, weil Sie gleich ein bisschen trennen müssen, zu welchem Antrag meine entsprechenden Ausführungen gehören. Beides ist aber so eng verwoben, dass ich denke, Ihnen das abverlangen zu können.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Aber wir behandeln den Punkt 2.1.6 nachher noch einmal.

Michael Neubert (SPD): Das habe ich schon verstanden. Dann brauche ich aber nicht dieselbe Rede noch einmal zu halten.

Die Schlagzeilen der letzten Wochen und Monate zur mangelnden Führungskultur und Führungsverantwortung in den großen deutschen Unternehmen haben auch mich durchaus nachdenklich gemacht. Welche Werte herrschten bei den Menschen vor, die eigentlich Vorbilder in unserer Gesellschaft sein sollen?

Vor diesem Hintergrund finde ich es richtig, wenn wir uns als Vertretung der Stadt Köln dafür einsetzen, dass in unseren kommunalen Beteiligungsunternehmen eine verantwortungsvolle und glaubwürdige Unternehmensführung gewährleistet bleibt. Gerade die öffentlichen Unternehmen, die sich sowohl wirtschaftlichen Grundsätzen, aber eben auch dem Gemeinwohl und einer öffentlichen Zweckverfolgung verpflichtet haben, müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

Transparenz und Glaubwürdigkeit sind dabei maßgebliche Eckpunkte, um das Vertrauen in die Tätigkeit der kommunalen Unternehmen zu stärken.

Ein Public Corporate Governance Kodex für Köln, also ein Regelwerk zur Verbesserung der Unternehmenssteuerung und -überwachung, kann sicherlich ein Beitrag sein, eine gute und verantwortungsbewusste Unternehmensführung in den kommunalen Gesellschaften dauerhaft

sicherzustellen. Dabei können sicherlich auch Ergebnisse der Überlegungen auf Bundesebene mit einbezogen werden.

Vor diesem Hintergrund wünsche ich mir einen Ordnungsrahmen, der sich zwar nah an die anerkannten Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex anlehnt, daneben aber auch die Besonderheiten der öffentlichen Zweckbindung berücksichtigt; denn die einfache Formel „Corporate Governance Kodex = Public Governance Kodex“ funktioniert nicht. Die Aufgaben der öffentlichen Hand sind durch die Gemeinwohlorientierung nicht in jedem Punkt deckungsgleich mit den Zielen rein privatwirtschaftlicher Unternehmen.

Der künftige Unternehmenskodex der Stadt Köln sollte insbesondere zwei Zwecken dienen: erstens, durch mehr Öffentlichkeit und Nachprüfbarkeit die Transparenz und das Vertrauen in die Entscheidungen sowohl der Unternehmen als auch von uns als Politikern und Verwaltung zu erhöhen, und zweitens, einen Standard für das Zusammenwirken von Gesellschaft, Aufsichtsrat und Geschäftsführung festzulegen, der eine effiziente Unternehmensführung gewährleistet und die Ausrichtung des Unternehmens auf die öffentliche Zweckerfüllung sichert.

Deshalb soll die Verwaltung den Antrag von Frau May prüfen und das Ergebnis dann im Finanzausschuss vorlegen.

Ein wichtiger Teil dieses angedachten Regelwerks – jetzt komme ich zu Tagesordnungspunkt 2.1.5 – wird auch eine Regelung zur Transparenz der Vorstands- und Geschäftsführergehälter sein.

Meine Damen und Herren, der Europäische Gerichtshof hat bereits anerkannt, dass Steuerzahler und Öffentlichkeit einer demokratischen Gesellschaft einen Anspruch darauf haben, über die Verwendung der öffentlichen Gelder gerade auch im Bereich der Personalkosten informiert zu werden. Im öffentlichen Dienst ist das selbstverständlich. Mein Gehalt zum Beispiel können Sie aus der Gehaltstabelle ablesen.

Diese Transparenz sollte genauso gelten, wenn sich die öffentliche Hand entscheidet, Gemeinwohlaufgaben in privater Rechtsform wahrzunehmen. Wir wollen keine Flucht ins Privatrecht. Vielmehr sollen unsere Unternehmen Vorbild dafür sein.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Leider wurde dieser Wunsch von den Vorständen und Geschäftsführern unserer Unternehmen bislang nicht aufgegriffen. Obwohl eine Veröffentlichung der Bezüge bei börsennotierten Aktiengesellschaften bereits ohne Aufsicht praktiziert wird, wurde dies von der Mehrzahl der Unternehmensleitungen unserer kommunalen Unternehmen bislang abgelehnt. Das ist ein schlechtes Signal.

Ich hoffe ernsthaft, dass sich hier zukünftig etwas ändert. Die Transparenz der Gehälter unserer Unternehmensführungen sollte zu den wesentlichen Eckpunkten der Unternehmenskultur in unseren kommunalen Beteiligungen gehören. In diesen Rahmen sollte sich auch jede künftige Führungsperson einfinden.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Neubert. – Herr Granitzka für die CDU-Fraktion, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, Ihr Punkt 2 wird nicht Punkt 3 des gemeinsamen Antrages, den die vier großen demokratischen Parteien vorgelegt haben.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Sie haben aufgepasst, Herr Granitzka!)

– Ja, das ist so.

Wir werden den Antrag gemeinsam stellen. Bei der Begründung beziehe ich mich auf das, was der Kollege hier im Wesentlichen schon gesagt hat. Auch wir wollen Transparenz. Wir wollen deutlich machen, dass zum Beispiel bei den GmbHs, deren Jahresabschlüsse für 2007 Sie demnächst im *Bundesanzeiger* nachlesen können, wie auch bei den Aktiengesellschaften, wenn die Manager gut dahinter stehen und wenn dort richtig gearbeitet wird, von mir aus auch richtig gute Gehälter gezahlt werden. Deshalb braucht sich niemand zu schämen, wenn das Gehalt veröffentlicht wird.

Diese Transparenz muss aber rechtlich sauber sein. Deswegen haben wir bestimmte Formulierungen in diesen Antrag eingebracht – nämlich, dass unsere Kollegen in den städtischen Beteiligungsunternehmen aufgefordert sind, in geeigneter

Weise darauf hinzuwirken, dass das so geschieht.

Wir möchten uns nämlich von Ihnen abgrenzen, Herr Kollege, indem wir nicht alle Manager unter Generalverdacht stellen, Raubtierkapitalismus zu betreiben, was Sie ganz offensichtlich unterstellen. Diese Neiddebatte, diesen Neidkomplex wollen wir herauslassen. Wir sind froh, dass alle großen demokratischen Parteien sich darauf einigen konnten.

Damit wir es nachher vermeiden können, auf den Antrag von Frau May einzugehen, will ich nur kurz darauf hinweisen – der Kollege hat es schon gesagt –, dass dieses sozusagen in der Mache ist. Auch wir wollen kein Lex Köln. Ihre Absicht und das, was Sie hier eingebracht haben, sind völlig richtig. Mit dieser Forderung sind Sie der Bundesregierung wahrscheinlich sogar ein bisschen voraus. Ich denke aber, dass wir abwarten sollten, damit nicht in Köln ein rechtliches Sondergebiet entsteht. Ich glaube auch nicht, dass wir der Großen Koalition da Ratschläge erteilen müssten. Deshalb sollten wir das abwarten.

Meine Damen und Herren, insgesamt wird natürlich ein gewisser Druck ausgeübt, diese Transparenz herzustellen. Aber dafür stehen wir. Das tun wir gemeinsam mit den Kollegen in den übrigen Fraktionen. – Danke sehr.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Granitzka. – Herr Frank, bitte, für die Fraktion der Grünen.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Wir haben natürlich auch die Mitteilung im Finanzausschuss zur Kenntnis nehmen müssen, dass faktisch alle relevanten Unternehmensführungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften der Bitte des Finanzausschusses nicht gefolgt sind, ihre Bezüge in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Ich muss sagen: Damit haben sich die Beteiligten keinen Gefallen getan, sondern eigentlich mehr den Nährboden bereitet, auf dem es dann zu allerlei Mutmaßungen kommt.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Denn man muss sich ja Folgendes vorstellen: Eine Beteiligungsgesellschaft tut das bereits seit geraumer Zeit. Das ist die GAG AG.

(Josef Müller [CDU]: Das ist eine AG!)

Sie tut das, weil sie eben börsennotiert ist.

(Josef Müller [CDU]: Weil sie muss!)

– Sie muss das.

(Josef Müller [CDU]: Also!)

Ob sie es freiwillig tun würde, weiß ich nicht. Aber sie tut es. Und ich kann nicht erkennen, dass den dort tätigen Vorstandsmitgliedern daraus irgendein Schaden erwachsen ist. Insofern sollte man hier mehr Gelassenheit an den Tag legen.

Vor allem sollte man sich auch mehr den Grundsätzen von Transparenz und moderner Unternehmensführung stellen und sich hier nicht einbunkern; denn wer die entsprechenden Papiere des Corporate Governance Kodex kennt, der weiß, dass er empfiehlt, Vergütungen von Vorständen und Aufsichtsräten sogar aufzuschlüsseln und entsprechend darzustellen. Das soll in der Regel in den Geschäftsberichten geschehen – und, da es sich hier um die Stadt Köln handelt, auch in dem entsprechenden Beteiligungsbericht. Dies fordert auch unser gemeinsamer Antrag, der ja bereits erläutert worden ist.

Ich möchte aber noch zwei Dinge zu dem Vorschlag sagen, den Herr Detjen hier für die Linke eingebracht hat.

Erstens. Die meisten Unternehmen der Kommune stehen inzwischen im Wettbewerb. Insofern lässt sich die Regelung nach Ziffer 2 des Antrags der Linken, man möge Obergrenzen einziehen, vielleicht aus dem Beamtenrecht ableiten, aber sicherlich nicht aus der Realität im Wettbewerb stehender Unternehmen. Insofern müssen sich Vergütungen zum Teil auch an den Realitäten des Wettbewerbs orientieren. Dort jetzt irgendwelche starren Grenzen zu ziehen, ist schlicht und einfach weltfremd.

Zweitens. Es ist in diesem Zusammenhang nicht umsetzbar, in laufende Vertragsverhältnisse einzugreifen. Das ist rechtlich ausgeschlossen. So etwas würde nur zu unnötigen Konflikten führen. Wenn man hier eine entsprechende Weisung erteilen würde, wäre das nicht zielführend; denn wir wissen ja, dass die Freiwilligkeit

offenbar nicht gegeben ist. Das muss schon kritisiert werden. Das wird auf Dauer auch zu einem entsprechenden Druck führen. Letztendlich müssen wir das Ganze aber natürlich auch entsprechend den rechtlichen Gegebenheiten veranstalten. Sonst hat es überhaupt keine Erfolgsaussicht. Insofern mag das, was hier aufgeführt ist, sehr populär sein. Es ist aber eben nicht umsetzbar. Meines Erachtens eignet sich diese Frage allerdings nicht zu billigem Populismus.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung hinsichtlich des Antrags von Frau May. Interessant ist, dass das Bundesfinanzministerium in Kürze einen Public Corporate Governance Kodex für die öffentlichen Unternehmen veröffentlichten wird. Er bezieht sich natürlich im Wesentlichen auf die öffentlichen Unternehmen des Bundes. Ich denke aber, dass dieser Public Corporate Governance Kodex einige sinnvolle Hinweise geben wird, wie wir damit umzugehen haben. Einige Länder wie zum Beispiel der Stadtstaat Bremen besitzen ja auch schon solche Regelungen. Wenn wir das Ganze ernst nehmen, sollten wir schauen, dass wir uns dann an den bundesweiten Rahmenbedingungen orientieren.

Insofern schlagen wir vor, diesen Antrag unter Berücksichtigung der Vorschläge des Bundesfinanzministeriums in den Finanzausschuss zu verweisen, sodass die Verwaltung uns dann vor dem Hintergrund der jetzt aktuell werdenden Vorschläge einen Entwurf vorlegen kann, wie so etwas für Köln aussehen sollte; denn das hätte den großen Charme, dass wir dann tatsächlich zu einer Regelung kommen, die auch im bundesweiten Maßstab Sinn macht. Weil die Unternehmen im Wettbewerb stehen, helfen Sonderregelungen wenig, denke ich. Vielmehr muss man sich an den allgemeinen Trends solcher Public Corporate Governance Kodexe orientieren.

Ich halte es für einen Fortschritt, wenn wir hier mit breiter Mehrheit zu solchen Regelungen kommen und damit auch eine Antwort auf die meines Erachtens zu Recht erhobene öffentliche Kritik geben, hier nicht die genügende Transparenz walten zu lassen. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

37. Sitzung vom 04. März 2008

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Frank. – Für die FDP-Fraktion Herr Repgen.

Dietmar Repgen (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Deutsche Corporate Governance Kodex, an den wir uns mit dem Vorschlag der vier Fraktionen ganz offensichtlich anlehnen und den es seit 2002 gibt, hat zu einer neuen Kultur moderner Unternehmensführung geführt. Er richtet sich in erster Linie an börsennotierte Gesellschaften. Wie sich aus der Präambel des Kodex ergibt, wird aber auch nicht börsennotierten Gesellschaften die Beachtung des Kodex empfohlen. Wichtig ist auch, dass es sich bei dem Kodex um ein lebendes Gebilde handelt; denn er wird jährlich überprüft und auch angepasst. Das ist auch in den letzten Jahren geschehen – zuletzt am 14. Juni 2007. Aus aktuellem Anlass wurden bestimmte Punkte neu eingeführt und überarbeitet.

Wenn man sich noch einmal die Empfehlung der Anwendung des Kodexes auch für nicht börsennotierte Gesellschaften vor Augen führt, ist es also zunächst einmal egal, ob wir es mit einer Aktiengesellschaft oder mit einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu tun haben. Es gibt hier auch keine Differenzierung, ob möglicherweise auch kommunale Gesellschaften in irgendeiner Form mit einzubeziehen sind. Wir haben auch schon gehört, dass die Bundesregierung an einem Public Corporate Governance Kodex arbeitet, der die Besonderheiten kommunaler Unternehmen oder öffentlich geführter Unternehmen entsprechend berücksichtigen soll.

Wir sind der Auffassung, dass der gemeinsame Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP hier ein erster Schritt in die richtige Richtung ist.

Wir können uns durchaus vorstellen, dass diesem Schritt weitere Schritte folgen, wenn entsprechende Erfahrungen damit gemacht worden sind. In diesem Zusammenhang gibt der Corporate Governance Kodex entsprechende Hinweise, die man hier zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht auch noch einmal diskutieren kann.

Wir sind also der Auffassung, dass es keinen sachlich gerechtfertigten Grund gibt, warum die Vorstandsgehälter bei kommunalen Unternehmen nicht veröffentlicht werden sollten. Transparenz schafft Klarheit und ermöglicht letzten

Endes auch eine bessere Kontrolle der öffentlichen Unternehmen.

Wir sind durchaus der Auffassung, dass derjenige, der gut arbeitet, auch entsprechend gutes Geld bekommen soll. Die Neidbrille haben wir in diesem Fall also überhaupt nicht auf.

Wir können auch nicht der Schlussfolgerung folgen, alle Manager seien schlecht, und deswegen müssten jetzt alle Gehälter veröffentlicht werden. Das ist sicherlich der falsche Schluss.

Wir sind da auch relativ entspannt; denn eines ist sicherlich klar: Die Diskussion findet jetzt statt und wird auch öffentlich geführt. In zehn Jahren wird die Veröffentlichung von Vorstandsgehältern oder auch Aufsichtsratsvergütungen selbstverständlich sein. Insofern sollten wir das Ganze auch entsprechend gelassen sehen. – Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Repgen. – Für pro Köln spricht Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In dieser speziellen Frage kann sich die Fraktion pro Köln dem Antrag der Linken nur voll und ganz anschließen.

(Zuruf: Oh!)

– Ja. – In der Tat ist es ein Skandal, wenn sich außer drei städtischen Gesellschaften alle anderen weigern, die üppige Bezahlung ihrer Vorstände offenzulegen. Jeder Hartz-IV-Empfänger muss sich dagegen im wahrsten Sinne des Wortes bis aufs Hemd ausziehen und sämtliche seiner Finanzen offenlegen.

Wir von der Bürgerbewegung pro Köln prangern diese Form der Ungerechtigkeit scharf an. Die Vorstände der städtischen Gesellschaften werden von den Abgaben, Gebühren und Steuern der Bürger bezahlt. Es ist deshalb das gute Recht der Öffentlichkeit, zu erfahren, wer von den Vorständen dieser Gesellschaften wie viel verdient – noch dazu, weil diese Posten offenbar nicht selten als üppige Alimentierung von Polit-Pensionären der etablierten Parteien genutzt werden.

In diesem Fall sollte ein Mindestmaß an Transparenz durchgesetzt werden – was im Übrigen in

37. Sitzung vom 04. März 2008

der freien Wirtschaft schon lange praktiziert wird. Rechtliche Bedenken in Bezug auf bereits geschlossene Verträge müssen dabei natürlich berücksichtigt und ausgeräumt werden. Bei allen kommenden Vertragsverlängerungen und neuen Verträgen muss eine solche Offenlegungsklausel aber verbindlich eingeführt werden.

Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag der Linken. – Danke.

(Beifall bei pro Köln – Josef Müller [CDU]: Die Rechten sind bei den Kommunisten! Wunderbar!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann hat sich noch Frau May gemeldet. Bitte.

Petra May (fraktionslos): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Granitzka, es ist wirklich sehr schmeichelhaft, dass Sie gesagt haben, dass ich der Bundesregierung voraus wäre. Vielen Dank! Um genau zu sein: Ich bin der Bundesregierung zwei Jahre voraus; denn vor zwei Jahren habe ich hier bereits einen Antrag gestellt, sich mit dem Thema „Managergehälter und Abfindungen“ zu beschäftigen.

Bereits damals habe ich gesagt – da möchte ich auch noch einmal auf Herrn Neubert zurückkommen –, dass Köln als viertgrößte Kommune mit Unternehmen, die ein kleiner Ort natürlich nicht hat, eine Vorbildfunktion einnehmen sollte. Das heißt: Wir können hier nicht alle Kommunen gleichsetzen. Wir vergleichen uns mit München und anderen Städten, die große Unternehmen haben. Hier muss auch eine andere Handhabung stattfinden.

Der damalige Ratsbeschluss war klar. Die Gehälter sollten offengelegt werden. Aber was ist geschehen? Was geschehen ist, ist ein Armutszeugnis für diese Stadt. Dieser Ratsbeschluss ist leider nicht umgesetzt worden. Aus meiner Sicht – ich kann es nicht anders sagen – hat es wohl in Teilen der Stadtwerke eine richtige Blockadepolitik dagegen gegeben. Sonst wäre das schon längst geschehen.

Es ist, wie gesagt, ein Armutszeugnis. Ich sage das hier offen; denn die Betroffenen sitzen im Raum. Ich habe da nichts zu verbergen. Ich habe auch Diskussionen in Aufsichtsräten

geführt. Ich fand das damals schon sehr bescheiden und traurig.

23 Unternehmen sind angeschrieben worden. Kaum eines hat geantwortet. Ich denke einmal, dass es nun an der Zeit ist, hier wirklich Regelungen zu treffen.

Es ist schön, dass jetzt beschlossen werden soll, Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräte anzuweisen. Das haben wir ja schon längst, und es hat zwei Jahre nicht funktioniert.

Ich bin einmal gespannt, was in Kürze passiert – nämlich nichts. Warum passiert nichts? Weil das Ganze nur für neue Verträge gilt. Es wird Jahre dauern, wenn wir auf diese Art und Weise erreichen wollen, alle Gehälter offenzulegen.

So kann das nicht gehen. Das heißt: Wenn wir einen Kodex wollen – und ich habe gehört, dass dieser Vorschlag von mir hier gewollt ist –, dann muss auch eine Regelung getroffen werden, dass das nicht nur für Neuverträge gilt, sondern für alle Verträge in den städtischen Gesellschaften. Sonst hätten wir auch eine Ungleichbehandlung.

Zum Schluss möchte ich noch auf eine besondere rechtliche Problematik hinweisen. In dem vorliegenden Antrag steht, dass die Aufsichtsratsmitglieder angewiesen werden sollen. Ich persönlich halte es für rechtlich bedenklich, ein Aufsichtsratsmitglied anzuweisen, weil der Aufsichtsrat ein Kontrollorgan ist – und zwar ein unabhängiges, auch wenn Mandatsträger darin sitzen. Ich weiß, dass es hier unterschiedliche Positionen gibt. Zumindest ich halte das aber für bedenklich.

Zu den Aufsichtsräten an sich und der Aussage, sie hätten ja schon längst die Verträge einfordern können: Da möchte ich gerne etwas zitieren, was Frau Kirchmeyer vor zwei Jahren gesagt hat. Das gibt nämlich das traurige Bild in unseren Gesellschaften wieder. Frau Kirchmeyer hat damals gesagt – aus meiner Sicht kann ich das nur unterstreichen –:

Meiner Meinung nach ist es schon sehr weitgehend, die Gehälter völlig offenzulegen. Ich wäre schon zufrieden, wenn ich als Aufsichtsratsmitglied auf Nachfragen derartige Auskünfte bekäme. Mir wurde das leider schon verwehrt. Deshalb weiß ich, wovon ich spreche.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Mir ist es in dem Aufsichtsrat, in dem ich sitze, auch passiert, dass ich mit dieser Problematik nicht weitergekommen bin.

In Bezug auf einen Kodex wäre es auch wichtig – deswegen sage ich das schon jetzt –, die Rechte der Aufsichtsratsmitglieder, auch eines einzelnen Mitglieds, zu stützen und zu stärken, damit das einzelne Aufsichtsratsmitglied auch eine vernünftige Arbeit machen kann und auch in dem Aufsichtsrat agieren kann, ohne angewiesen zu werden. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau May. – Darf ich fragen, ob es weitere Wortmeldungen gibt? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Normalerweise ist der Antrag der Linken der weitergehende. Ich kann darüber zuerst abstimmen lassen. Allerdings gibt es einen Antrag von vier Fraktionen, die zumindest zahlenmäßig wesentlich umfassender ist.

Herr Detjen, Sie haben eben ein Angebot, eine Offerte, gemacht.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Ich habe gesagt, dass wir den Änderungsantrag übernehmen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie übernehmen ihn? Nein, das glaube ich nicht. Wenn, dann übernimmt ja die Mehrheit etwas.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Moment! Wir als Antragsteller übernehmen die Punkte 1 und 2 des Änderungsantrages. Unser Punkt 2 wird dann Punkt 3.

(Josef Müller [CDU]: Nein!)

Das können Sie gerne beschließen, wenn Sie das wollen. Aber Sie haben aufgepasst. Ich hatte ja gehofft, Sie würden darauf reinfallen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nein, das sind wir eben nicht.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Man kann es ja einmal versuchen. Dann müssen wir halt extra darüber abstimmen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann machen wir es in der anderen Reihenfolge. Ich lasse also zunächst einmal über den Antrag der vier Fraktionen abstimmen. Dann kann ich ja noch einmal schauen, ob wir für Ihren Vorschlag eine Mehrheit bekommen.

Zunächst einmal stimmen wir also über den Antrag der vier Fraktionen ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, Grüne, FDP, pro Köln, Die Linke und Herr Dr. Müser. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Von Frau May. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Jetzt frage ich noch, wer für das ist, was Herr Detjen vorschlägt, also für die Punkte 1 und 2 und zusätzlich den Punkt 2 aus dem Antrag der Linken als Punkt 3. Gibt es dafür Stimmen? – Das sind Die Linke, pro Köln und Frau May. Enthaltungen? – Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit abgelehnt.

Frau May, jetzt frage ich Sie Folgendes: Ihr Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.1.6 ist die ganze Zeit mitbehandelt worden und jetzt eigentlich in der Sache erledigt. Wollen Sie Ihren Antrag dennoch noch einmal extra behandeln? Dieses Recht haben Sie natürlich. Ich frage nur; denn es hätte sein können, dass Sie sagen: Mit dieser Formulierung ist das erledigt.

(Zuruf von Petra May [fraktionslos])

– Dann haben Sie das Recht, hier zu Ihrem Antrag zu sprechen, den ich jetzt aufrufe:

2.1.6 Antrag von Ratsmitglied Frau May betreffend „Kodex für öffentliche Unternehmen der Stadt Köln“ AN/0393/2008

Petra May (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Vielen Dank. Ich hatte gedacht, durch meinen Beitrag eben wäre klar geworden, dass der jetzt beschlossene Antrag in keinem Fall ausreichend ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ja. Aber mehr kriegen Sie heute nicht durch.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Petra May (fraktionslos): Dennoch kann man darüber abstimmen lassen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gerne.

Petra May (fraktionslos): Der Rat muss auch dazu stehen, was er will. Ich habe hier von einigen gehört, sie würden das gerne als Prüfauftrag in den Finanzausschuss schieben. Sie hätten von der Verwaltung auch gerne einen Bericht, auch unter Berücksichtigung der Aktivitäten des Bundesjustizministeriums.

Weil dem so ist, könnte sich eine gemeinsame Beschlussfassung finden lassen. Dann gäbe es noch eine weitere Beschlussfassung. Deswegen kann ich meinen Antrag nicht zurückziehen, sondern höchstens erweitern oder umändern.

Ich möchte aber noch etwas dazu sagen. Nicht nur das Bundesjustizministerium ist in dieser Sache tätig. Die Europäische Kommission und auch die OECD haben dazu auch schon einiges vorgelegt. Vielleicht ist es dem einen oder anderen nicht ins Auge gefallen. Das heißt nicht unbedingt Governance Kodex. Das Stichwort, unter dem man nachschlagen muss, um Richtlinien für öffentliche Unternehmen zu finden, ist Good Governance, also gutes Regieren. Gutes Regieren, auch in öffentlichen Unternehmen, ist wohl das, was wir alle wollen.

Wir brauchen aber gar nicht erst zur OECD oder zur Europäischen Kommission zu gehen; denn die Deutsche Bischofskonferenz hat schon etwas dazu vorgelegt. Ich wollte es mir auch nicht nehmen lassen, das hier vorzutragen. Die deutschen Bischöfe sind bei Good Governance oder einem Governance Kodex schon viel weiter.

Ich möchte hier abschließend nur vortragen, dass – und zwar unter der Überschrift „Eine Handreichung der Deutschen Bischofskonferenz“; darauf muss man ja auch erst einmal kommen – eine Selbstverpflichtung der Träger formuliert worden ist, aktienhandelsrechtliche Bestimmungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, des Transparenz- und Publizitätsgesetzes und des Deutschen Corporate Governance Kodex anzuwenden.

Die Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz ist per E-Mail bei der Deutschen Bischofskonferenz zu bekommen.

Wenn wir uns schon im Finanzausschuss damit beschäftigen, dann würde ich gerne auch das zu Rate ziehen, was im öffentlichen Bereich – dazu gehört ja auch die Kirche; sie ist ja auch öffentlich – bereits an sogenannten Arbeitshilfen oder Handreichungen für Unternehmen existiert. Es ist ganz wichtig, was es da schon gibt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau May. Es liegen weitere Wortmeldungen vor. Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte noch einmal klarstellen, worum es uns geht. Der Antrag von Frau May soll in den Finanzausschuss verwiesen werden mit dem Ziel, dass die Verwaltung unter Berücksichtigung der Arbeiten zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes - diesen hatte ich ja eben zitiert; er soll in Kürze vorliegen - Stellung dazu bezieht, wie wir damit umgehen. Das heißt also: Es soll kein kölscher Kodex werden, sondern wir ordnen uns in den allgemeinen Geleitzug des Bundes ein. Damit wäre allen Interessen gedient. Nur: Das können wir heute noch nicht tun, weil die Dokumente dazu erst einmal vorliegen müssen. Das wäre dann Bestandteil eines Prüfauftrages. Wenn wir uns darauf verständigen könnten, wäre damit allen Interessen gedient.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich sehe im Saal einmütiges Nicken. Ich denke, das wäre auch in Ihrem Sinne, Frau May, wenn wir das so aufgreifen. Es scheint eine große Mehrheit bereit zu sein, zum Ersten Ihren Antrag in den Finanzausschuss zu verweisen, um das dort weiterzubearbeiten. Zum Zweiten soll dem ein Prüfauftrag an die Verwaltung vorausgehen, der berücksichtigt, was bereits im Bund erarbeitet worden ist. Damit würden wir zu einer einheitlichen Lösung kommen und nicht eine Kölner Variante einer Lösung bringen. Ich denke, wenn wir das so beschließen, wäre das auch in Ihrem Sinne, oder? - Frau May, bitte.

Petra May (fraktionslos): Das ist vor allem in meinem Sinne, wenn die Verwaltung jetzt schon einen Prüfauftrag bekommt. Aber ich habe noch die Bitte - ich habe hier auch andere Institutionen genannt -, nicht nur das Bundesjustizministerium einzubeziehen, sondern auch europäisches Recht, die OECD und andere Institutionen zu

37. Sitzung vom 04. März 2008

berücksichtigen, damit man das ganze Spektrum hat.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das nehmen wir so mit auf. Das scheint eine breite Mehrheit zu finden. Ich frage Sie daher, ob es zu dem Vorschlag, der hier vorgetragen worden ist, nämlich Verweisung in den Finanzausschuss und vorhergehende Prüfung aller bisherigen Vereinheitlichungsmodelle, Gegenstimmen gibt? - Nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.7 auf:

2.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Kommunale Förderung der Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen“ AN/0371/2008

Hierzu liegen mir mehrere Wortmeldungen vor. Zunächst spricht Herr Kluth für die SPD-Fraktion.

Walter Kluth (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit vielen Jahren existieren in Köln acht Arbeitslosenzentren beziehungsweise Arbeitslosenberatungsstellen, die Kölnerinnen und Kölner sowohl in konkreten Problemlagen bei Arbeitslosigkeit als auch in allgemeinen Lebensfragen helfen. Die Zentren finanzieren bisher ihre Beratungsarbeit durch Zuschüsse aus ESF-Mitteln, kofinanziert durch das Land, ARGE und Eigenmittel.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat nun mitgeteilt, sich zum 1. Oktober 2008 aus der Förderung der Zentren zurückzuziehen. Wenn keine andere Finanzierung gefunden wird, bedeutet das, dass sie die Beratung in allgemeinen Lebenslagen einstellen müssen und nur noch Beratungen für Leistungsberechtigte entsprechend SGB II anbieten können. Dies ist völlig wirklichkeitsfremd; denn es kommen selbstverständlich auch Menschen in die Beratungsstellen, die keine Leistungsbezieher nach SGB II sind. Diese würden dann keine Hilfe mehr erhalten können.

Die Stadt sieht sich also wieder einmal in der Situation, mit kommunalen Mitteln einzuspringen, wie es bereits bei vielen Dingen der Fall ist. So wurden in den vergangenen zwei Jahren mehrere Aufgaben vom Land Nordrhein-Westfalen auf

die Kommunen ohne hinreichende Finanzierung übertragen beziehungsweise Gesetzesänderungen auf Kosten der Kommunen vorgenommen. Ich will einige Punkte nennen:

- Mehrkosten durch die Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts: zunächst 120 000 Euro jährlich, wobei die Verwaltung allerdings einschätzt, dass sich dieser Betrag durch eine Verdopplung des jetzt bereitgestellten Personals auf insgesamt 620 000 Euro erhöhen wird;
- Kosten durch das Bürokratieabbaugesetz für die Stadt Köln: 3,5 Millionen Euro;
- Kosten durch die Einrichtung der Umweltzone: 925 000 Euro im ersten Halbjahr 2008;
- Kosten für die Kommunalisierung der Versorgungsämter: 500 000 Euro jährlich;
- Mindereinnahmen aufgrund der neuen Festlegung der Einsparungen des Landes bei den Wohngeldausgaben: 14,8 Millionen Euro;
- Mehraufwand durch die Änderung des KiBiz: 16,3 Millionen Euro, die erhöhten Betriebskostenzuschüsse der Kindertagesstätten kosten uns weitere 4 Millionen Euro;
- Mindereinnahmen wegen der teilweisen Rücknahme der Landesmittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit: 600 000 Euro;
- Mindereinnahmen aufgrund der Reduzierung der Landesförderung bei der Weiterbildung: 500 000 Euro;
- Kosten für die Herausnahme des Anteils an der Grunderwerbsteuer aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz für die Stadt Köln: 3 bis 4 Millionen Euro.

Die Mehrbelastungen der Stadt Köln infolge dieser Entscheidungen der Landesregierung summieren sich 2008 auf rund 45 Millionen Euro.

Leider haben wir bisher noch nicht feststellen können, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, dass Sie Ihren politischen Einfluss in Richtung Landesregierung im Interesse der Kommunen ausüben. Bisher haben Sie die Sparpolitik des Landes hier im Rat immer verteidigt.

Obwohl SPD und Grüne grundsätzlich nicht bereit sind, die Sparpolitik des Landes mit kommunalen Mitteln aufzufangen, werden wir die

37. Sitzung vom 04. März 2008

drohende Zerstörung der bisher erfolgreichen Beratungsarbeit in Köln nicht hinnehmen. Wir stellen hiermit den Antrag, die Zentren in ihrem Bestand zu sichern und bitten Sie um Ihre Zustimmung. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kluth. Herr Helling, bitte.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Am 10. April diesen Jahres feiert das KALZ, das Kölner Arbeitslosenzentrum, seinen 25. Geburtstag. Das Geburtstagsgeschenk der gelb-schwarzen Landesregierung ist besonders makaber: Streichung der Landesgelder für unabhängige Arbeitslosenberatungen in Höhe von fast 50 000 Euro für das Kölner KALZ. Nach dem Motto „geteilter Schmerz ist halber Schmerz“ wurde kölnweit eine Einsparsumme von 280 000 Euro und landesweit eine Einsparsumme von 4,6 Millionen Euro erzielt. Kollege Kluth hat schon versucht, das alles in einen Zusammenhang zu rücken.

Als sich vor 25 Jahren, im Jahre 1983, engagierte Männer und Frauen aus dem Kreis der evangelischen Kirche in Köln zusammenschlossen, um das KALZ zu gründen, gab es deutschlandweit nur sehr wenige unabhängige Arbeitslosenberatungsstellen. Es gab damals wie heute bei den Betroffenen erhebliche finanzielle Probleme, wirtschaftliche Existenzangst, Gefühle wie Nutzlosigkeit und Hoffnungslosigkeit sowie ein sinkendes Selbstwertgefühl. Das alles wirkt sich negativ auf Ehe, Partnerschaft, die Familien und sogar - wer will das bestreiten - auf die Nachbarschaft und die Stadtteile aus.

Die Kölner Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen haben sehr früh die Aufgabe ergriffen, parteiisch und ganzheitlich zu beraten. Sie, die Arbeitslosenberatungsstellen, haben Gemeinwesenarbeit gemacht, ohne an der städtisch finanzierten Gemeinwesenarbeit beteiligt zu sein. Sie, die Beratungsstellen, haben auch Sozialraumorientierung berücksichtigt, bevor wir als Rat relativ spät ein strukturiertes Modell von Sozialraumpolitik in zehn Kölner Stadtteilen aufgelegt haben.

Im Jahre 2006 haben über 10 000 Menschen in Köln das gut funktionierende Netz der fünf Beratungszentren und drei Beratungsstellen durchlaufen, darunter viele Menschen mit sogenannten multiplen Problemlagen wie Verschuldung oder gesundheitlichen Einschränkungen. Diese Menschen haben aus diesen Beratungen etwas mitgenommen, nämlich die Erfahrung von Respekt und Würde, die Erfahrung von Selbstbewusstsein und oft auch neue Lebens- und Berufsperspektiven.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es eine für die Kommune zwingende Notwendigkeit, die selbstständige Existenz dieses Beratungsnetzes zu sichern. Alle Prüfungen der letzten Wochen haben ergeben, dass die ARGE selber diese Finanzierung nicht leisten kann. Um Schäden von der Stadt Köln und von ihren Menschen abzuwehren, können wir uns heute nicht hinstellen und behaupten, dass das Schuld der Landesregierung sei. Wir müssen handeln, und zwar kurzfristig. Die Träger brauchen hier und heute Antwort auf die Frage, ob und wie es ab September 2008 weitergehen soll. Wir müssen heute schon Schritte für die Sicherung der Restfinanzierung nicht nur im Jahre 2008, sondern auch für die Finanzierung ab 2009 vorstellen und die Verwaltung in dieser Richtung beauftragen. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, stimmen Sie unserem Antrag zur Finanzierung der Arbeitslosenberatungsstellen zu. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Helling. Herr Ensmann für die CDU-Fraktion, bitte.

Bernhard Ensmann (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist nicht neu. Es ist ja nicht erst gestern von der Landesregierung beschlossen worden, die Finanzierung einzustellen. Den betroffenen Beratungsstellen war dieses Problem vom ersten Tag an bekannt. Trotzdem gibt es bis heute von keinem dieser Träger ein entsprechendes Konzept, wie die Arbeit dann weitergehen soll. Ich denke, die erste Aufgabe der Betroffenen wäre gewesen, zu überlegen, wie sie nach dieser Landesentscheidung weiterarbeiten und wie sie sich neu aufstellen können. Dann hätten wir das in der Politik bereits vor Monaten ent-

37. Sitzung vom 04. März 2008

sprechend beraten und beschließen können. Vom Himmel ist das also nicht gefallen.

(Zuruf von Michael Kellner
[Die Linke.Köln])

Wir haben ebenso wie Sie vor wenigen Tagen mit der Liga der freien Wohlfahrtsverbände gesprochen. Bei diesem Gespräch - ich unterstelle einmal, dass die Fragestellungen davon nicht nur an uns herangetragen worden sind, sondern auch an die übrigen Parteien - war das ein Punkt unter anderen. Dort wurde der Wunsch geäußert, dass die Finanzierung für die Monate Oktober, November und Dezember übernommen wird. Ihr Ratsantrag erfolgte unmittelbar nach diesen Gesprächen. Vielleicht war das für Sie auch der Anstoß, jetzt aktiv zu werden.

Unsere Fraktion hat entschieden - ich denke, das ist der richtige Weg -, die Problemlage aufzunehmen, darüber zu diskutieren und dann natürlich über die Finanzierung zu reden. Wir sind zu dem Schluss gekommen, die gesamte Problematik in die Haushaltsplanberatungen, die ja jetzt anstehen, einzubringen und in diesem Zusammenhang zu beraten, wie es weitergehen soll.

Der Kollege Dr. Heinen hat einem Kollegen eben, als wir über das Thema Schulen debattiert haben, vorgeworfen, dass das in die Haushaltsplanberatungen gehöre. Jetzt kann ich das zurückgeben und sagen: Auch bei dieser Problematik geht es um Geld, wenn auch um relativ geringfügige Beträge: Für dieses Jahr geht es um knapp 60 000 Euro, und im nächsten Jahr werden es 200 000 Euro oder etwas mehr sein.

Was hier allerdings wahrscheinlich absichtlich unterschlagen wird, ist, dass es seit dem 1. Januar 2005 eine neue Gesetzgebung gibt. Ich nenne nur das Stichwort „Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe“. Damit hat sich die Situation in den Kommunen, also auch für uns, ganz massiv geändert. Die Personen nämlich, die arbeitsfähig sind und mehr als drei Stunden täglich arbeiten können, gehören nicht mehr in den Bereich der Sozialverwaltung Köln, sondern in den Bereich der ARGE. Das ist Faktum. In der ARGE sitzen die Spezialisten, da ist das Know-how, Menschen in Arbeit zu bringen. Dass es darüber hinaus - es ist eben angedeutet worden - weitere multiple Probleme bei einem bestimmten Personenkreis, der einer besonderen Behandlung bedarf, gibt, ist auch für uns unstrittig. Dass wir uns um diesen Perso-

nenkreis weiterhin kümmern müssen, steht hier außer Frage.

Ich kann den anderen Kollegen, die ihre Schwerpunkte nicht im Sozialbereich haben, nur anraten, sich in ihren Fraktionen über das sehr vorbildliche und ausdifferenzierte Hilfesystem in Köln zu informieren, damit hier nicht der Eindruck entsteht, wir würden Menschen, die in Not sind und die unserer Hilfe bedürfen, im Regen stehen lassen.

Wir, die Stadt Köln, waren Vorreiter für Systeme wie Jobcenter und ARGE. Wir standen in der Bundesrepublik Deutschland an der Spitze dieser Bewegung. Da schließe ich hier auch keinen aus. Wir sollten, wenn wir hier am Pult stehen, nicht versuchen, die Verantwortung anderen Leuten zuzuschieben, auch nicht der Landesregierung. Für diesen Personenkreis sind wir verantwortlich. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Dazu sind wir, die CDU, bereit.

Damit das Verfahren ordnungsgemäß ablaufen kann, bitte ich Sie, das Thema in die Haushaltsplanberatungen zu vertagen, aber nicht - das habe ich deutlich gemacht - mit dem Ziel, es dort sterben zu lassen. Das muss seinen geordneten Weg gehen. Ich bitte Sie deswegen, der Vertagung in die Haushaltsplanberatungen zuzustimmen. Wenn Sie dem nicht zustimmen können, werden wir Ihrem Antrag zustimmen. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Ensmann. Herr Mendorf für die FDP-Fraktion, bitte.

Marco Mendorf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde, dass die Begründung, die sowohl schriftlich niedergelegt als auch hier mündlich vorgebracht wurde, schon ein Stück weit rückwärts-gewandte Sozialpolitik zum Ausdruck bringt. Alles soll so bleiben, wie es ist, und alle Strukturen sollen so bleiben, wie sie sind. Das ist aber nicht mehr die Realität, in der wir uns jetzt, im Jahr vier nach den sogenannten Hartz-Reformen, befinden. Diese Reformen haben wir auch in Köln umzusetzen. Die haben gewisse Probleme verursacht und funktionieren auch heute noch nicht so, wie es damals geplant war. Es sind nun einmal Strukturveränderungen an

37. Sitzung vom 04. März 2008

die Arbeitslosenverwaltung herangetragen worden, die sich auf die Struktur beispielsweise der Arbeitslosenzentren und deren Finanzierung beziehen.

Wie immer nutzen SPD und Grüne eine Ratssitzung dafür, möglichst oft und möglichst intensiv auf unsere erfolgreiche schwarz-gelbe Landesregierung einzuschlagen. Das macht deutlich, dass Sie eigene Ideen nicht haben. Sie grenzen sich lediglich von dem ab, was in Düsseldorf gemacht wird.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Eigene sozialpolitische Initiativen entwickeln Sie jedoch nicht. Das ist schade, macht aber deutlich, dass die SPD, die Grünen und letztlich auch die Linken lediglich die Parteien der größten sozialen Versprechungen sind. Wir aber kümmern uns darum, dass wir die besten sozialen Ergebnisse hier in Köln, aber auch in Nordrhein-Westfalen erwirtschaften.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Wenn ich die anderen Debatten über Kinderbetreuung und Bildungspolitik noch einmal Revue passieren lasse, lässt sich das genau belegen. Wenn wir in Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr 130 000 zusätzliche Arbeitsplätze bekommen haben, wenn in Nordrhein-Westfalen das Bruttoinlandsprodukt stärker wächst als im Bund und wenn seit den 60er-Jahren erstmalig in Nordrhein-Westfalen die Sockelarbeitslosigkeit sinkt, dann ist das ein gutes soziales Ergebnis und ein Weg zu einem sozialen Nordrhein-Westfalen.

Das Problem ist, dass Köln hinterherhinkt. Denn es stimmt: Die Arbeitslosigkeit geht in Köln weniger stark zurück als im Umland, und die Wirtschaft wächst weniger stark als im Umland. Es bleiben hier mehr Probleme als in den umliegenden Gemeinden.

Es ist „schön“ gesagt, dass das Land bei den Arbeitslosenzentren und deren Refinanzierung kürzen würde.

(Zuruf von Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Zusammenstreichen!)

- Herr Helling, das wissen Sie ganz genau. - Fakt ist, dass nicht das Land kürzt, sondern dass die Europäische Union ESF-Mittel in ganz beträchtlicher Höhe gekürzt hat, nämlich um über 40 Prozent. Dies sind Mittel, die lediglich vom

Land weitergegeben werden. Insoweit ist es selbstverständlich, dass hier im Zusammenhang mit den Hartz-Gesetzen und den Kürzungen der Europäischen Union eine neue Schwerpunktsetzung stattfinden muss. Wir dürfen keine rückwärts gewandte Sozialpolitik machen, bei der alles so bleiben muss, wie es ist. Wir müssen vielmehr nach vorne schauen und überlegen, wie wir die Arbeitslosenberatung optimieren und den neuen Bedingungen anpassen können. Wir müssen jetzt schauen, wie das funktionieren kann.

Sie schreiben, die Finanzierung der Arbeitslosenzentren sei nach der geltenden neuen Rechtslage in der Form nicht machbar. Ich meine, dass man das SGB II anders auslegen kann, als Sie das in der schriftlichen Begründung in Ihrem Antragstext gemacht haben. Ich habe mir vom Sozialministerium noch einmal bestätigen lassen, dass das Sozialgesetzbuch letztlich regelt, dass Leistungen für die Eingliederung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unter anderem durch Leistungen der Schuldnerberatung, der psychosozialen Betreuung sowie der Suchtberatung erbracht werden können. Die ARGE n sollen bei der Erbringung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit auf geeignete Einrichtungen und Dienste Dritter zurückgreifen - also auf die Arbeitslosenzentren. Hierbei werden die Träger der freien Wohlfahrtspflege - also die Einrichtungen, über die wir hier reden - ausdrücklich benannt.

Insofern ist der eigentliche Antragstext, den Sie hier vorlegen, richtig und wird von uns auch unterstützt. Wir müssen hier zu einer neuen Regelung kommen, die übrigens nicht nur in die Haushaltsplanberatung gehört. Wir brauchen jetzt eine Regelung zwischen den Arbeitslosenzentren und der ARGE. Herr Ensmann, Sie haben bereits gesagt, dass das längst angegangen werden musste. Die Fragen zu dieser Regelung sollten wir möglichst früh angehen. Wahrscheinlich hat die Sozialdezernentin hierzu schon Gespräche geführt und ausgelotet, inwieweit die ARGE Köln durch eine stärkere Vernetzung, die durch die Hartz-Gesetzgebung auch angedacht ist, die Refinanzierung der Arbeitslosenzentren gewährleisten kann.

Meine Damen und Herren, uns allen ist doch klar, dass die Arbeit, die in den Arbeitslosenzentren geleistet wird auch von unserer Seite unterstützt wird. Deren Mitarbeiter erbringen nämlich durch ihre Kompetenz Leistungen; das wollen und müssen wir erhalten. Deshalb unterstützen

37. Sitzung vom 04. März 2008

wir den Antrag. Nur, meine Damen und Herren, richtig Spaß macht es nicht, sich immer solche komischen Reden von Ihnen anhören zu müssen. Letztlich bringt das nichts für den Sozialstaat, sondern nur sozialen Unfrieden. Wir setzen uns hier in Köln dafür ein, soziale Ergebnisse zu erzielen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Mendorf. Herr Kellner für die Linke, bitte.

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wieder einmal müssen wir in einer Ratssitzung Kürzungen der Landesregierung konstatieren, diesmal sogar eine komplette Einstellung der Landesförderung für die Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen. Herr Mendorf, auch wenn die EU kürzt, muss nicht gleichzeitig das Land kürzen. Das sind ganz klar Landeskürzungen.

Die Linke wird das der Landesregierung rechtzeitig vor den Landtagswahlen um die Ohren hauen. Dieses Mal wird man uns nicht so leicht überhören. Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen sprechen für sich.

(Beifall von Jörg Detjen
[Die Linke.Köln])

In Köln gibt es fünf Arbeitslosenzentren und drei Arbeitslosenberatungsstellen. Ihre Arbeit beruht auf dem freiwilligen Zugang der Ratsuchenden, auf absoluter Vertraulichkeit, auf einer ganzheitlichen Beratung und auf vielfältigen Qualifizierungs- und Begegnungsangeboten. Die Zielgruppen gehen weit über das Klientel der ARGE hinaus und umfassen auch von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen, Berufsrückkehrinnen, junge Familien zwischen Beruf, Erziehungszeit, Studium und Ausbildung sowie Migranten und deren Familien.

Es zeugt von Unkenntnis und auch von mangelndem Feingefühl, dass die Landesregierung vorschlägt, diese Beratung über ARGE-Mittel finanzieren zu lassen. Vielleicht ist es aber auch nur im wörtlichen Sinne ein billiger Trick der Landesregierung, um sich aus der Affäre zu ziehen. Die Zentren und Beratungsstellen für Arbeitslose müssen ihre Unabhängigkeit und

Spannbreite beibehalten. Schließlich beraten sie die Ratsuchenden auch bei Schwierigkeiten mit der ARGE. Sie verstehen sich als Partner der Arbeitslosen auf gleicher Augenhöhe und als uneingeschränkt parteiische Anwälte für die Interessen der von Arbeitslosigkeit bedrohten und betroffenen Menschen. Hier gibt es keine Belehrungen und auch keine Sanktionen.

Es ist ein deutlich demokratisches Signal, wenn die Stadt Köln den Fortbestand der existierenden Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen sichert und sich damit kritische Anwälte der Arbeitslosen in der eigenen Kommune leistet. Den Antrag möchte unsere Fraktion allerdings nicht in dem Sinne verstanden wissen, dass die Kommune leicht und locker die Einstellung der Landesförderung akzeptiert und abfedert. Die Forderung nach Wiederaufnahme der Förderung der Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen durch das Land muss weiterhin erhoben werden.

Herr Ensmann, Ihnen möchte ich noch Folgendes sagen: Ich finde nicht, dass es ein ernstzunehmender Vorschlag ist, dass die Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen im vorausgehendem Gehorsam ein Konzept hätten liefern müssen, wie sie ohne die Landesfinanzierung auskommen könnten.

Wir werden dem Antrag von SPD und Grünen zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kellner. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Antrag über Verweisung in die Haushaltsplanberatungen ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU-Fraktion, meine Stimme und Herr Dr. Müser. Enthaltungen? - Gibt es bei pro Köln. Das sind zu wenig Stimmen. Damit ist das abgelehnt.

Jetzt kommt der Antrag selbst zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die große Mehrheit, nämlich neben den beiden antragstellenden Fraktionen von SPD und Grünen auch die Fraktionen der CDU, der FDP, der Linken sowie Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gibt es Gegenstimmen? -

37. Sitzung vom 04. März 2008

Keine Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 2.1.8 auf:

2.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Forum Culturale“ AN/0363/2008

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0446/2008

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag von Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis)

Dazu spricht zunächst Herr Repgen.

Dietmar Repgen (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die FDP will kein zweites Kölner Loch. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Ich möchte hier nicht noch einmal die Begründung unseres Antrages in allen Details zitieren. Aber es ist doch schon ziemlich peinlich, dass wir uns mit diesem Thema seit nunmehr sieben Jahren beschäftigen, besser gesagt, nicht beschäftigen.

Im Oktober 2001 wurde der Prüfauftrag an die Verwaltung wegen der künftigen kulturellen Nutzung des Geländes des ehemaligen Kaufhauses Kutz erteilt. Im September 2003 gab es auf Initiative der FDP eine Konkretisierung dahingehend, dass eine Unterbringung der Kunst- und Museumsbibliothek und des Rheinischen Bildarchivs als Teil eines Forum Culturale geprüft werden sollte. Im September 2007 bestand im Kulturausschuss breite Einmütigkeit, dass mit Blick auf die Kunst- und Museumsbibliothek akuter Handlungsbedarf besteht. Allerdings hat die Verwaltung bis heute hierzu keine Beschlussvorlage vorgelegt. Die anschließende Nutzung des Geländes ist völlig unklar. Es wurde nicht einmal eine politische Diskussion angestoßen, meinetwegen durch ein Symposium oder ein Hearing.

Das Ende der Baustellensituation ist nach Abschluss der Bauarbeiten zur Nord-Süd-Stadtbahn inzwischen absehbar. In gut zwei Jahren ist es so weit. Meine Damen und Herren, zwei Jahre sind ganz schnell um. Diese Erfahrung haben wir hier schon an anderer Stelle des Öfteren machen können. Mit anderen Worten:

Die Zeit drängt. Wir als Rat müssen daher jetzt handeln, um eine langwierige Brachfläche im Herzen Kölns neben dem Rathaus unter allen Umständen zu verhindern.

Die Verwaltung fühlt sich dafür nicht so richtig zuständig; zumindest kann man diesen Eindruck gewinnen. Es gab die Auffassung, dass das Projekt zusammen mit der archäologischen Zone geplant werden sollte. Der Trägerverein, das Haus und Museum der jüdischen Kultur, hat jedoch ausgeschlossen, das Kutz-Gelände mitzunutzen. Anschließend hat die Verwaltung erklärt, dass eine gemeinsame Behandlung beider Projekte aus europarechtlichen Gründen nicht zulässig sei. Das war im Frühjahr 2007. Danach hat sich keiner mehr um das ehemalige Kutz-Gelände gekümmert. Das hat im Übrigen auch der Kulturdezernent bei Befragung im Kulturausschuss zugegeben. Die Kulturverwaltung war noch nicht einmal in der Lage, genaue Grundstücksgrößen anzugeben.

Zu den Punkten, die wir hier in den Antrag eingebracht haben und um anzuknüpfen an das, was wir einmal beschlossen haben, nämlich eine kulturelle Nutzung dieses Geländes, möchte ich noch sagen: Die Kunst- und Museumsbibliothek ist derzeit an verschiedenen Standorten im Stadtgebiet angesiedelt. Im europäischen Rahmen ist sie eine der bedeutendsten Einrichtung ihrer Art. Das ist ein Pfund, mit dem wir in Köln als Kulturstadt wuchern können. Dafür braucht es einen würdigen Rahmen.

Ich komme zur Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums. Da gibt es eine Zusage gegenüber Herrn Corboud; Herr Oberbürgermeister, Sie wissen das. Die Frage ist, ob wir sehenden Auges nach den Unternehmern, die sich wegen des verunglückten Platzkonzeptes der rot-grünen Mehrheit aus der Stadt verabschieden, nun auch noch die Kultursponsoren vertreiben wollen. Ich meine, das können wir uns nicht erlauben.

Zum Änderungsantrag der SPD: Ich hatte einige Schwierigkeiten, diesen als Änderungsantrag einzuordnen; denn im Prinzip ist das ein eigener Antrag. Im Antragstext ist mit keinem Wort davon die Rede, was hier eigentlich Gegenstand der Beratungen sein sollte, nämlich das Thema Forum Culturale und anschließende Nutzung des ehemaligen Kutz-Geländes. Insofern sind wir der Auffassung, dass uns dieser Änderungsantrag überhaupt nicht weiterbringt. Deswegen würde ich mich freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen würden.

37. Sitzung vom 04. März 2008

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Repgen. Jetzt bekommt Herr Dr. Bögner das Wort.

Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Repgen, ich verstehe nicht, warum Sie unseren Änderungs- oder Zusatzantrag nicht verstehen.

(Ralph Sterck [FDP]: Das hat er nicht gesagt! - Dietmar Repgen [FDP]: Das habe ich nicht gesagt, Herr Bögner! - Ralph Sterck [FDP]: Vielleicht haben Sie ihn nicht verstanden!)

- Ach, Herr Sterck, gehen Sie ruhig davon aus, dass wir über die Dinge, die wir zu Papier bringen, nachdenken und sie auch verstehen. Ihr Zwischenruf war sehr unqualifiziert.

In der Tat - Herr Repgen hat es schon dargestellt - ist die Kunst- und Museumsbibliothek ein Juwel dieser Stadt. Sie braucht eine adäquate, vernünftige Unterbringung. Das ist kein Problem, da sind wir beieinander. Das ist auch einhellige Meinung innerhalb des Kulturausschusses.

Auch der zweite Punkt ist richtig. Es gibt im Zusammenhang mit der Schenkung einer sehr umfangreichen und sehr wertvollen Impressionistensammlung des Sammlers Corboud die Zusage, für diese Sammlung weitere Fläche zu schaffen.

(Josef Müller [CDU]: 1 000 Quadratmeter!)

Zum Ersten. Ich frage mich, was diese beiden Dinge mit dem Begriff Forum Culturale zu tun haben. Antwort: Überhaupt nichts. Das eine betrifft die Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums und das andere die Kunst- und Museumsbibliothek.

Zum Zweiten. Sie mahnen zu Recht an, dass in den Jahren 2001 und 2003 jeweils Aufträge an die Verwaltung ergangen sind, uns einmal darzustellen, wie groß das Gelände ist, wie eine Bebauung aussehen würde, was sie kosten würde und welche Folgekosten sich daraus ergeben würden. Ich muss Ihnen sagen - das haben Sie eben auch schon ganz klar festgestellt -: Das liegt nicht vor. Aber obwohl dazu

nichts vorliegt und wir die Eckdaten nicht kennen, wollen Sie, dass wir heute einen Architekturwettbewerb beschließen. Sie selber haben doch gesagt, keiner könne Ihnen sagen, wie groß das Gelände sei. Wir wissen also nicht, was ein Bau kostet und welche Folgekosten auf uns zukommen.

Deswegen, meine Damen und Herren: Machen wir doch bitte bei aller Notwendigkeit der Dinge, die wir gemeinsam - auch Sie in Ihrer Rede - hier festgestellt haben, den ersten Schritt vor dem zweiten und bitten die Verwaltung - jetzt komme ich zu unserem Antrag -, insgesamt aufzulisten, was wir uns im Moment schon vor die Brust genommen haben. Die Liste der Großprojekte in unserem Antrag führt lediglich Projekte aus dem Kulturbereich auf. Wir könnten auch noch anderes aufnehmen, zum Beispiel das Thema Flora, das gestern im Finanzausschuss diskutiert worden ist. Wir haben viele Großprojekte, bei denen wir noch nicht wissen, was sie uns kosten und welche haushaltsrelevanten Running-costs, laufenden Unterhaltskosten, anschließend auf uns zukommen werden.

Deswegen, bevor wir hier den zweiten Schritt vor dem ersten machen, indem wir einen Architekturwettbewerb beschließen, lassen Sie uns erst einmal feststellen, wie die Gesamtplanung aussieht, wie viele Großprojekte wir stemmen können, wie die Prioritätensetzung ist und was gegebenenfalls in einem zweiten Schritt gemacht werden kann.

Ich möchte ganz deutlich sagen - nicht, dass ich missverstanden werde -: Wir sind natürlich für eine vernünftige Unterbringung der Kunst- und Museumsbibliothek, und wir stehen auch zu dem Wort, das wir Herrn Corboud gegeben haben. Versuchen Sie also nicht, einen Keil dazwischenzutreiben. Aber ohne diese Eckdaten, ohne diese Vorlage können wir heute keinen Architekturwettbewerb beschließen. Aus diesem Grunde können wir dem Antrag der FDP in dieser Form heute nicht zustimmen.

Wir möchten erst einmal die Gesamtplanung kennen und diese Überlegungen in den Kulturentwicklungsplan, den wir im Moment diskutieren, einfließen lassen. In diesem sind die Bauvorhaben aufgeführt. Es gibt noch viele andere Ideen, zum Beispiel für die neue Unterbringung des Historischen Archivs, den Betrieb der Archäologischen Zone, Überlegungen für die Nachnutzung am Uberring etc. Wir können doch nicht heute Wettbewerbe blauäugig beschließen,

37. Sitzung vom 04. März 2008

ohne diese Dinge in einen Gesamtzusammenhang zu setzen und abzuwägen, was man sich zu welchem Zeitpunkt leisten kann. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Bögner. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Klipper, bitte.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf den Antrag der FDP eingehe, möchte ich mit Ihrem Änderungsantrag, Herr Dr. Bögner, beginnen. Ich habe den Eindruck, dass dieser Änderungsantrag nur dazu dient, der FDP nicht noch einmal die Chance zu geben, daran zu erinnern, dass wir hier eine den kulturellen Bereich betreffende Brachfläche, ein Loch haben. Das ist reine Verzögerungstaktik.

Die gesamten Investitionen, die Sie eben angesprochen haben, sind in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Dort sind alle Abschreibungs-, Fertigstellungs- und Finanzierungskosten angegeben. Schauen Sie sich den Haushalt an, Herr Bögner. Dort ist das berücksichtigt, ansonsten wäre die mittelfristige Finanzplanung falsch. Deswegen glaube ich, dass Ihr Antrag reine Verzögerungstaktik ist.

Wir bekommen jetzt nämlich ein riesengroßes Problem. Wir haben von Herrn Corboud eine Sammlung von hervorragenden Impressionisten bekommen, werden es aber nicht schaffen, das Versprechen, das wir Herrn Corboud gegeben haben, einzuhalten, auch nicht in den nächsten zwei Jahren.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Wir schaffen das deshalb nicht, weil hier seit zehn Jahren über eine ganz bestimmte Stelle in der Stadt kleingeistig diskutiert wird. Wir haben damals dafür gesorgt, dass das hässliche und leerstehende Haus Kutz abgerissen wurde.

(Ulrich Breite [FDP]: So ist es!)

Wir haben dann gesagt, die Zeit der Baustellen-situation bei der KVB nutzen wir, um die Nutzung zu definieren, damit wir, wenn die KVB 2009/2010 fertig ist, endlich anfangen können, ein Highlight an dieser Stelle zu setzen. Mit

Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der SPD, erreichen wir nur eine Brache.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Ich will Ihnen sagen, warum es sinnvoll und notwendig ist, das jetzt anzugehen. Wir hätten nämlich ansonsten an dieser hervorragenden Stelle, wo die Archäologische Zone im Rahmen der Regionale 2010 errichtet wird, eine Brachlandschaft. Die Besucher, die dort hinkommen, werden sich fragen, warum diese nicht längst bebaut ist, obwohl dieses Haus schon vor acht Jahren abgerissen wurde und auch die KVB ihre Bauarbeiten abgeschlossen hat.

Lassen Sie mich noch eines sagen. Das Wichtigste für mich persönlich ist, dass wir die Fläche wegen der Zusage an Herrn Corboud bereitstellen. Über die anderen Bereiche kann man noch diskutieren. Ich erachte es für genauso wichtig, wo die Museen angesiedelt werden. Deshalb habe ich die Bitte an die FDP - vielleicht können wir uns darauf einigen -, die Kunst- und Museumsbibliothek mit dem Rheinischen Bildarchiv aus dem Antrag herauszunehmen, eben weil wir diese auch woanders ansiedeln können. Die öffentliche kulturelle Nutzung soll dort angesiedelt bleiben. Wenn Sie unsere Änderungsvorschläge mitaufnehmen, können wir Ihrem Antrag zustimmen.

Das Wichtigste ist - ich sage das noch einmal -, kurzfristig sicherzustellen, dass Herr Corboud über eine Ausstellungsfläche von 1 000 Quadratmetern verfügen kann. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Klipper. Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Zwischenruf von Herrn Repgen trifft es unfreiwillig. Das Thema, über das wir hier diskutieren, ist weder ein städtebauliches

(Zurufe bei der CDU: Doch!)

noch ein architektonisches und auch kein kulturelles, sondern es betrifft zunächst einmal Finanzen und Investitionen.

37. Sitzung vom 04. März 2008

(Josef Müller [CDU]:
Verzögerungstaktik!)

Dass in dem Antrag der FDP so manches Sinnvolle drinsteht, bestreitet überhaupt keiner; niemand ist dagegen, diese Einzelfragen zu lösen. Aber damit wird der dritte Schritt gemacht, bevor der erste und zweite überhaupt angedacht sind.

(Karl Klipper [CDU]: Sie kennen doch die Kosten, Herr Frank! Tun Sie doch nicht so, als würden Sie das nicht kennen!)

Problematisch an dem Antrag ist, dass darin die Dinge so behandelt werden, als wäre alles längst beschlossen und die Verwaltung müsste nur noch einmal daran erinnert werden, jetzt in die Hufe zu kommen. Aber die gesamten Voraussetzungen fehlen noch. Der Änderungsantrag, den SPD und Grüne vorgelegt haben, versucht, diese Voraussetzungen zu klären.

Wir haben zurzeit einen bunten Strauß von einzelnen Investitionsprojekten - einige befinden sich noch im Stadium der Grobplanung -, die sich offensichtlich pro Monat weiter potenzieren. Niemand kann zurzeit sagen, wie die Betriebskosten des Kulturzentrums am Neumarkt zu zahlen sind. Niemand kann sagen, wie der Sanierungsstau, den die Gebäudewirtschaft vor sich her wälzt, abgebaut werden kann.

Es ist aber eine ganz entscheidende Frage, wie der Abbau dieses Sanierungsstaus mittelfristig finanziert werden soll. Herr Klipper würde dazu wahrscheinlich sagen, das könne mit Krediten geschehen. Bitte bringen Sie nicht solche Pauschalitäten; denn das kann niemand sagen. Niemand kann zurzeit sagen, wie das große Problem um das Historische Archiv, das ja einen Neubau braucht, lösbar ist. Es gibt interessante Orte - da sind wir uns sicherlich einig -, aber über die „Kleinigkeit“, wie wir das finanzieren, möchte keiner hier im Rat reden. Da tut die FDP so vornehm wie ein Multimillionär unter dem Motto „Über Geld spricht man nicht“. Das geht aber nicht bei einer Stadt, die sich noch vor wenigen Wochen im Haushaltssicherungskonzept befunden hat und die jetzt nur durch die Umstellung auf die NKF-Methodik vorübergehend dem HSK entflohen ist. Das NKF ist aber keine Gelddruckmaschine, sondern lediglich eine andere Darstellung der Vermögensverhältnisse.

Im Prüfvermerk der Bezirksregierung zum Haushalt der Stadt Köln - ich weiß, dass so etwas nicht gern gelesen wird - steht, dass wir hohe Investitionsplanungen bis zum Jahre 2010 vor uns her schieben. Da tauchen all diese Dinge wieder auf, das Sonderprogramm Wohnungsbau und so weiter. Manche kulturellen Projekte sind in dieser Planung noch nicht einmal enthalten oder entsprechend beziffert.

Deshalb ist der entscheidende Passus: Die Verwaltung wird aufgefordert, die Investitionen und Folgekosten für die gesamte Palette der anstehenden Investitionen, sowohl der kulturellen als auch der nichtkulturellen, in einem Gesamtzusammenhang darzustellen. Das soll möglichst schnell und inklusive der sich daraus ergebenden Folgekosten, die sich in den Ergebnisplanungen der nächsten Jahre wiederfinden müssen, geschehen.

Wenn uns das vorliegt, kommt die Entscheidungsphase; denn dann muss der Rat dieser Stadt sagen, welche Prioritäten er setzt und in welcher Reihenfolge er welche Projekte abarbeiten möchte. Das wird sicherlich eine sehr spannende Diskussion. Dieser kann man sich nicht einfach entziehen, indem man hier einen wohlfeilen Antrag formuliert und so tut, als hätte man mit den Kernfragen der Finanzierung nichts zu tun.

Die Ziffer 3 stellt das noch einmal in Zusammenhang mit dem einstimmigen Beschluss über eine Kulturentwicklungsplanung. In dieser Planung müssen natürlich die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen berücksichtigt und ergänzt werden. Erst dann macht sie Sinn, weil es dann eben möglich ist, zu sagen, welche Aufgaben wir in den nächsten fünf Jahren erledigen wollen.

Herr Sterck und Herr Repgen, die FDP brüstet sich ja sonst immer, dass sie viel von Geld versteht. Sie brüstet sich auch immer, dass sie den finanzwirtschaftlichen Sachverstand erfunden hat. Deshalb wundere ich mich, wie man so einen naiven Antrag vorlegen kann, nach dem Motto: Wir betrachten das ganz isoliert; das finden ja alle gut; auch wenn wir noch gar keine Detailbeschlüsse dazu gefasst haben, wird das dann schon irgendwie umgesetzt werden. Gerade von Ihnen hätte ich erwartet, dass Sie hier eine viel stärkere finanzpolitische Verantwortung an den Tag legen. Deshalb kann ich Sie nur auffordern: Schließen Sie sich unserem Antrag an, und sorgen Sie mit uns dafür, dass die

37. Sitzung vom 04. März 2008

Verwaltung schnell die notwendigen Daten für die weitere Planung vorlegt! Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Frank. Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Reppen, Sie haben zu Recht gesagt, dass die Kunst- und Museumsbibliothek einen würdigen Rahmen braucht. Dem kann man natürlich nur zustimmen. Aber - das hat Herr Frank eben richtig ausgeführt - man kann sich nur darüber wundern, welche Prioritäten Sie hier setzen. Sie blenden die Haushaltslage der Stadt Köln völlig aus und betrachten ganz isoliert nur dieses eine Grundstück. Wissen Sie eigentlich, dass im Kölner Süden auf dem Friedhof Steinerneuerhof für die Beerdigung von Menschen ein Carport genutzt werden muss, weil keine Trauerhalle existiert? Denn für einen würdigen Rahmen hat die Stadt Köln kein Geld. Ich denke, wenn man das Ganze im Gesamtkontext sieht, wird die Begrifflichkeit, die Sie hier gewählt haben, sehr schnell relativiert.

Nichtsdestotrotz ist es richtig - das ist von meinen Vorrednern schon dargestellt worden -, dieses Gelände zu entwickeln und das Herrn Corboud gegebene Versprechen einzuhalten.

Vordringlich ist jedoch, den Haushalt nachhaltig sicherzustellen. Die nächste Ebbe bei den Gewerbesteuerereinnahmen kommt mit Sicherheit. Bereits jetzt legen wir mit riesigen Investitionen 90 Prozent unseres Etats fest und wundern uns dann, wenn die nächste Ebbe kommt, warum wir nur noch 10 Prozent Manövriermasse haben. Wenn ich überlege, wie viele kulturelle Projekte hier beschlossen wurden - wir haben Herrn Corboud ein klares Versprechen gegeben -, dann denke ich, es ist an der Zeit, einen Schlussstrich ziehen.

Den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD halte ich daher für vollkommen richtig und angebracht. Die Projekte, die Herr Dr. Bögner hier angeführt hat, machen das deutlich. Sie, Herr Klipper, haben gesagt, dass die Archäologische Zone 2010 hier nach Köln kommt. Das ist natürlich nicht der Fall. 2010 wird sie nicht hier sein, sondern nur deren erste Fragmente. Aber bereits absehbar sind weitere

Investitionen in den Kulturbereich, die auch in Ihrem Antrag noch nicht aufgelistet, aber jetzt schon unausweichlich sind. Ich denke dabei an das Museum für Angewandte Kunst und das Historische Archiv. All diese Investitionen, die auch versprochen wurden, kommen auf uns zu, und wir können den Umfang überhaupt noch nicht übersehen.

Der FDP-Antrag - das möchte ich subsumierend feststellen - ist vollkommen losgelöst von diesen bereits existierenden und absehbaren finanziellen Gegebenheiten und damit nicht beschlussfähig.

Auch an anderer Stelle werden Millionen investiert, ohne dass die Folgen bisher absehbar sind. Ich denke an den Godorfer Hafen, an die Flora oder auch an die Mietforderungen, die auf die Messe und irgendwann auch auf uns zukommen werden. Wenn auch nicht mit 100-prozentiger Sicherheit, so können wir doch davon ausgehen, dass hohe Summen auf uns zukommen.

Aus diesem Grund habe ich - das muss ich mit erhobenem Zeigefinger sagen - schon in zwei Finanzausschusssitzungen einen gleichlautenden Antrag gestellt, der damals abgewiesen wurde. Er war insofern weitergehend, weil er auch die städtischen Beteiligungen umfasste. Das wurde aus rechtlichen Gründen abgelehnt. Dann hatte ich interveniert, dass man zumindest für den Stadthaushalt - ich hatte hier den Kulturbereich explizit angeführt - eine Investitions- und Folgekostenbetrachtung anstellen sollte. Auch das ist abgelehnt worden. Herr Klipper hat noch gesagt, dass er sich das nicht vorstellen könne, fragte, wofür das überhaupt gut sein solle, führte an, dass das insgesamt alles viel zu komplex sei und die Zusammenhänge nicht klar seien. Ich bin froh, dass sich die Sichtweise inzwischen gewandelt hat. Denn die Komplexität ist nicht so groß. Die Folgen, die unausweichlich auf uns zukommen, sind imminent wichtig.

Wir brauchen Planungssicherheit. Wir brauchen auch einen Blick in die Zukunft. Es nützt nichts, hier weitere Kosten festzulegen, die wir dann nicht mehr stemmen können. Dann könnte es wieder passieren, dass wir die Kosten für Betriebe, die wir hier aufbauen, nur noch zur Hälfte stemmen können, was bedeutet, dass wir nur die Hälfte offen halten können. Das mussten wir schon in der Vergangenheit immer dann machen, wenn eine Delle bei den Gewerbesteuerereinnahmen kam. Wenn wir das fortführen, werden wir auch in Zukunft nicht aus dem Quark

37. Sitzung vom 04. März 2008

kommen. Dann werden wir auch für das Historische Archiv keinen würdigen Rahmen finden.

Aus diesem Grund ist dem Ergänzungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen. Ich habe nur die Bitte - mir wurde signalisiert, dass dieser Bitte entsprochen werden kann -, einen weiteren Passus hinzuzufügen, den ich hier jetzt als Ergänzungsantrag einbringe, und zwar als vierten Punkt:

Diese Übersicht ist fortzuführen und periodisch beziehungsweise bei signifikanten Änderungen den zuständigen Gremien vorzulegen.

Dann müssen wir Debatten wie diese hier nicht laufend führen. Vielen herzlichen Dank.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Machen wir! - Dr. Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis] übergibt Oberbürgermeister Fritz Schramma ein Schriftstück)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es sieht so aus, als würde das übernommen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Bögner, Sie hatten ja gefragt, wie wir auf den Namen „Forum Culturale“ gekommen sind. Entschuldigen Sie, dass wir zu viel bei Ihnen vorausgesetzt haben. So schmissige Namen wie „Kulturzentrum am Neumarkt“ wollten wir hier verhindern. Deshalb hatten wir vorgeschlagen - das stand in einer der Initiativen von 2003, 2005 beziehungsweise 2007, von denen Kollege Repgen schon gesprochen hat -, dass wir auf der Via Culturalis ein Forum Culturale mit verschiedenen kulturellen Nutzungen vorsehen. Diese Transmissionsleistung hatten wir bei Ihnen, den Kulturpolitikern, vorausgesetzt. Schade, dass das nicht geklappt hat.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, bezwecken mit Ihrem Änderungsantrag im Grunde, dass dieses Projekt in eine riesengroße Prüfungsschleife gelangt. Wir alle haben genügend kommunalpolitische Erfahrung und wissen, wie lange es dauern kann, bis die Verwaltung etwas vorlegt.

(Zuruf: Zwei Jahre)

- Hier kommt der Tipp: zwei Jahre. Ich schätze auch diese Zeit. Natürlich gibt es davon auch einmal schöne Ausnahmen; so etwas haben wir schon erlebt, aber nur, wenn entsprechend Druck auf dem Kessel war. Normalerweise aber fühlt sich dafür keiner besonders verantwortlich.

Herr Bögner hat gesagt, hiermit würde der zweite Schritt vor dem ersten gemacht, und Herr Frank meinte gar, das sei der dritte Schritt vor dem ersten und dem zweiten. Tatsache ist - das muss sich der Kulturdezernent auch vorhalten lassen; das Zitat aus dem Bericht des Oberbürgermeisters über den entsprechenden Beschluss haben wir gebracht -: Die Baustelleneinrichtung wird noch bis zum Ende des Jahres 2010 auf dem Gelände des Hauses Kutz verbleiben, erst dann kann mittels eines städtebaulich-architektonischen Wettbewerbs über die Bebauung des Areals entschieden werden.

(Josef Müller [CDU]: Das ist Quatsch!)

Frau Kollegin Moritz, das, was da darin steht, ist grober Unfug. Natürlich kann man jederzeit über jedes anderweitig genutzte Grundstück eine Entscheidung fällen, sei es über dessen Nutzung, die Architektur oder den Städtebau. Eigentlich müssten Sie, Herr Oberbürgermeister, jeden Morgen, wenn Sie ins Büro kommen und an diesem Schandfleck vorbeifahren, den Quander anrufen und ihn fragen: Hör mal, Quander, wie weit sind wir in dieser Sache? Wenn 2010 die Container weg sind, sollen die Bagger kommen.

(Beifall bei der FDP)

Er wird Ihnen antworten: Wir sind leider noch nicht so weit. Herr Quander hat nämlich im Kulturausschuss - das hat uns Herr Wackerhagen berichtet - gesagt, er habe gar keinen Auftrag. Hier steht es schwarz auf weiß.

Herr Dr. Bögner, daher rührt unsere Initiative. Wir sagen, dass hier endlich etwas passieren muss.

(Josef Müller [CDU]: Das kann parallel laufen!)

Das darf nicht noch aufwendig in den Kulturentwicklungsplan und die Gesamtplanung eingebunden werden. Alle finanziellen Dinge können Sie dem Haushaltsplan entnehmen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Es wäre schön, wenn es so wäre!)

37. Sitzung vom 04. März 2008

Es gibt also keinen Grund, hier eine Warteschleife einzulegen.

Bei einem solchen Thema - das hat Herr Repgen mit seinen Zwischenrufen deutlich gemacht - gehen bei den Grünen nicht etwa Herr Sörries oder Frau Spizig für den Kulturbereich oder Frau Moritz, die sicherlich ein gewisses Herzblut in Sachen Stadtentwicklung hat, ans Rednerpult. Dann kommt der finanzpolitische Wadenbeißer Herr Frank mit seiner Schallplatte: Ja, da hätte ich der FDP aber mehr zugetraut. Muss ich Ihnen etwa noch Nachhilfe in Sachen Marktwirtschaft geben? Das ist das, was er dann immer gerne sagt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ihr seid halt Naivlinge!)

- Herr Frank, Ihre Rede können wir uns nachher ausdrücken. - Sie haben aus dem Problem mit dem Kölner Loch nichts gelernt. Da hatten wir erst das Grundstück und haben abgerissen und uns dann erst Gedanken gemacht, wie wir das, was dort gebaut werden soll, bezahlen können.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Quatsch! - Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie werde ich dafür verantwortlich machen, dass, wenn die Container im Jahre 2010 weg sind, nichts Neues an diese Stelle gekommen ist und dieses Gelände, das bedauerlicherweise auch noch direkt neben dem Rathaus liegt, weitere Jahre brachliegt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wer hindert denn die Verwaltung daran? - Gegenruf: Sie!)

Wenn Sie selber Vorschläge gemacht hätten und gesagt hätten, wir bringen dort nicht die Sammlung Corboud und auch nicht die Kunst- und Museumsbibliothek, sondern A, B und C unter, dann hätten wir wunderbar damit leben können. Aber nein, Sie drücken sich um eine Entscheidung. Sie gönnen natürlich einer anderen Fraktion nicht, dass sie einen Prozess anstößt. Deswegen soll das Projekt in die große Prüfungsschleife gehen. Sie sind dafür verantwortlich, dass es an dieser Stelle nicht vorangeht. Das finde ich sehr schade.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Den Vorschlag, den Herr Kollege Klipper gemacht hat, können wir übernehmen, auch weil wir hoffen, dass wir so eine größere Zustimmung erlangen, wenn es auch für die Mehrheit nicht reichen wird. Ich glaube, es ist wichtig, deutlich zu machen, wo hier die Verantwortlichkeiten sind. Deswegen ist mir die Zustimmung der CDU-Fraktion zu diesem Projekt wichtig.

Meine Damen und Herren, wir werden uns an dieser Stelle oder im Kulturausschuss oder im Stadtentwicklungsausschuss weiter mit diesem Thema beschäftigen. Wir lassen Sie da nicht aus der Verantwortung. Wir werden Sie daran messen, dass Sie heute hier mitverantworten, dass dieses Grundstück nicht vernünftig bebaut wird, wenn die KVB-Baustelle geräumt ist. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Es ist schon spät. Wenn an mein Herzblut appelliert wird, hält mich aber nichts mehr. - Es ist wie folgt: Herr Sterck, wir unterstellen einmal, dass alle hier im Rat für die Art Nutzung sind, die Sie gerne möchten.

(Ulrich Breite [FDP]: Dann machen Sie doch einen anderen Vorschlag!)

- Hören Sie doch erst einmal zu. Ich habe doch gerade nur Luft geschnappt. - Das unterstelle ich einmal. Was tut man denn dann, wenn wir alle einig wären, dass das dahin soll? Die Voraussetzung dafür haben wir ja auch schon geschaffen. Wir haben damals nämlich gesagt: Das soll nicht verkauft werden; dieses Gebäude bzw. dieses Grundstück soll im Besitz der Stadt Köln bleiben.

(Karl Klipper [CDU]: Wir haben es zurückgekauft!)

Da waren wir uns einig.

Wir haben das aus einem bestimmten Grund gemacht. Es war nämlich schon daran gedacht, dass dort öffentlichkeitswirksame Nutzung stattfindet.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

37. Sitzung vom 04. März 2008

– Ach, das ist wirklich anstrengend. – Unter anderem war damals auch schon von der Museumsbibliothek die Rede – nicht so sehr von den Archiven, aber von der Museumsbibliothek und auch von der Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums.

Aber selbst dann, wenn wir das alle wollen – und ich kann gar nicht sagen, dass ich das nicht will –, überlegt man doch, wenn man seriös ist, erst einmal, ob man das finanzieren kann.

In unserem Änderungsantrag haben wir eine ganze Reihe von Investitionsmaßnahmen aufgeführt, die auch nur ein Ausschnitt aus einer Fülle von Investitionsmaßnahmen sind, die uns ins Haus stehen. Ich nenne einmal ein paar Stichworte, die nicht in dem Antrag stehen.

Masterplan Innenstadt. Herr Sterck, glauben Sie, dass wir den umsonst kriegen? Dafür müssen wir Mittel einstellen.

Ich weiß von dem Baudezernenten, dass die Sanierung der Hochbahnen – Unterführungen, Brücken usw. – ansteht, die uns Millionen von Euro Investitionsmaßnahmen abverlangt.

Ich bin ja nicht dagegen, verdammt noch mal; aber ich will es wissen. Wir haben auch die Pflicht, die Dinge wahr auf den Tisch zu legen.

Frühere Generationen haben wir dafür kritisiert, dass sie immer etwas gewünscht haben – das bauen wir, das bauen wir, das bauen wir. Über Betriebskosten hat man sich keine Gedanken gemacht – noch nicht einmal über Umzugskosten bezüglich des Wallraf-Richartz-Museums. Als wir seinerzeit das Wallraf-Richartz-Museum beschlossen und gebaut haben, haben wir keine Betriebskosten eingestellt. Wir haben damals keine Umzugskosten eingestellt. Wir haben noch nicht einmal die Inneneinrichtung in unsere Haushaltspläne eingestellt.

(Johannes-Werner Hamm [CDU]: Das steht doch da!)

So etwas ist doch unverantwortlich. Eine solche unverantwortliche und nicht nachhaltige Finanzpolitik können wir nicht der nächsten Generation aufbürden. Das alleine ist der Hintergrund.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Sterck, ich habe gerade gedacht, dass Sie sich hierhin stellen, um zu sagen, auch die FDP – das hat sie nämlich immer für sich in Anspruch

genommen – wolle eine nachhaltige Finanzpolitik machen.

Erlauben Sie mir jetzt noch einige Worte zu dem ständigen dummen Gerede über das „Kölner Loch“. Jede Baustelle beginnt mit einem Loch!

(Karl Klipper [CDU]: Das ist aber von euch gemacht! – Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Der Satz ist von mir.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Das Ganze wird ausgeschachtet, beginnt also mit einem Loch. Wenn es dann einen piffigen Verein gibt, der sich ganz schnell e. V. nennt, haben wir einen Loch-Verein.

Ein Hinweis zu der Situation am Neumarkt – der Oberbürgermeister wird das bestätigen –: Es hat nie, zu keinem Zeitpunkt, infrage gestanden, dass es finanziert wird. Die einzelnen Etappen dieser Finanzierung haben aber auf sich warten lassen.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Das war die Ursache für dieses Loch.

Noch ein Satz zu „Ende 2010“, Herr Sterck: Ich dachte, wir hätten jetzt Anfang 2008. Wie wäre es denn, wir würden im Jahr 2009 den Wettbewerb beschließen? Denn wenn es in 2010 geräumt wird, haben wir ausreichend Zeit.

Jetzt frage ich einmal den Kämmerer: Herr Soénius, sind Sie in der Lage, innerhalb eines halben oder drei viertel Jahres entsprechend unserem Änderungsantrag die Investitionsmaßnahmen aufzulisten und die daraus erwachsenden voraussichtlichen Kosten dem Rat vorzulegen?

(Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:
Ich werde mich darum bemühen!)

– Da bin ich aber enttäuscht von Ihnen. Das muss ich ehrlich sagen. Wenn ich Kämmerer wäre, hätte ich den Anspruch, Ja zu sagen, und zwar laut und deutlich.

(Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:
Wenn ich das gesagt hätte, hätten Sie gesagt: Typisch!)

37. Sitzung vom 04. März 2008

Sagen Sie Ja; denn ich will dann aus dem Protokoll zitieren: Der Kämmerer hat Ja gesagt; er verspricht, das zu tun.

Und wenn es dann seriös ist, dann sind wir auf Ihrer Seite, Herr Sterck. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. – Noch einmal Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Ich bin gerne bereit, das hier nachzubeten: Auch die FDP ist für eine nachhaltige – –

(Das Mikrofon am Tisch des Redners funktioniert nicht – Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sprich in das Mikrofon! Sonst verstehe nur ich dich! – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss ins Protokoll!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das Mikrofon ist an. Es müsste gehen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es funktioniert aber nicht!)

Dann komm nach vorne.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Du kannst auch meins nehmen!)

Ralph Sterck (FDP): Ich will ja auch, dass es im Protokoll steht, damit der Schwur auch deutlich wird. – Also: Ja, auch die FDP ist für eine nachhaltige Finanzpolitik. Ja, Frau Kollegin Moritz, Sie haben recht: Jede Baustelle beginnt mit einem Loch.

Allerdings muss ich Ihnen eines sagen: Wenn Sie heute, im März 2008, diese Finanzierungsfragen hier thematisieren, kommen Sie damit leider sieben Jahre zu spät.

(Karl Klipper [CDU]: Vor einem Jahr haben wir das schon einmal gesagt!)

Ich kann nicht ein Grundstück von der Stadt kaufen lassen – das haben wir damals hier beschlossen; wir haben gesagt: Ja, wir kaufen es –

(Karl Klipper [CDU]: Genau so ist es!)

und ein Gebäude – das sicherlich nicht schön war und das wir für den Weltwirtschaftsgipfel noch einmal irgendwie angehübscht haben – abreißen und durch Container der KVB ersetzen lassen und dann sieben Jahre später sagen: Moment! Wie könnten wir das, was wir da jetzt machen, eigentlich finanzieren?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist gar nicht Inhalt unseres Antrags!)

Wenn jetzt nämlich herauskommt, dass der Kämmerer sagt: Ich weiß aber nicht, woher wir die Mittel nehmen können, um so etwas zu finanzieren – –

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann müsst ihr etwas anderes streichen!)

– Ja, dann streichen wir etwas anderes. Wissen Sie, was wir noch machen können? Ihr Kollege Liegenschaftsvorsitzender weiß das. Wir können es verkaufen und machen wir ein Hotel garni dahin – direkt neben das Rathaus ein schönes Hotel garni.

(Karl Klipper [CDU]: Das ist schon einmal ein Vorschlag gewesen!)

Das ist das, was Sie dann bekommen, wenn Sie sagen, dass Sie einen politischen Willen formulieren wollen.

Wir sind in der Zusage gegenüber Herrn Corboud, das hier zu machen. Wenn Sie den politischen Willen haben, dass wir die Kunst- und Museumsbibliothek besser unterbringen, dann müssen Sie der Verwaltung den Auftrag erteilen, das entsprechend finanziell einzuplanen. Das ist doch die Aufgabe des Kämmerers – und nicht, Ihnen den ganzen Haushalt noch einmal auf einer DIN-A4-Doppelseite darzustellen, damit Sie dann sagen können, ob sich das rechnet oder nicht rechnet.

So, wie Sie das hier handhaben, werden Sie es entweder als ewige Brache haben, oder wir bekommen wirklich das Hotel garni – und das fände ich zu schade für die Rathausnähe, die wir dort haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

37. Sitzung vom 04. März 2008

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. – Herr Dr. Bögner, bitte.

Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Herr Sterck, darf ich – –

(Das Mikrofon am Tisch des Redners funktioniert nicht)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Kann einmal jemand nach der Technik gucken?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wahrscheinlich sind alle Mikrofone aus Kostengründen ausgestellt! – Dr. Hans-Georg Bögner [SPD] begibt sich zum Rednerpult)

Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Herr Sterck, darf ich eine Korrektur anbringen? Es ist nicht so, dass Frau Moritz sieben Jahre zu spät wäre. Vielmehr hat die Verwaltung die beiden Anträge, die Herr Repgen hier zu Recht am Anfang angemahnt hat, sieben Jahre nicht abgearbeitet. Können wir uns darauf verständigen? Dann sind wir schon sehr beieinander.

(Ralph Sterck [FDP]: Beides ist richtig!)

Sieben Jahre ist uns in der Tat keine Planung vorgelegt worden. Jetzt sollen wir heute einen Antrag beschließen, ohne zu wissen, was dies an Investitionen und an Folgekosten zur Folge hat.

Das kann doch keiner von uns verlangen, Herr Sterck. Und Sie können mir wirklich nicht unterstellen, dass ich nicht für die Kultur kämpfe und dass ich das nicht eigentlich auch wünsche.

(Ralph Sterck [FDP]: Die Frage an die Verwaltung müsste doch eine andere sein! Wie wollen Sie es finanzieren? Das muss eine andere sein!)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden, Herr Sterck. – Der Wunsch, speziell in Bezug auf die Zusage an Herrn Corboud da etwas zu machen, ist doch unbestritten.

(Karl Klipper [CDU]: Dann lassen Sie uns das doch endlich einmal umsetzen!)

In diesem Zusammenhang stellen sich aber nun einmal Fragen. Meine Damen und Herren, Frau

Moritz hat den Kämmerer gefragt, ob er in der Lage sei, innerhalb eines halben oder drei viertel Jahres alle diese Fragen zu beantworten. Er hat geantwortet: Ich werde mich bemühen.

Was heißt das denn, meine Damen und Herren? Das heißt doch, dass die Aussage von Herrn Klipper und auch von Herrn Sterck in einem Nebensatz seiner Rede nicht stimmt, dass das alles schon in der mittelfristigen Finanzplanung stünde.

(Karl Klipper [CDU]: Natürlich steht es darin!)

– Nein. Dann würde er es doch innerhalb von fünf Minuten herausziehen. Es steht nicht darin.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann würde er es hier in Kopie verteilen!)

Dann würde das hier mit Leichtigkeit beantwortet werden. Es steht eben nicht darin, meine Damen und Herren.

Selbst die Folgekosten des Kulturzentrums am Neumarkt sind noch nicht beziffert. Und wir reden schon über neue Standorte des Historischen Archivs etc. pp.!

Lassen Sie uns also bitte die Kirche im Dorf lassen und einen Schritt vor dem nächsten machen – bei vielleicht dem gleichen Willen inhaltlicher Art und Weise. Aber wir müssen doch wissen, was wir beschließen – und mit welchen Folgen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Dr. Müser.

(Das Mikrofon am Tisch des Redners funktioniert nicht)

Irgendetwas scheint mit der Technik los zu sein; ich weiß auch nicht.

(Dr. Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis] begibt sich zum Rednerpult)

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, ich möchte doch noch

37. Sitzung vom 04. März 2008

einmal auf einige Punkte eingehen, die Sie hier von sich gegeben haben.

Die Politik, erst zu kaufen und dann zu entscheiden, was mit den Grundstücken gemacht wird, ist hier doch gängige Praxis. Ich kenne kaum ein Grundstück, bei dem es nicht genau so gemacht worden ist, dass erst angeschafft wurde und sich anschließend überlegt wurde, was man damit macht. Dann heißt es im Nachhinein: Filetstück.

Herr Klipper, Sie haben gesagt, es sei alles schon vorhanden; es sei alles ganz easy nachzugucken. Dann können Sie ja Herrn Soénius dabei helfen, seine Aufstellung zusammenzustellen. Das dürfte sozusagen innerparteilich relativ zügig zu regeln sein.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das würde ich mir nicht gefallen lassen, Herr Soénius!)

Herr Sterck, ein wichtiger Punkt, bei dem ich Ihre Haltung nicht mehr nachvollziehen kann, ist folgender: Sie sagen hier, die Stadt Köln habe sich in diesem Zusammenhang selber Aufgaben aufgebürdet, indem sie zum Beispiel Versprechen gegenüber Herrn Corboud gemacht hat usw. usf. Trotzdem – obwohl Sie wussten, dass diese Aufgaben im Raume stehen – kann ich mich an keine einzige Investition in Kultur erinnern, bei der Sie nicht das Beste, Größte, Schönste und Feinste verlangt haben.

Gestern Nachmittag hat Ihr Kollege, Herr Breite, noch nicht einmal mit der Wimper gezuckt, als aus historischen Gründen nur das beste, schönste und tollste Ausbau-Satteldach für die Flora, das gerade eben einmal 20 Millionen Euro kostet, im Raum stand.

(Ralph Sterck [FDP]: Wenn Sie die Vorlage gelesen haben, haben Sie gelesen, dass das nicht so ist!)

Gestern ist beschlossen worden, 5 Millionen Euro noch einmal zusätzlich obendrauf zu legen. Noch nicht einmal mit der Wimper gezuckt wird da!

Auch bei der Oper ist es so. Hier werden verschiedene Ausbaustufen vorgelegt, und nur das Beste, Feinste und Teuerste wird beschlossen. Da gibt es nicht einen, der sagt: Lasst uns da einmal zurückstecken und 40 oder 50 Millionen Euro aufsparen, die wir dann vielleicht in das Kaufhaus Kutz stecken können. – Nirgendwo gibt es eine Bereitschaft, Abstriche zu machen.

Die Folgekosten der Oper – und jeder weiß, dass da wesentlich mehr auf uns zukommt als die bisherigen Betriebskosten der Oper, weil das Ganze viel größer ist – sind natürlich auch noch nicht im Ansatz tituiert. Sie werden uns hier also auch auf Dauer beschäftigen.

Von daher kann ich Ihre Haltung, dass Sie auf der einen Seite erklären, Sie seien für eine solide Haushaltsführung, und auf der anderen Seite sagen: „Wir müssen das trotzdem vorantreiben; das ist alles kein Problem“, nicht nachvollziehen. – Danke.

(Beifall von Michael Zimmermann [SPD])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Dr. Müser, das kann man hier nicht so stehen lassen. In Bezug auf die Flora müssen Sie bitte zwischen der Investitionssumme – da haben Sie mit den 20 Millionen Euro sicherlich recht – und den Investitionskosten unterscheiden. Das Geld wird aufgenommen und wir müssen dann zum Beispiel für die Zinsen und die Tilgungszahlung aufkommen. Man sollte bei der Investitionsrechnung schon ein bisschen aufpassen.

Sie haben vollkommen recht, Herr Dr. Müser: Wir wollen Köln so schön wie möglich gestalten. Wir sind nämlich der Meinung, dass wir das den Bürgerinnen und Bürgern hier auch schuldig sind. Ich bin der Meinung: Gute Investitionen, um Köln voranzubringen, lohnen sich.

(Beifall von Josef Müller [CDU])

Sie haben hier andere Projekte angesprochen. In Bezug auf das „Kölner Loch“ möchte ich Ihnen sagen: Das hätte nicht sein müssen. Das war alles hervorragend finanziert. Damals ist aber die Koalition von CDU und FDP zerbrochen. Professor Bietmann wollte gerne mit Barbara Moritz und den Grünen zusammengehen – und sofort waren wir im Haushaltssicherungskonzept. Das muss man doch auch einmal sagen.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Sie haben vollkommen recht: Wir wollen hier gestalterisch einwirken.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Ich sage Ihnen: Hätte die FDP damals nicht mit der einen Stimme Mehrheit des Oberbürgermeisters den Rheinauhafen umgesetzt und durchgesetzt, hätten wir ihn heute noch nicht.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Das sehen wir nämlich bei Ihrem Antrag, bei dem es um die Prüfung in Bezug auf das „Forum Culturale“ geht. Sie wollen nur prüfen. Josef Müller von der CDU weiß, wie die SPD war. Große Programme und große Visionen wurden hier nicht umgesetzt, sondern nur geprüft. Mit dem jetzt vorliegenden Antrag von SPD und Grünen hätten wir damals den Rheinauhafen auch nicht bekommen – und der ist ein Highlight geworden.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP] und Josef Müller [CDU])

Man muss hier auch einmal etwas wagen. Einen Architekturwettbewerb durchzuführen, bedeutet ja noch nicht, über die Finanzierung selber zu entscheiden.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

– Welche Architekturwettbewerbe, kann man nachher sehen. – Es kann nicht sein, dass wir uns darauf beschränken, einmal eine Entscheidung in Bezug auf dieses Baugrundstück getroffen zu haben. Es war auch richtig, dass wir diese Entscheidung getroffen haben. Wenn man einmal A sagt, muss man aber auch B sagen.

Dann muss man das sicherlich auch finanziell darstellen. Die Durchführung eines Architekturwettbewerbs, um zu zeigen, welche Visionen wir haben, ist allerdings das eine. Wann wir es dann in der Zeitschiene umsetzen, ist nach meiner Meinung aber eine andere Sache.

So kann man meines Erachtens mit wichtigen Projekten für die Stadt nicht umgehen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Breite. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, lieber Götz Bacher, ich muss trotzdem auch noch ein paar Worte zu diesem Thema sagen; denn diese Situation, die

hier heute auftaucht, ist von eminenter Bedeutung. Am Ende werde ich Ihnen auch erklären, warum ich eigentlich beide Anträge für richtig halte und an sich auch beiden Anträgen zustimmen möchte.

Auf der einen Seite ist es nämlich sicherlich richtig, eine grundsätzliche Planungssicherheit zu bekommen und eine Übersicht über die vielen in dem Antrag von SPD und Grünen aufgeführten Projekte zu erhalten, die vor uns liegen, die ja große Volumina beinhalten und die wir auch alle stemmen wollen.

Auf der anderen Seite mache ich Sie aber auf Folgendes aufmerksam: Wir alle – wenn ich „alle“ sage, meine ich 95 Prozent des Rates – waren uns sowohl in 2001 als auch in 2003 darüber im Klaren, dass wir dieses Haus an der Stelle nicht weiter vorantreiben. Seinerzeit haben wir das Grundstück zurückgekauft, weil wir gesagt haben, dann bräuchten wir den Alter Markt durch die Baustelleneinrichtung der KVB nicht so zu verschandeln. Darüber waren wir uns alle einig. Wir haben gesagt, dass wir das nutzen.

Jetzt ist für mich aber eine Situation entstanden, die absehbar ist, meine Damen und Herren. Wir wissen, dass die Container in einer absehbaren Zeit wegkommen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Zweieinhalb Jahre!)

Ich frage mich: Müssen wir es wieder so lange treiben und laufen lassen, dass wir unter Umständen erst dann, wenn die Container abgeschleppt werden, anfangen, uns Gedanken zu machen, was wir mit diesem Grundstück tun?

(Karl Klipper [CDU]: Das kann doch nicht sein! – Josef Müller [CDU]: Das kann wirklich nicht sein!)

Deswegen würde ich Sie auch bitten, zu unterstützen, dass wir gerade mit diesem Projekt in Richtung einer kulturellen Nutzung gehen. Ich habe ja bei allen Ihren Redebeiträgen die Aussage gehört: Ja, wir haben einmal Ja zu einer, wie auch immer gearteten, kulturellen Nutzung gesagt.

Ob das Haus nun so heißt oder anders, Herr Dr. Bögner, ist letztendlich egal – und auch, ob wir dieses Haus ausschließlichschließlich oder nur zum Teil für kulturelle Einrichtungen nutzen, Herr Frank. Das ist alles noch nicht definitiv beschlossen und

37. Sitzung vom 04. März 2008

festgestellt – genauso wenig, wer am Ende hier investiert und alle diese Fragen.

Das ist alles noch ein Thema – das wir jetzt aber unverzüglich angehen sollten. Ich sage Ihnen auch, warum ich der Überzeugung bin, dass wir schon in Kürze – wenn es denn heute nicht mehrheitsfähig sein sollte – dazu ein Ja sagen sollten.

Meine Damen und Herren, ich habe zig Schreiben von Herrn Corboud bekommen, der uns ja nun mit seiner großartigen Stiftung dieses Museum angereichert hat und der auch in Aussicht gestellt hat – das wissen die kulturpolitischen Sprecher allemal –, noch weitere Dinge zu stiften. Er will aber, alldieweil er inzwischen über 80 ist und mittlerweile auch eine gewisse Sorge mit sich trägt, auch eine gewisse Sicherheit unsererseits haben.

Meine Damen und Herren, dann ist es doch mehr als anständig, dass der Rat jetzt an dieser Stelle sagt:

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ja, wir bestätigen hier und heute diese Ausstellungsfläche im Wallraf-Richartz-Museum – was auch von Anfang an, damals noch von Frau Hüllenkremer und Herrn Oberbürgermeister Blum und anschließend noch einmal von mir, zugesagt worden ist und auch von Ihnen allen im Wesentlichen mitgetragen worden ist.

Jetzt sollten wir endlich Klarheit schaffen und sagen: Ja, diese 1 000 Quadratmeter werden in einem, wie auch immer gearteten, Gebäude geschaffen – das an dieser exponierten Stelle natürlich auch architektonisch anspruchsvoll sein soll; ich glaube, darüber sind wir uns auch alle klar. Das wird auch ein entsprechender Architekturwettbewerb sicherlich nicht verhindern. – Ich denke, dass wir darüber doch eine Aussage treffen könnten.

Das andere ist eine sehr langfristige, sehr intensive Arbeit. Ich habe Hochachtung vor dem Kämmerer, wenn er sagt: Ich gebe mir Mühe; in einem halben Jahr. – Ich sage Ihnen aber ganz ehrlich: Wenn ich die Fülle der in Ihrem Antrag enthaltenen Anliegen sehe, muss ich feststellen, dass damit eine Menge Arbeit verbunden ist. Schließlich wollen Sie nicht nur wissen, was an der einen oder anderen Stelle zu planen ist und zu finanzieren ist, sondern sprechen auch die Betriebskosten von Einrichtungen ein.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Herr Klipper weiß das alles!)

– Nein, das weiß Herr Klipper vielleicht auch nicht alles. Er hat natürlich vieles davon in der mittelfristigen Finanzplanung gesehen. Das ist ja richtig.

(Josef Müller [CDU]: Aber ihr verzögert die Sache!)

Meine Damen und Herren, ich erinnere daran, dass wir damals alle Ja zum Kulturzentrum am Neumarkt gesagt haben. Von der Kulturverwaltung ist allerdings versäumt worden – das sage ich ganz offen –, uns schon damals darüber zu informieren, was dieses Haus kosten wird. Wir wussten nicht, wie es damit weitergeht.

Deswegen sage ich Ihnen für den Fall, dass wir heute keine Mehrheit bekommen, Folgendes zu: Zusammen mit unseren dafür zuständigen Dezernenten – das sind Herr Quander und Herr Streitberger – werde ich mit Volldampf daran arbeiten, dass wir spätestens bis zum Sommer eine diesbezügliche Vorlage haben.

Meine Damen und Herren, Sie können aber heute, wenn Sie das wollen – und ich bitte Sie darum –, ein eindeutiges Votum dieses Willens hier bekunden:

(Josef Müller [CDU]: Sehr gut!)

Ja, wir werden das an dieser Stelle zusagen. Wir werden unsere – –

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich kann erst zusagen, wenn ich weiß, wie ich es bezahle!)

1 000 Quadratmeter sind eine feste Größenordnung. Frau Moritz, Sie wissen doch auch, was 1 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche in etwa kosten. Wenn wir unsere Zusagen einhalten wollen, müssen wir es so oder so irgendwo in diesem Haus darstellen.

Wer das Haus baut und wie es aussieht, das können wir in Kürze in Auftrag geben. Ich bin völlig Ihrer Meinung, dass man der Verwaltung – und zwar mit einer Fristsetzung – unverzüglich einen solchen Auftrag erteilen kann. Warum soll die Verwaltung das nicht parallel machen? Während die Container noch dort stehen und ruhen, kann diese Arbeit doch parallel stattfinden.

(Beifall bei der FDP)

37. Sitzung vom 04. März 2008

Das andere ist ein Langfristauftrag. Den entsprechenden Antrag haben Sie zusammen mit den Grünen auch zu Recht gestellt, Herr Zimmermann. Dem würde ich ebenso zustimmen; denn in der Summe aller Maßnahmen, die da kommen, ist das auch notwendig. Sie haben jetzt ja viele dieser Maßnahmen genannt – bis hin zur Quartiersgestaltung Opernhaus und Schauspielhaus und all den anderen Dingen, die im Kulturbereich anstehen. Diesen Antrag kann man meines Erachtens ebenso unterstützen. Es ist mein Plädoyer, das an dieser Stelle unbedingt einzurichten.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe eine Frage!)

– Bitte schön.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe ja gerade dargestellt, dass es bis Ende 2010 noch über zweieinhalb Jahre sind und uns daher meines Erachtens durchaus die Zeit bleibt, die Zahlen des Kämmerers abzuwarten und dann eine Entscheidung zu treffen.

Ich habe jetzt folgende Frage: Wenn das Ganze so dringend ist, wie Sie gerade gesagt haben, Herr Oberbürgermeister – –

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ja. Es ist dringend.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Dann hätte ich erwartet, dass Sie als Verwaltung uns schon längst eine Vorlage dazu vorgelegt hätten

(Beifall bei Teilen der SPD – Josef Müller [CDU]: Das hat er gerade gesagt!)

und dass nicht die FDP – –

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich habe Ihnen das ja gesagt. Ich habe Ihnen zugesagt, dass ich das spätestens bis zum Sommer vorlege – wenn es geht, auch früher.

Ich nenne Ihnen auch noch einen Grund dafür. Herr Corboud und seine Stiftung haben auch Angebote aus einer anderen großen deutschen Stadt. Auch das wissen Sie.

(Peter Kron [SPD]: Nördlich von Köln!)

– Nicht nördlich von Köln; diesmal südlich, Peter.
– Herr Zimmermann.

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Es ist doch wie folgt: Wir alle haben das auch schon beschlossen und sind uns einig, dass die Sammlung Corboud für uns einen ganz hohen Stellenwert hat. Und je schneller Sie eine Vorlage erstellen, desto besser ist das.

Es kann aber doch nicht sein, dass die Verwaltung jahrelang nicht reagiert und keine Vorlage erarbeitet und Sie uns jetzt sagen: In dieser Ratssitzung müssen Sie das auf einen Antrag der FDP hin sofort beschließen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nein, das habe ich nicht gesagt.

(Josef Müller [CDU]: Das hat der Oberbürgermeister schon vorher gesagt!)

Michael Zimmermann (SPD): Wir bekommen doch ständig Vorschläge im Kulturbereich – nicht nur im Kulturbereich, aber auch im Kulturbereich. Das sind alles gute, wichtige Projekte. Wenn der Kämmerer sagt, dass er längere Zeit braucht, um einen Überblick darüber zu entwickeln, heißt das doch: Das steht alles noch nicht im Haushalt; das ist alles noch nicht durchgerechnet. – Denn sonst könnte der Kämmerer sagen „Ich gucke in den Haushaltsplan; da steht das drin“ oder „Guckt doch einmal selbst in den Haushaltsplan“. Wir haben hineingeguckt. Es steht eben nicht darin.

Deswegen erwarten wir, dass jetzt etwas von der Verwaltung getan wird. Ich finde es gut, dass Sie sagen, dass dies bis zum Sommer geschieht. Wir sind auch der Meinung, dass es schnell gehen muss, um an Herrn Corboud und an andere ein Signal zu geben; gar keine Frage. Deswegen appelliere ich an Sie, diese Aufstellung sehr zügig zu erarbeiten.

Im Kern geht es am Ende bei den Projektplanungen nämlich darum, dass wir sagen: Eins, zwei, drei und vier machen wir; fünf, sechs und sieben machen wir später; acht, neun und zehn machen wir vielleicht gar nicht, weil das Geld nicht da ist. – Das ist für uns der ganz wichtige Punkt. Und dafür – das haben Sie auch richtig gesagt – brauchen wir diese Aufstellung; denn

37. Sitzung vom 04. März 2008

wir können nur etwas beschließen, wenn wir seriöse Zahlen haben.

Deswegen finde ich es gut, dass Sie jetzt dieses Angebot gemacht haben. Legen Sie uns die Zahlen so schnell wie möglich vor. Vieles steht ja im Haushalt, und vieles kann der Kämmerer auch schnell vorlegen. Dann kommen Sie mit einer Vorlage, und dann lösen wir das Problem.

Ich sehe das also unproblematisch. Nehmen Sie heute unseren Antrag mit. Damit wird die Verwaltung im Grunde noch einmal aufgefordert, das zu prüfen. Kommen Sie schnell zurück. Dann haben wir auch schnell eine Lösung.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Zimmermann, wir gehen völlig d'accord. Mit Blick auf die Aufzählung von eins bis zehn würde ich Sie alle allerdings um Unterstützung bitten, damit das Wallraf-Richartz-Museum – weil es jetzt schon seit sieben Jahren darauf wartet, wie alle gerade gesagt haben – eben nicht unter acht oder neun auftaucht,

(Josef Müller [CDU]: Sondern als Nummer eins!)

sondern mit höchster Priorität behandelt wird.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie das mitmachen, bin ich ja sehr zufrieden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir müssen aber wissen, was dafür wegfällt! Das müssen wir auch wissen!)

Ich lasse jetzt abstimmen. Wir stimmen zuerst einmal über den FDP-Antrag ab, der in der etwas geänderten, reduzierten Form auch CDU-Antrag ist. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Frau May und meine Stimme. Enthaltungen? – Von pro Köln.

Dann ist das vielleicht eine knappe Mehrheit. Das ist bei den heutigen Verhältnissen, wenn Sie einmal durch die Reihen gucken – –

(Michael Zimmermann (SPD): Wenn Sie auf den Gong drücken, sind alle sofort da!)

– Einige Ratsmitglieder sind auch nicht gemeldet. Ein paar Leute sind jetzt schon einige Stunden nicht hier, wenn ich das einmal so bemerken darf. – Aber ich will es hier ja nicht zereden, sondern möchte schon, dass wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von SPD und Grünen, dem sich auch Herr Dr. Müser angeschlossen hat, mit dem Zusatz von Herrn Dr. Müser, also noch einem weiteren Punkt. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, Linke, Herr Dr. Müser und meine Stimme.

Ich stimme diesem Antrag natürlich auch zu; denn ich habe gesagt, dass wir das grundsätzlich auch machen müssen. Das ist auch ein Auftrag, den wir selbst als Verwaltung annehmen. Ich habe Ihnen auch zugesagt, dass wir gerade dieses Projekt mit höchster Priorität angehen werden. Ich kann Ihnen nicht sagen, dass wir alle Projekte bis zum Sommer durchgerechnet haben werden; das weiß ich nicht. Ich sage Ihnen aber: Für diese Maßnahme geben wir Ihnen mit höchster Priorität bis zum Sommer eine Vorlage, der Sie dann hoffentlich auch alle zustimmen. – Danke schön.

(Ralph Sterck [FDP] meldet sich zu Wort)

– Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Wenn Sie erlauben, würde ich den Mitgliedern des Rates und auch Ihnen gerne etwas mitteilen, was sicherlich von allgemeinem Interesse ist.

Das Porto für die Resolution an den Landtag in Sachen „Vorverlegung der Kommunal- und OB-Wahl 2009“ können Sie sich sparen. Der Innenminister hat soeben entschieden, dass die Kommunalwahl und die Europawahl am 7. Juni nächsten Jahres gemeinsam stattfinden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich bin es aber gewohnt, Aufträge des Rates zu erfüllen. Allerdings werde ich dann darauf verzichten, ein Eilporto draufzukleben. Dann hat es ja Zeit, bis es in Düsseldorf ankommt.

Nun kommen wir zu:

37. Sitzung vom 04. März 2008

2.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Resolution zum Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Köln im Februar 2008“ AN/0345/2008

Frau Wolter wird dazu sprechen.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Köln im Februar, seine höchst umstrittene türkischsprachige Plakatkampagne und Teile seiner Rede in der Kölnarena haben vielen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt die Augen geöffnet. Es wurde klar, dass eine türkisch-islamische Parallelgesellschaft bei uns durch die türkische Regierung gestützt wird.

Menschen türkischer Herkunft, die Integrationsbemühungen verweigern, können sich nunmehr direkt auf den türkischen Ministerpräsidenten berufen. Er hat in der Kölnarena Klartext geredet. Er hat die Dinge in seinem Sinne beim Namen genannt. „Ich kann hier mitten in Europa die Düfte Kleinasiens wahrnehmen“, rief er seinen Landsleuten in der Kölnarena zu.

Er konterkariert Ihre immer wieder beschworenen Integrationsbemühungen, indem er seine Landsleute in Deutschland dafür lobt, dass sie 47 Jahre ihre Sprache, ihren Glauben, ihre Werte und ihre Kultur bewahrt haben. Mehr noch: Ihre Augen und ihre Ohren waren immer auf die Türkei gerichtet.

Der von Schramma und Merkel hofierte Erdogan stärkt demzufolge türkische Auslandskolonien in ihrer Anpassungsverweigerung bzw. Integrationsverweigerung. Das ist wenigstens ehrlich.

Der Kölner Rat darf hierzu nicht einfach schweigen und zur politischen Tagesordnung übergehen. Großmoscheen mit einem türkischsprachigen Imam, der in der Türkei ausgebildet wurde, schaden den Integrationsbemühungen ebenso wie Schulen und Universitäten mit türkischsprachigen Lehrern und Professoren, die vom türkischen Staat bezahlt werden, dem ihre erste Loyalität gilt.

Unsere politische Klasse von CDU bis Linkspartei versucht, die Provokationen zu verdrängen bzw. zu verniedlichen. Sie müssen endlich erkennen, dass das von Ihnen seit Jahrzehnten propagierte Gesellschaftsmodell einer multikultu-

rellen Gesellschaft gescheitert ist. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass die Parallelität unterschiedlicher Kulturen die Grundeigenschaft einer multikulturellen Gesellschaft ist. Sie stehen vor einem Scherbenhaufen Ihrer Politik. Während Erdogan bemerkenswert klar denkt und spricht, schwafeln Sie in aller Regel um den heißen Brei herum.

Beim Stammestreffen der Aborigines vor 200 Jahren muss es ähnlich zugegangen sein:

(Michael Kellner [Die Linke.Köln]: Darüber wissen Sie doch gar nichts!)

viel Palaver, wenig Widerstand. Umso tränenreicher jetzt die Entschuldigung des australischen Regierungschefs Kevin Rudd, die stolze Kultur der Ureinwohner habe durch die Zuwanderer und deren Rücksichtslosigkeit schweren Schaden genommen! Sorry – und Schwamm drüber.

In Köln ist es nunmehr wahrlich an der Zeit, Flagge zu zeigen. Nachdem Köln im Februar Schauplatz der Wahlkampf- und Desintegrationsbemühungen Erdogans geworden ist, hat gerade der Stadtrat ein besonderes Mandat, zu den politischen Forderungen und dem fragwürdigen Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten Stellung zu nehmen. Dies soll mit unserer Resolution geschehen. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.10 auf:

2.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend Beitritt der Stadt Köln zum Bündnis „Städte gegen Islamisierung“ AN/0382/2008

Hierzu spricht wiederum Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Europäische Patrioten haben vor wenigen Wochen in Antwerpen eine enge politische Kooperation im Kampf gegen die Islamisierung der europäischen

37. Sitzung vom 04. März 2008

Großstädte und Metropolen geschlossen. Nächster Höhepunkt der europaweiten Aktivitäten dieses neuen nonkonformen Städtebündnisses wird ein Antiislamisierungskongress am 20. September in Köln sein. Rechtspopulistische europäische Spitzenpolitiker wie HC Strache, Jean-Marie Le Pen, Philip Dewinter und viele andere mehr werden an diesem Tag im Rahmen des geplanten Kongresses mit mehr als 1 000 Teilnehmern Flagge gegen die immer gefährlicher werdenden islamistischen Bedrohung zeigen.

Das Bündnis „Städte gegen Islamisierung“ stellt unter anderem fest, dass der Islam häufig viel mehr als eine Religion, nämlich auch eine Gesellschaftsordnung, vertritt, die auf der Scharia begründet und deshalb nicht zu vereinbaren ist mit unseren mitteleuropäischen Werten und Normen, die das Fundament unserer pluralistischen Demokratie darstellen.

Die „Städte gegen Islamisierung“ stellen auch fest, dass zumindest ein Teil unserer Muslime die islamistischen göttlichen Gesetze den bürgerlichen Gesetzen vorzieht. Unter Teilen der muslimischen Bevölkerung herrscht obendrein ein Hang zur Radikalisierung, der sich in einer zunehmenden Feindlichkeit gegenüber unserer westlichen Zivilisation und den Werten, auf denen sie gegründet ist, äußert.

Moscheen, wie auch die geplante orientalische Mega-Moschee in Ehrenfeld, wirken als Katalysatoren für die Islamisierung der Stadtviertel, weil sie innerhalb der muslimischen Gemeinschaft als zentrale Autorität die strikte Befolgung des Islams einfordern und demzufolge sämtliche Integrationsbemühungen konterkarieren.

„Städte gegen Islamisierung“ ist der Meinung, dass die individuelle und freie Religionsausübung gewährleistet werden soll. Das gilt selbstverständlich auch für den Islam. Die Religionsfreiheit kann und darf jedoch nie ein freies Geleit für die Einführung diskriminierender und antidemokratischer Bräuche und Handlungen sein.

(Beifall bei pro Köln)

Die Scharia darf niemals in Europa geltende Rechtssätze ersetzen.

Das breit angelegte Städtebündnis „Städte gegen Islamisierung“ verdient auch die Unterstützung des Kölner Rates. Insbesondere die beschlossene Charta dürfte bei allen Menschen, die nicht

bedingungslos den Tugendwächtern der Political Correctness folgen, Unterstützung finden. Mit Ihrer Ablehnung unseres Antrages würden Sie wieder einmal dokumentieren, dass Sie die tagtägliche Gefahr durch islamistische Fundamentalisten, Hassprediger und Terrorzellen vor der eigenen Haustür schlicht ignorieren. Die Quittung hierfür erhalten Sie sicherlich nicht heute, sondern im nächsten Jahr bei der Kommunalwahl.

Die große europaweite Anti-Islam-Manifestation im September wird auf jeden Fall stattfinden. Aus Köln wird die Botschaft gesandt werden, dass auch zukünftig allein der Kölner Dom und nicht eine orientalische Großmoschee das Zeichen unserer weltoffenen Metropole bleibt. Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dazu möchte von der Verwaltung die dafür zuständige Beigeordnete Frau Bredehorst das Wort ergreifen, bitte.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie eine formale und eine inhaltliche Anmerkung.

Zur formalen Anmerkung: Der Begründung zum Antragstext ist Folgendes zu entnehmen. Es soll mit dem Beschluss - Zitat -

dieses von unten ins Leben gerufene Städtebündnis zunächst durch den Kölner Rat, dem sodann das Land Wien und die Stadt Antwerpen mit analogen Beschlüssen folgen, auf institutionelle Ebene gehoben werden.

Formal gesehen ist hierzu zunächst festzustellen, dass Antragstext und Begründungstext unterschiedliche Angaben zu den vorgesehenen Beitrittsregionen enthalten. Im Antragstext ist die Stadt Wien, im Begründungstext das Land Wien genannt. Weiterhin ist formal festzustellen, dass das Bündnis „Städte gegen Islamisierung“ noch nicht existiert, sondern erst durch den Rat der Stadt Köln begründet werden soll. Absichtserklärungen eines Beitritts weiterer Städte oder Gebietskörperschaften liegen nach Kenntnis der Verwaltung nicht vor.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Lassen Sie mich noch eine inhaltliche Anmerkung dahin gehend machen, dass der Antrag nicht im Einklang mit den Bemühungen der Verwaltung steht, den interreligiösen Dialog und das friedliche Zusammenleben auf kommunaler Ebene zu fördern. Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Bredehorst. Frau dos Santos Herrmann, bitte.

(Josef Müller [CDU]: Das ist denen viel zu viel Ehre angetan, Frau dos Santos!)

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Müller, manchmal ist es notwendig, auch gegen den eigenen Widerwillen einige Dinge klarzustellen. Denn die Grenzen sind überschritten worden.

Lassen Sie mich eines sagen: Wenn es eines weiteren Beweises bedurft hätte, warum die sogenannte Bürgerbewegung pro Köln zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet und als rechtsextremistisch eingestuft wird, dann ist das dieser Antrag, der hier gerade eben vorgestellt wurde.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die Fraktionsvorsitzende hat unverhohlen offen mitgeteilt, dass Sie mit Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in Europa zusammenarbeiten. Sie wollen jetzt auch noch suggerieren, dass wir in Köln sozusagen die Letzten wären, die einem solchem Städtebündnis noch beitreten könnten. Mitnichten ist das der Fall. Es war gut, dass die Verwaltung das noch einmal klargestellt hat. Das sind dreiste Behauptungen. Es gibt ein solches Städtebündnis nicht, und das wird es auch nicht geben. Die Stadt Wien und die Stadt Antwerpen haben meines Wissens auch nicht vor, dieses zu begründen; und Köln wird das ganz sicher auch nicht tun.

Dieser Antrag ist aus meiner Sicht und der Sicht der SPD-Fraktion auch Ausdruck einer antidemokratischen, offen ausländerfeindlichen und sogar rassistischen Grundhaltung. Sie offenbaren damit Ihre verfassungsfeindliche Grundhaltung; denn trotz aller Lippenbekenntnisse sind Sie offenbar gegen die Religionsfreiheit, die im Grundgesetz verbrieft ist.

(Beifall von Jochen Ott [SPD] sowie der Linken.Köln)

Diese dreisten Behauptungen sind übrigens typisch für das Vorgehen der sogenannten Bürgerbewegung pro Köln, genauer gesagt müsste sie „anti Köln“ heißen. Sämtliche Fraktionen in diesem Stadtrat außer pro Köln sind tatsächlich für Köln. - *Sie* aber sind gegen Köln.

(Lachen von Bernd M. Schöppe [pro Köln])

Mit dem, was Sie machen, stiften Sie Unfrieden, schüren Ängste und machen letztlich rassistische Politik.

Sie wissen, dass Sie ohne dreiste Lügen und Trickereien, wie schon beim Bürgerbegehren gegen die Moschee, nicht weiterkommen. Ohne 7 000 ungültige Unterschriften - das ist ein Drittel der Unterschriften, die Sie mit Mühe und Not zusammenbekommen haben - wäre es schon rein rechnerisch überhaupt nicht möglich gewesen, dieses Bürgerbegehren der Stadtverwaltung zur Abstimmung im Rat zu übergeben.

Ich denke, wir Demokratinnen und Demokraten in diesem Hause haben die Pflicht, propagandistische Tricks und Lügen dieser Art deutlich zu benennen. Das möchte ich heute auch tun. Lassen Sie mich auf einen oder zwei Punkte eingehen.

In der letzten Woche hat die *Kölnische Rundschau* einen interessanten Artikel unter dem Titel „Mehr Kontakt zu Deutschen gewollt“ über die Religiosität bei Türken veröffentlicht. Da heißt es unter anderem zu einer Studie des Zentrums für Türkeistudien:

Die Studie kommt zum Ergebnis, dass bei „gestiegener Religiosität ... keine zunehmende Gefahr der Fundamentalisierung“ zu beobachten sei.

Weiter heißt es im Text:

40 Prozent der Befragten geben an, enge freundschaftliche Beziehungen zu Deutschen zu unterhalten. 59 Prozent äußern den Wunsch, noch mehr Kontakte zu Deutschen zu haben.

Ich kann Ihnen aus meinem Wahlkreis in Vingst ein nettes Beispiel dazu nennen. Als die Qualifikation zur Weltmeisterschaft anstand, hing quer über die Ostheimer Straße bei einem Spiel der

37. Sitzung vom 04. März 2008

Türkei eine riesige türkische Fahne und eine kleine deutsche Fahne obendrauf. Wie Sie wissen, hat sich die Türkei nicht qualifiziert. An gleicher Stelle hing während der gesamten WM eine riesige deutsche Fahne mit einer kleinen türkischen Fahne obendrauf. Ich fand, das war eine nette und wirklich gute und integrative Geste, die im Übrigen von Türken in Vingst kam und nicht von der deutschen Bevölkerung.

Und weil Sie in Ihrer Begründung immer von Radikalisierung, Fundamentalisierung, Einführung der Scharia und Ähnlichem in Deutschland schwadronieren: Das ist Quatsch; keiner beabsichtigt das, wie eine Studie „Muslime in Deutschland“, die Bundesinnenminister Schäuble Ende vergangenen Jahres veröffentlicht hat, belegt. Diese Studie kommt zu dem Schluss, dass nur etwa 8 bis 12 Prozent der mehr als 3 Millionen Muslime in Deutschland eine „deutliche demokratiedistante Einstellung“ aufweisen, allerdings zwischen 9 und 13 Prozent der Deutschen, also mehr als 7 Millionen Personen, über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen - fünf davon sitzen hier im Rat -, die Demokratie ablehnen, Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele befürworten und einen veritablen Antisemitismus pflegen.

In der Studie wird festgestellt,

dass ein signifikant höheres Maß an Autoritarismus/Demokratiedistanz junger Muslime im Vergleich zu einheimischen Nichtmuslimen nicht nachzuweisen ist. ... Es handelt sich also nicht um ein für junge Muslime spezifisches Phänomen.

Ich komme zum Schluss. Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, selbstverständlich lehnt die SPD-Fraktion auch diesen Antrag der pK ab. Wir tun das nicht nur aus den genannten Gründen. Aus tiefster Überzeugung sagen wir als älteste demokratische Partei ganz klar - im Gegensatz zu dem, was Sie hier immer gerne suggerieren und behaupten -: Wir werden in den Wahlkämpfen der kommenden Jahre deutlich Position beziehen. Sie brauchen keine Sorge zu haben: Bei steigender Wahlbeteiligung gewinnen nicht Sie, sondern gewinnen werden die demokratischen Parteien und die Demokratie in Deutschland. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der FDP und der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau dos Santos Herrmann. Herr Helling für die Grünen, bitte.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Leider verlängert sich heute die Kette der zahlreichen Versuche von pK, den Rat zur Propagierung ultrarechten Gedankenguts zu missbrauchen. Obwohl die demokratischen Fraktionen zu Recht in der Regel den Missbrauch dieses Rates ins Leere laufen lassen, müssen wir doch heute angesichts des Anti-Islam-Antrages inhaltlich reagieren.

Schauen wir uns den pK-Antrag genauer an. Im sogenannten Feststellungsteil der Charta wird festgestellt, dass Europa Normen und Grundsätze hat, die sich auf diverse Quellen gründen, wie klassisches Altertum oder Nationalismus oder Humanismus. Weiter heißt es - Zitat -:

Infolge dieser Evolution wird unsere Zivilisation ... gegründet auf Werte wie die Trennung von Kirche und Staat, Demokratie, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Gleichheit von Mann und Frau, usw.

Meine Damen und Herren, dieser etwas hilflose Versuch, sich in die Leitkulturdebatte einzuschalten, soll uns hier und heute nicht weiter beschäftigen. Wichtiger ist die Frage, die wir uns jetzt stellen müssen: Was passiert nach Auffassung von pK mit unserer Zivilisation? Ich zitiere aus der Charta:

zu Beginn des 21. Jahrhunderts ...

- wird die eigene -

Bevölkerung mit erheblichen islamischen Minderheiten konfrontiert. Diese ... konzentrieren sich in immer größer werdenden Ghettobezirken.

- Zitatende. -

Die Charta stellt weiter fest,

dass der Islam viel mehr als eine Religion auch eine Gesellschaftsordnung vertritt ... und ... nicht zu vereinen ist mit dem Ganzen der Werte und Normen, ...

- die -

37. Sitzung vom 04. März 2008

... unserer europäischen Gesellschaft eigen sind.

- Muslime haben einen -

Hang zur Radikalisierung, der sich äußert in einer zunehmenden Feindlichkeit gegen unsere westliche Zivilisation ...

Meine Damen und Herren, abgeleitet - das müssen wir hier ganz klar sehen - aus diesem Szenario wird zu allen möglichen Formen von Widerstand aufgerufen. Die Menschen werden aufgestachelt, sich dem zu widersetzen,

dass die hier ansässigen Muslime ... ihre eigenen Werte ... in der Öffentlichkeit befolgen können ...

Es prasseln Wörter nieder wie „sich zur Wehr setzen“, „sich wehren“, „sich zu widerstellen“. Gemeinsam mit anderen Organisationen will man den Kampf aufnehmen und sich kämpfend aufeinander abstimmen.

Meine Damen und Herren, Tatsache ist, dass der heutige Islam in Gänze ebenso wenig zivilisationsfeindlich ist wie das heutige Christentum, das heutige Judentum oder der heutige Buddhismus. Tatsache ist auch, dass Millionen von Zuwanderern in Europa aktive Stütze und Verfechter der jeweiligen Verfassungen der Einwanderländer sind.

Zum Glück - wirklich zum Glück - gibt es nur wenige ältere und junge Menschen, die Kampfaufrufen gegen die Islamisierung folgen, die sich entsprechend zusammenrotten, um „Moslems zu klatschen“ oder um Hauswände von Zuwanderern mit rassistischen Parolen zu beschmierem. Zum Glück orientiert sich die riesige Mehrheit unserer Gesellschaft an den Grundrechten unserer Verfassung, an Art. 1, der proklamiert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, an dem Gleichheitsanspruch in Art. 3 und an die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit in Art. 4. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Helling. Für die Fraktion der Linken spricht Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Erstens. Der Antrag ist irreführend. Weder Antwerpen, Wien noch Köln planen ein Bündnis „Städte gegen Islamisierung“. Vielmehr müsste der Antrag lauten: Rechtsextremistisches Bündnis gegen Religionsfreiheit. Dies wiederum wäre kein Antrag, sondern eine Feststellung. Deshalb versucht der braune Antragsteller den Eindruck zu erwecken, die Städte hätten sich bereits zusammengeschlossen. Dem ist aber nicht so. Zusammengeschlossen haben sich zwielichtige Parteien und Personen aus Österreich, Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland.

Zweitens. Die Stadt Köln hat zahlreiche Städtepartnerschaften, unter anderem mit Lüttich und Rotterdam. Um die Rechtsextremisten in Antwerpen können sich die dortige Polizei, die Gerichte und die Staatsanwaltschaften kümmern. Der Antwerpener Stadtrat der rechtsextremen Vlaams Belang Bart Debie, den sich pro Köln gerne als Redner einlädt, ist wegen ausländerfeindlicher Übergriffe einschlägig verurteilt und vom Polizeidienst suspendiert.

Drittens. Seit dem Dezember 2005 gehört Köln dem Städtebündnis gegen Rassismus an. Das hat der Antragsteller ausgeblendet. Der vorliegende Antrag verstößt diametral gegen die Beschlusslage des Rates der Stadt Köln. In der Beschlussfassung des Rates der Stadt Köln erklärte Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes - ich zitiere, Herr Oberbürgermeister -:

Mit dem Beitritt zur Koalition Internationale Städte gegen Rassismus stellen wir uns im Kölner Rat, dem kommunalen Parlament der viertgrößten Stadt Deutschlands, der Verantwortung. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben keinen Platz in unserer Stadt.

Deshalb hat dieser Antrag auch keinen Platz im Rat. Das wissen die Antragsteller ganz genau. Ihnen geht es aber nicht um Kommunalpolitik - das haben wir hier oft erlebt, wie auch heute -, sondern um das Organisieren von Hetzkampagnen und Hetzveranstaltungen.

Viertens. Der Antrag ist eine Goebbelssche Inszenierung unter dem Motto „Hauptsache, man redet über uns“. Das bildet den Auftakt, um für eine Parteiveranstaltung am 20. September in Köln zu werben. Demokratische Institutionen wie

37. Sitzung vom 04. März 2008

der Rat der Stadt Köln werden damit für rechts-extreme Propaganda missbraucht.

Fünftens. Pro Braun will am besagten 20. September am Rheinufer in Köln-Deutz einen sogenannten Antiislamisierungskongress durchführen. Das sei der - Zitat - „Vorwahlkampf für die Kommunalwahlen 2009“ in NRW, so die Antragsteller. Gemeinsam sollten wir diesem rechtsextremistischen Aufruf und diesem Aufmarsch entgegentreten, frei nach dem Wagen aus dem Kölner Rosenmontagszug: „Lachen wir die Nazis aus der Stadt“.

Pro Braun entblößt sich selbst. Pro Braun ist am und im Arsch. Wer die Kommunalwahlen in München verfolgt hat, weiß, dass sie dort die Quittung bekommen haben. Sie sind mit Pro München nicht in den kommunalen Stadtrat von München eingezogen. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Rouhs hat sich gemeldet.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Da stellt die Fraktion pro Köln einen völlig sachlichen Antrag. Und was ernten wir hier? Ein Sammelsurium wüster Beschimpfungen. Ich frage mich wirklich, wie Sie den Begriff Demokratie für sich selber definieren.

Die einen reden davon, wir hätten ein Wählerpotenzial von 7, 8, 9 oder 10 Prozent, und dichten breiten Bevölkerungsteilen ein geschlossenes, rechtsextremes Weltbild an. Wir alle wissen, wie solche Erhebungen zustande kommen. Wer dabei positiv auf Deutschland Bezug nimmt, wer dem Multikulturalismus kritisch gegenübersteht, wer sich Sicherheit, Recht und Ordnung im öffentlichen Raum wünscht, hat schon 90 Punkte auf der Rechtsextremismus-Skala und wird in den großen braunen Sack hineingesteckt. Das haben die Leute mittlerweile auch verstanden und reagieren auf derartige Kategorisierungen mit einem gewissen Maß an Gelassenheit.

Auf der anderen Seite heißt es aber, es sei demokratisch völlig illegitim, dass eine Formation wie die Bürgerbewegung pro Köln die Interessen und die politischen Einstellungen dieses Bevöl-

kerungsanteils in irgendeiner Form, zum Beispiel hier im Kölner Rat, artikuliert und beispielsweise aus einer Grundhaltung, die Islamisierung und Multikulti kritisch gegenübersteht, kommunalpolitische Handlungsanleitungen zu deduzieren versucht. In dem Moment, in dem wir das tun, reden Sie pauschal von Hetze. Sie sprechen uns das Recht ab, unser Mandat hier entsprechend wahrzunehmen.

Das jedoch steht gerade im Widerspruch zu den demokratischen Prinzipien, für die Sie nach außen hin einzutreten vorgeben. Denn wenn wir uns auf ein gehöriges Potenzial in der Bevölkerung stützen können und wenn der Anteil der Menschen in Deutschland, die der Islamisierung und einer weiteren Zuwanderung kritisch gegenübersteht, größer wird, dann ist es doch gerade unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten die normalste Sache der Welt, dass sich über kurz oder lang dieser Bevölkerungsanteil auch eine politische Interessenvertretung schafft.

(Beifall bei pro Köln)

Sie selbst haben andere Städtebündnisse zitiert: gegen Rassismus, gegen schlechtes Wetter, gegen Arbeitslosigkeit, usw. Solange Sie die Mehrheit in diesem Hause haben, steht es Ihnen frei, derartige Städtebündnisse einzugehen. Wenn eines Tages *wir* die Mehrheit hier haben sollten, in welcher Konstellation auch immer, steht es uns frei, solche Städtebündnisse wie beispielsweise gegen Islamisierung einzugehen. Das, meine Damen und Herren, ist Demokratie, nichts anderes. Wie wir heute mit Ihren Städtebündnissen leben müssen, die Nase darüber rümpfen, uns wundern und Sie kritisieren, so müssen Sie auch mit der Option leben, dass es andere Städtebündnisse geben kann.

Eine Möglichkeit, wie ein solches andersgeartetes Städtebündnis aussehen kann, haben wir Ihnen hier vorgestellt. Gerade dieses ist kein Beispiel für Ausländerfeindlichkeit. Wir haben ja im Ausland unsere Partner gesucht und gefunden, die mit uns zusammen gegen die Islamisierung Stellung beziehen. Wir holen Ausländer nach Köln zum politischen Meinungs-austausch. Das müsste Sie doch eigentlich freuen. Wir werden uns mit denen zusammen natürlich nicht nur die schönen Ecken, den Dom und das Stadtmuseum ansehen, sondern wir werden sie auch in die Problembezirke hineinführen,

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]:
Hört! Hört!)

37. Sitzung vom 04. März 2008

so wie wir zum Beispiel in Antwerpen die Problemviertel besichtigt haben. Das werden interessante Ausflüge sein. Unsere Freunde werden feststellen, dass die politischen Probleme, die in den europäischen Großstädten bestehen, wahrlich sehr ähnlich sind.

Meine Damen und Herren, dieser Ansatz ist nicht nur demokratisch legitim, er ist auch materiellpolitisch legitim. Wenn Sie mit Beschimpfungen auf diesen Ansatz reagieren, machen Sie den Fehler, dass Sie die Augen vor der Realität verschließen.

Gehen Sie doch einmal in Köln in einen deutsch-türkischen Kulturverein. Wie viele Deutsche finden Sie denn da vor? Es sind genau so viele, wie mit Migrationshintergrund eingelassen wurde. Die haben zwar einen deutschen Pass in der Tasche und sprechen vielleicht ein paar Worte Deutsch, sind aber fest im türkisch-islamischen Kulturkreis verankert.

Gehen Sie in die Moscheen und hören Sie sich, wenn die Konflikte zwischen der westlichen Welt und dem islamischen Teil der Menschheit wieder einmal eskalieren, die Predigten der Imame an. Diese beziehen natürlich in diesen Konflikten für die Interessen ihrer Leute Stellung und predigen gegen die Interessen der westlichen Demokratien. Das würden wir vielleicht an deren Stelle vor dem Hintergrund solcher Konfliktlinien ähnlich machen. Sie würden doch wahrscheinlich auch so handeln, wenn Sie in eine solche Konfliktsituation geraten würden.

Über diese objektiven Interessenkonflikte gehen Sie mit Ihrer blumigen Sicht auf den Multikulturalismus hinweg, ohne die Realität zur Kenntnis zu nehmen. Eine solche Position wird keinen Bestand haben. Sie wird so wenig Bestand haben, wie Ihre multikulturellen Städtebündnisse Bestand haben werden. Es wird die Zeit kommen, in der eine solche durchdachte, kritische, zukunftsorientierte Position, wie wir Sie in unserem Antrag formuliert haben, in dieser Stadt und irgendwann auch darüber hinaus mehrheitsfähig werden wird.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.11 auf:

2.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Abschaffung der ‚Knöllchenquote‘ in Köln“ AN/0346/2008

Es geht um die Abschaffung der „Knöllchenquote“ in Köln. Ich wusste gar nicht, dass wir eine solche haben. Haben wir so etwas?

(Zuruf: Nein!)

Es spricht Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eben hieß es noch, wir würden nur böse, ausländerfeindliche Hetze verbreiten. Das stimmt gar nicht. Schauen Sie sich doch einmal unsere Anträge an. Sie erfassen das ganze Spektrum und haben mehrheitlich mit dem Thema Multikulturalismus gar nichts zu tun.

Hier wurde eben angezweifelt, dass wir in Köln eine „Knöllchenquote“ hätten. Meine Damen und Herren, so ganz stimmt das nicht. Nach Medienberichten gibt es bei der Polizei in Köln zwar keine Institution, die sich offiziell „Knöllchenquote“ nennt - das zuzugeben, wäre propagandistisch dumm; dieser Fehler passiert Ihnen nicht -, im Amtsdeutsch der Polizei aber heißt es, dass Orientierungshilfen gegeben werden. Das sind Orientierungshilfen über gewisse Kategorien von Regelverstößen, die insbesondere Verkehrsteilnehmer im Stadtgebiet begehen können und die dann von der Polizei zu ahnden sind.

Darunter kann man sich zum Beispiel vorstellen, dass von einem Polizisten monatlich eine gewisse Quote von Autofahrern, die es versäumt haben, ihren Sicherheitsgurt anzulegen, ermittelt werden muss. Wenn der Polizist am 20. des Monats feststellt, dass er noch nicht genügend Gurtmuffel überführt hat, wird er seine besondere Aufmerksamkeit diesem Segment widmen, damit nicht hinterher gegen ihn gesagt werden kann, er habe sich nicht an die Orientierungshilfe gehalten. Er achtet dann besonders auf diejenigen, die ohne angelegten Gurt durch die Stadt fahren. Eine weitere Orientierungshilfe gibt es für Verkehrsteilnehmer, die unerlaubterweise ihr Mobiltelefon benutzen. Dafür gelten dieselben Spielregeln. Wenn die Quote noch nicht erreicht, muss etwas dafür getan werden, das Plansoll zu erfüllen.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Ich weiß nicht, wer sich außer Herrn Detjen und der Linken über diese Art der nicht sachgerechten Plansollereffüllung freuen kann. Der Kommunikationsprozess muss doch gerade in die andere Richtung laufen. Die Ordnungshüter dürfen nicht mit einem Plansoll im Kopf durch diese Stadt fahren und versuchen, Regelverstöße, die ihnen quasi vorgegeben sind, im wirklichen Leben wiederzufinden. Vielmehr muss umgekehrt von ihnen festgestellt werden, wo tatsächlich unerlaubte, mit möglicherweise sozial schädlichen Auswirkungen verbundene Ordnungswidrigkeiten begangen werden. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit muss hier richtig angewandt werden.

Gerade hier in Köln, aber auch in anderen Großstädten ist zu beobachten, dass man für die Plansollereffüllung Autofahrer als eine Art Melkkuh benutzt nach dem Motto: Wir brauchen Geld in der Staatskasse und suchen so lange nach bestimmten Kategorien von Regelverstößen, bis die Quote erfüllt ist. Das Vorgehen stellt doch die Ordnungshüter in den bösen Verdacht, Abzocker und Geldeintreiber zu sein. Die Polizisten Kölns haben es sicherlich nicht verdient, einem solchen falschen Verdacht ausgesetzt zu werden.

Im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft sollte die Stadt an die Polizei herantreten und klarmachen, dass es nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Köln ist, wenn sich die Polizei an solchen Orientierungshilfen, umgangssprachlich „Knöllchenquote“ genannt, orientieren soll.

Ich gehe davon aus, dass es so etwas bei der Verwaltung zum Beispiel bezüglich der Parkraumbewirtschaftung nicht gibt. Vielleicht ist das übertriebener Optimismus. Jedenfalls sollten wir als Rat der Stadt Köln feststellen, dass so etwas in dieser Stadt nicht gebraucht wird. Denn die Ordnungskräfte müssen zum Schutze und im Interesse der Bürger eingesetzt werden und nicht als Hilfssteuereintreiber, wie sie heute in Deutschland leider Gottes manchmal missbraucht werden.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kahlen möchte noch etwas dazu sagen, bitte schön.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und

Herren! Ich möchte Ihnen empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. Es gibt überhaupt keinen Grund für einen solchen Auftrag. Dieser Antrag arbeitet mit Unterstellungen. Ich kann Ihnen bestätigen, dass es selbstverständlich keine „Knöllchenquote“ bei der Stadt gibt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann können wir diese auch nicht abschaffen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Es ist nichts auszumachen, was in diese Richtung weist. Des Weiteren weise ich im Namen der Polizei alle Unterstellungen zurück.

Der Statistik zu Verkehrsdelikten, die die Polizei letzte Woche veröffentlicht hat - das will ich Ihnen nur in Erinnerung rufen -, sind Entwicklungen zu entnehmen, die zu denen im Land konträr verlaufen. Die Polizei sieht gerade wegen höherer Deliktzahlen mit größeren Verletzungsquoten mehr Handlungsbedarf. Gehen Sie davon aus, dass die Polizei im Rahmen ihrer Arbeit das für die Zielerreichung Notwendige tut. Durch die Statistik ist deutlich geworden, wo Handlungsbedarf besteht. Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Stadtdirektor. Ich lasse jetzt abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zu den Anfragen unter Tagesordnungspunkt 3:

3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zunächst Tagesordnungspunkt 3.1:

3.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren“ AN/0410/2008

**Antwort der Verwaltung vom 03.03.2008
0918/2008**

Diese Anfrage wurde schriftlich beantwortet. Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 3.2:

37. Sitzung vom 04. März 2008

3.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Nutzung städtischer Räumlichkeiten durch Linksextremisten“ AN/0417/2008

Darauf wird Herr Kahlen mündlich antworten. Bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Einleitung der Anfrage der Bürgerbewegung pro Köln operiert wiederum mit Unterstellungen, indem sie äußert, dass die Verwaltung für politische Aktivitäten gegen die Bürgerbewegung pro Köln kostenfreie städtische Räumlichkeiten zur Verfügung stellen würde und dass Treffen bereits öffentlich beworben würden.

Ich kann Ihnen darauf nur antworten, dass wir alle Dienststellen, die für so etwas in Betracht kommen, befragt haben. Es gibt für Ihre Unterstellungen keinerlei Anhaltspunkte. Ich habe über Verwaltungskollegen versucht, zu recherchieren, wo Ihre Informationen möglicherweise herrühren könnten. Wir haben dadurch auch keine Antwort bekommen. Ich möchte Ihnen sagen, dass die Dienststellen, die damit befasst sind, keinerlei Kenntnis von solchen Vermietungen beziehungsweise Zurverfügungstellungen, von denen Sie ausgehen, der Räume haben. Von daher erlaube ich mir, die übrigen Fragen nicht zu beantworten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dazu gibt es noch eine Nachfrage von Herrn Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Kahlen, ist Ihnen bekannt, dass die „Schüler gegen Rechts“ regelmäßig im Bezirksrathaus Kalk einen städtischen Raum kostenlos in Anspruch nehmen dürfen?

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Rouhs, ich habe beim Bezirksamtsleiter nachgefragt. Er hat mir diese These von Ihnen nicht bestätigt.

Manfred Rouhs (pro Köln): Das werden wir Ihnen dokumentieren, und wir werden dann noch einmal nachhaken.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nun rufe ich die Anfrage unter Tagesordnungspunkt 3.3 auf:

3.3 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit Reisen stadtnaher Unternehmen“ AN/0418/2008

Antwort der Verwaltung vom 03.03.2008 0916/2008

Diese Anfrage wurde schriftlich beantwortet. Gibt es dazu noch eine Nachfrage? - Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Als Antwort auf Frage 2 teilen Sie mit, dass der Stadt keine Angaben über die durchgeführten staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit den Lustreisen und über Ausgleichszahlungen für die Teilnahme von Kommunalpolitikern an derartigen Reisen vorliegen. In der Antwort auf Frage 1 teilen Sie dann aber mit, es habe keinen Schaden für die Stadt gegeben, weil nach den der Verwaltung vorliegenden Informationen der Privatanteil der Reisen erstattet worden sei.

Es wird geäußert, dass Ihnen keine Informationen über die Erstattung dieser Kosten vorliegen. Worauf gründet sich denn dann Ihre Information, dass all das ausgeglichen worden ist, was an Schaden entstanden sein könnte? Das ist widersprüchlich. Worauf stützt sich die Information, die Sie zur Grundlage Ihrer Antwort auf Frage 1 machen?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Kämmerer, ich darf Sie bitten, darauf zu antworten.

Stadtkämmerer Peter Michael Soénus: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann diese Widersprüchlichkeit nicht entdecken. Wir haben auf Frage 1 klar geantwortet, dass hierzu Informationen, die unter anderem der Presse zu entnehmen sind; vorliegen - Sie müssten diese also auch kennen. Dann haben wir einen Schluss daraus gezogen. Wenn Sie das Wort „somit“ aus unserer Antwort so verstehen wollten, wäre ich ganz froh.

Die Antwort auf Frage 2 ist eindeutig. Uns liegen keine Angaben über die durchgeführten staats-

37. Sitzung vom 04. März 2008

anwaltschaftlichen Ermittlungen vor. Ich kann dort keinen Widerspruch entdecken.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Stadtkämmerer. Damit sind die Anfragen abgearbeitet.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt 5:

5. Ortsrecht

5.1 Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.1.1:

5.1.1 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Volkshochschule Köln (Volkshochschulsatzung) 2779/2007

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5.2 auf:

5.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Zu Tagesordnungspunkt 5.2.1:

5.2.1 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostensatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) 4805/2007

Gibt es zu dieser Satzungsneufassung Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Es ist so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 5.2.2:

5.2.2 Änderung der Vergnügungssteuersatzung für Spielgeräte 0225/2008

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der FDP-Fraktion

Dazu spricht Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Hier war die Kämmerei ganz schnell, und wir konnten die Sache klären.

Darum ziehen wir diesen Änderungsantrag zurück.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5.3 auf:

5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.3.1:

5.3.1 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) für die Genehmigung der Sonderöffnung von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen 0301/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5.4 auf:

5.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.4.1:

5.4.1 Richtlinie für den Einsatz von Abschlussprüferinnen und -prüfern bei städtischen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetrieben / eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen 0540/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 5.4.2:

5.4.2 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln 4952/2007

Hier soll abgestimmt werden wie AVR, Anlage 7. Wortmeldungen dazu sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

37. Sitzung vom 04. März 2008

6. Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Abs. 1 und § 84 Abs. 1 GO NRW über die vom Kämmerer genehmigten Mehrausgaben und -verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2007

0564/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist das einstimmig so zur Kenntnis genommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

8. Außerplanmäßigen Ausgaben

Zu Tagesordnungspunkt 8.1:

8.1 Leistungen, Sicherungsmaßnahmen und Beschaffungen in Verbindung mit den Rheinhochwassern in vergangenen Jahren

0267/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9:

9. Allgemeine Vorlagen

Ich beginne mit Tagesordnungspunkt 9.1:

9.1 Anbindung der städtischen KITAS an das städtische Netzwerk CAN (Cologne Area Network)

2455/2007

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Schöppe, bitte.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Jeder kann sich sicherlich denken, worum es mir wieder einmal geht. Es geht um den Begriff CAN, Cologne Area Network. Vor vielen Jahren hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, dass Anglizismen zu vermeiden sind. In diesem Zusammenhang kann ich nicht verstehen, weshalb man die Anglizismen nicht vermieden hat.

(Zuruf von Dietmar Repgen [FDP])

- Herr Repgen, ich kann Englisch. Da muss man niemanden Englischkurse der Volkshochschule empfehlen. Das ist absoluter Blödsinn. - Der Rat

hat beschlossen, Anglizismen vermeiden zu wollen.

Ich empfehle, sich weiterhin an diesen Beschluss zu halten und bei der Wortwahl deutsche Wörter zu verwenden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.2:

9.2 Fortsetzung des Öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44 b SGB II zwischen der Agentur für Arbeit Köln und der Stadt Köln (ARGE-Vertrag)

4529/2007

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/0440/2008

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der CDU-Fraktion
AN/0444/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Kellner.

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es scheint mir schon reichlich grotesk, was in der letzten Zeit zum Thema ARGE in Rat und Ausschüssen zusammengekommen ist.

Am 10. Januar wurde dem Ausschuss für Soziales und Senioren von der Verwaltung das Integrationsprogramm 2008 der ARGE vorgelegt und erläutert. In diesem Programm werden eine ganze Reihe neuer Beschäftigungsmöglichkeiten vorgestellt, die sich durchaus sehen lassen können.

In der Ratssitzung am 29. Januar 2008 hat der Rat mit großer Mehrheit die Auffüllung des Stellenplans der ARGE einschließlich der Verlängerung der befristeten Stellen bis 2010 beschlossen. Die Maßnahmen sollen - so heißt es ausdrücklich - kurzfristig umgesetzt werden.

In der Zwischenzeit riskiert die Stadt die Kündigung des Vertrages zwischen der Stadt und der Bundesagentur für Arbeit zum Ende dieses

37. Sitzung vom 04. März 2008

Jahres, weil sie entgegen den Vorgaben der Agentur nur bereit ist, 10,3 Prozent des kommunalen Finanzanteils an den Verwaltungskosten an den Bund zu zahlen.

Wohlgemerkt, es geht der Stadt dabei nicht um die Kritik an der Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt, auch nicht um Kritik an der ARGE selbst. Wegen der Unfähigkeit der Stadt, sich mit der Bundesagentur zu einigen, könnten innerhalb eines Dreivierteljahres alle Planungen der ARGE, einschließlich der beschlossenen Personaleinstellungen, über den Haufen geworfen werden. Dass alle beteiligten Personalräte und Gewerkschaften dagegen Sturm laufen, ist nur verständlich.

Die Fraktion Die Linke.Köln hat sich nicht nur mit der möglichen Beschlussfassung, sondern auch mit der Begründung eingehend beschäftigt. Die blumige und schönfärbende Begründung können wir nicht nachvollziehen. Dort heißt es unter anderem:

Knapp drei Jahre nach Gründung der ARGE Köln kann überwiegend ein positives Ergebnis festgestellt werden.

Positiv ist für uns nicht, wenn Widersprüche erst nach 8,7 Monaten bearbeitet werden können und wenn noch 30 000 Postrückstände auf ihre Bearbeitung warten. Positiv ist für uns auch nicht, wenn Integration für viele bedeutet, allzu schnell einen 1-Euro-Job annehmen zu müssen. Vom Kriterium der Freiwilligkeit war ja nur in der Anfangsphase der ARGE die Rede. Positiv ist für uns vor allem nicht, wenn, wie es in der Begründung heißt, im Standort Mitte unter den neuen Bedingungen konsequenter gehandelt wird und etwa doppelt so viele Sanktionen wie in der Zeit vor der Umstellung ausgesprochen werden.

Es ist für unsere Fraktion eine grauenhafte Vorstellung, wenn sich, wie es weiter heißt, diese positive Entwicklung sukzessive auch in den anderen ARGE-Standorten einstellen wird. Nach der unseligen Broschüre von Clement, die die Arbeitslosen pauschal verdächtigt, und der Kampagne der *Bild*-Zeitung gegen Arbeitslose in den vergangenen Wochen haben derartige Erfolge einen schalen Beigeschmack.

Die Fraktion Die Linke.Köln weiß aber sehr wohl zwischen der Begründung und der eigentlichen Beschlussfassung zu unterscheiden. Unserer Ansicht wäre es unverantwortlich, jetzt eine Kündigung des Vertrages zu riskieren. Die

Beschlüsse zur Aufstockung des Personals in der ARGE wären hinfällig. Personal müsste in kürzester Zeit umverteilt und zum Teil entlassen werden. Die Abwicklung der ARGE innerhalb eines Dreivierteljahres kann sich nur zum Nachteil der Leistungsberechtigten auswirken.

Hinzu kommt, dass die bundespolitische Entwicklung noch unklar ist und abzuwarten bleibt, welchen Weg der Gesetzgeber einschlägt. Eine allzu schnelle Umgestaltung könnte 2010 wieder hinfällig sein, und man müsste wieder ganz vorne anfangen.

Wir sind allerdings der Meinung - deshalb haben wir den Ergänzungsantrag gestellt -, dass die Stadt, noch bevor sie ein neues Modell der Aufgabenverteilung im Rat vorstellt, eine Anhörung der betroffenen Gruppen und Initiativen organisieren sollte. Auf diese Weise hat sie die große Chance, die zahlreichen kritischen Stimmen der Betroffenen aufzunehmen und in die Umsetzung der neuen Struktur und Arbeitsweise im Umgang mit Leistungsberechtigten einfließen zu lassen. Erst nach einer solchen Anhörung und im Rahmen der Diskussion über die neue Gesetzgebung sollte die Stadt ihre Vorstellung zur Umgestaltung des Leistungsbezuges dem Rat zur kritischen Sichtung vorlegen. Es wäre gut, wenn sich die Dezernentin Frau Bredehorst anschließend dazu äußern würde.

Noch ein Wort zum CDU-Antrag. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie wissen ja, dass wir mit SPD und Grünen über viele Anträge, die beide Seiten vorlegen, reden. So etwas lehnen Sie strikt ab, und Sie verteufeln uns lieber als Mauerbauer.

(Andreas Köhler [CDU]: Mauermörder! Aber auch Mauerbauer! - Winrich Grantzka [CDU]: Ich nehme das für Sie zurück!)

- Danke. - Aber dann gehen Sie hin und schreiben heimlich von unserem Antrag ab. Das ist peinlich. Ich danke für das Zuhören.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kellner. Herr Kluth, bitte.

Walter Kluth (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Sozialausschuss

37. Sitzung vom 04. März 2008

hat sich in der letzten Sitzung mit der Fortführung des ARGE-Vertrages intensiv beschäftigt. Dieser Fortführung haben alle Parteien mit Ausnahme der FDP, die dazu noch keine Fraktionsentscheidung getroffen hatte, zugestimmt. Von daher ist es eigentlich kein Problem, dem Inhalt des ARGE-Vertrages zuzustimmen.

Die Änderungsanträge, die hierzu sowohl von der Linken als auch von der CDU gestellt worden sind, beschäftigen sich mit der Gesetzesänderung - Stichwort kooperative Jobcenter -, die gerade vom Bundesarbeitsministerium herausgegeben wurde. Alle Parteien werden sich dazu intern ihre Meinung bilden; wir werden das in der nächsten Woche tun.

Ich denke, wir sollten die beiden Anträge, die hierzu vorliegen, in den Sozialausschuss verweisen, damit wir dementsprechend reagieren können. Die in den Anträgen enthaltenen Initiativen können wir durchaus aufgreifen. In erster Linie ist das aber wahrscheinlich eine Angelegenheit der Parteien, die ihre Interessen in die Gesetzgebung des Bundes einbringen müssen. Was für uns hier zu tun bleiben wird, wird die Umsetzung sein. Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. Die Vorlage dazu liegt Ihnen bereits vor und ist mit Ihnen auch weitestgehend abgestimmt. Frau Bredehorst möchte noch etwas dazu sagen, bitte schön.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Danke, Herr Oberbürgermeister. Ich bin gerade angesprochen worden, etwas dazu zu sagen. Dieser Zusatzantrag bezieht sich auf die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Neuorganisation der ARGE. Dazu muss man sagen, dass wir noch nicht wissen, wie sie ausfallen wird. Es gibt neue Vorschläge von diversen Gremien und Gruppierungen sowie vom Bundesarbeitsministerium. Wir beraten sehr intensiv in den Gremien des Städtetages über die Neuorganisation. Im Moment ist überhaupt noch nicht absehbar, wie sich der Gesetzgeber entscheiden wird.

Erst wenn sich der Gesetzgeber entschieden hat, können wir in Köln darüber nachdenken, wie wir mit der Neuregelung die zukünftige Sachbearbeitung des SGB ausgestalten. Dann wird es sicherlich sinnvoll sein, auch mit den Beratungsstellen und den Arbeitslosenzentren zu reden, mit denen wir ja ohnehin im Kontakt sind; denn

wir haben sie auch im Beirat der ARGE vertreten. Das wird auch das Gremium sein, in dem wir dann intensiv beraten müssen, wie es in Köln weitergeht.

Im Moment können wir aber nichts tun, weil wir nicht wissen, wie es weitergehen wird. Ich verspreche aber, dem Sozialausschuss regelmäßig Bericht zu erstatten, wie sich die Lage in der Bundesrepublik zu diesem Thema verändert, welche Vorschläge auf dem Tisch sind und wie sich insbesondere unser Spitzenverband dazu verhält. Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Bredehorst, Ihrer Einschätzung nach schlägt das aber nicht, die Vorlage jetzt zu verabschieden und, entsprechend des Vorschlags, der aus dem Plenum kam, die beiden zusätzlichen Anträge in den Sozialausschuss zu verweisen?

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Die beiden Anträge haben mit der Vorlage direkt nichts zu tun. Denn mit der Vorlage stellt der Rat lediglich fest, dass wir bis zum 31. März nicht kündigen werden; das könnten wir dann zum ersten Mal tun. Was weiter geschehen wird, ist ohnehin Gegenstand weiterer Beratungen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wollen wir so vorgehen, um eine einvernehmliche Lösung zu erreichen? Ich schlage vor - dieser Vorschlag kam auch aus dem Plenum -, dass wir zunächst über die Vorlage abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Demirel von der Linken enthält sich. Es ist so beschlossen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die beiden Zusatzanträge, die in den Sozialausschuss verwiesen werden sollen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig verwiesen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 9.3:

9.3 Neubau des Bezirksrathauses Rodenkirchen 4946/2007

Hier soll wie AVR, Anlage 15 abgestimmt werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?

37. Sitzung vom 04. März 2008

tungen? - Keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.4:

9.4 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2008 5299/2007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist es einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.5:

9.5 Einführung eines neuen elektronischen Dokumentations- und Abrechnungssystems im Rettungsdienst bei 37 5386/2007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.6:

9.6 Abführung an den städtischen Haushalt für 2008 5388/2007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.7:

9.7 Einrichtung von sieben Mehrstellen für die Objektbetreuung an Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden 5417/2007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.8:

9.8 Einrichtung eines „Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst“ (GSD) des Amtes für Kinder, Jugend und Familie zur Bearbeitung von Meldungen mit Verdacht auf Kindeswohlgefährdung 0016/2008

Hier soll wie Jugendhilfeausschuss, Anlage 3 abgestimmt werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

tungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.9:

9.9 Wirtschaftsplan 2008 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln 0468/2008

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.10:

9.10 Beschluss über die ordentliche Mitgliedschaft der Stadt Köln beim Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer - Unternehmerverband e. V. (TD-IHK) 0380/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.11:

9.11 Koelnmesse GmbH, Änderung des Gesellschaftsvertrages 0679/2008

Hierzu gibt es etwas zu beachten. Zunächst müssen wir über die Vorlage abstimmen. Danach haben wir noch einen Wahlgang zu machen. Es sind also zwei Vorgänge, die nacheinander stattfinden.

Mit dem Vorschlag in der Vorlage hatte ich ursprünglich vor - das hatte ich auch deutlich gesagt -, der Wirtschaft eine satzungsgemäße Positionierung innerhalb des Aufsichtsrates zu sichern. Darüber ist inzwischen in der Politik diskutiert worden. Das fand aber keine Mehrheit, deshalb schlagen wir Ihnen nunmehr folgende Alternative vor, die, wie mir scheint, mehrheitlich getragen werden kann. Kurz gesagt: Ich schlage Ihnen vor, über diese Alternative abzustimmen. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Bitte.

Martin Börschel (SPD): Ich möchte dazu noch über die Sitzung des Finanzausschusses berichten, die gestern stattgefunden hat und in der wir uns mit der Vorlage beschäftigt und auseinandergesetzt haben. Insofern würde ich

37. Sitzung vom 04. März 2008

darum bitten, in der Fassung des Finanzausschusses abzustimmen.

Zum einen - das haben Sie schon gesagt - haben wir dort die Alternative zur Beschlussgrundlage gemacht und diese dann einstimmig befürwortet. Zum anderen wollten wir der Verwaltung noch eine Modifikation mit an die Hand geben und diese hier heute besprechen. Die beiden Plätze, die der regionalen Wirtschaft zur Verfügung stehen ergeben sich nach unserer bisherigen Erkenntnis dadurch, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen bereit erklärt, einen der ihr rechnerisch zustehenden drei Plätze an die regionale Wirtschaft abzugeben, und dass ein Sitz von der Ratsliste der Stadt Köln gestellt wird.

Die Wirtschaft möge sich bei der Sitzverteilung bitte untereinander einigen, mit welchen Vertreterinnen oder Vertretern sie diese beiden Sitze einzunehmen gedenkt.

Ihre Vorlage ging ja noch davon aus, dass beide Plätze, sowohl der, den das Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellt, als auch der, den die Stadt Köln zur Verfügung stellt, an die IHK gehen sollen.

Wir würden es gerne offener formulieren, auch weil nach dem bisherigen Verfahren die anderen kleinen Gesellschafter wie die Handwerkskammer, der Einzelhandelsverband und andere bislang alle zwei Jahre - das geht nach dem Rotationsverfahren - einen Platz einnehmen. Nach unserer Erkenntnis hat sich die regionale Wirtschaft, also IHK, Handwerkskammer, bislang nicht einigen können. Wir sind im Finanzausschuss aber einstimmig übereingekommen, dass wir hier das Subsidiaritätsprinzip zur Anwendung kommen lassen wollen. Wir als Stadt möchten den regionalen Vertretern ungern vorschreiben, wer und durch wen diese Plätze eingenommen werden sollten, sondern wollen, dass sie sich bitte untereinander einigen.

Insofern stellt eine Modifikation Ihrer Vorlage dar, dass es keine zwingende Festlegung auf zwei Plätze für die IHK geben soll, sondern eine freie Entscheidung der regionalen Wirtschaft, die sich bitte einigen möge.

Jetzt kommt die spannende Frage - es hat heute noch viele Kontakte gegeben -, ob es eine solche Einigung schon gegeben hat oder nicht. Der Rat wäre jedenfalls auf Grundlage des gestrigen Finanzausschussbeschlusses in der

Lage, je nachdem, welcher Stand heute erreicht wurde, ein unterschiedliches Beschlussverfahren vorzuschlagen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Mir ist gestern mitgeteilt worden, dass das gestern ohne Votum in den Rat geschoben worden ist. Herr Börschel, wenn ich das eben noch ergänzen beziehungsweise richtig stellen darf.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Das ist also gestern nicht entschieden worden. Das heißt, wir können nicht wie Finanzausschuss entscheiden. Wir wollen jetzt von der Verwaltung eine Ergänzung hören, die Herr Soénius vorträgt. Ich gehe mit Ihnen völlig d'accord, dass wir nicht entscheiden müssen, welches Gremium wen entsendet. Das soll deren Sache sein.

(Martin Börschel [SPD]: Gut, aber die Vorlage sah anders aus!)

Der Herr Stadtkämmerer möchte dazu noch einen Vorschlag machen, den wir hier als Ergänzung aufnehmen können.

Stadtkämmerer Peter Michael Soénius: Das haben wir gestern im Finanzausschuss angesprochen. Ich meine, dass die vorgeschlagene Alternative an einer Stelle aus rechtlichen Gründen etwas anders gefasst werden muss. Bei der Durchsicht der Vorlage, die ja mehrfach geändert werden musste, haben wir festgestellt, dass in Abs. 2, 3. Spiegelstrich des Alternativvorschlags irrtümlich nicht aufgeführt wurde, dass in der Anlage 1 § 19 Abs. 8, Gesellschaftsvertrag der Koelnmesse, auch die Buchstaben g bis i zu streichen sind. Der entsprechende Spiegelstrich in der fünften Zeile muss lauten: „den Abs. 7 und in Abs. 8 die Buchstaben g bis i zu streichen.“ So haben wir es gestern im Finanzausschuss besprochen. Das fließt dann mit in diesen Beschluss ein, hat rein rechtliche Gründe und vers schlägt nichts.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich habe den Eindruck, damit gehen alle d'accord. Das ist gestern so besprochen worden und geht jetzt in die Beschlusslage der Alternativen mit ein.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Stadtkämmerer Peter Michael Soénius: Herr Oberbürgermeister, ich wollte noch der guten Ordnung halber bestätigen, was der Fraktionsvorsitzende der SPD gerade gesagt hat. Ich habe mich heute auch noch einmal bemüht, diese Informationen an die beiden Organisationen weiterzugeben. Es ist verständlicherweise heute noch nicht zu einer Entscheidung gekommen; denn es gibt dort auch Gremiensitzungen usw. Insofern ist die Frage tatsächlich offen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Aber auch dafür finden wir eine Lösung.

(Martin Börschel [SPD]: Genau!)

Ich lasse nun über diesen jetzt mit dieser Ergänzung versehenen Änderungsvorschlag, also die Alternative mit der Streichung der vom Kämmerer und gestern auch im Finanzausschuss schon so genannten Punkte, abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, SPD, Grüne, FDP, pro Köln, Linke, Herr Dr. Müser, Frau May, meine Stimme - alle sind dafür. Es gibt keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Das ist einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu einer Wahl. Dazu liegt mir eine gemeinsame Liste von CDU, SPD, Grünen und FDP vor, die wir als Liste 1 bezeichnen. Die entsprechenden Namen werde ich Ihnen gleich vorlesen.

Es gibt noch eine Liste 2 mit Frau Wolter von pro Köln.

Zur Liste 1: Wie in der Vorlage bereits erwähnt, wird gemäß § 113 Abs. 3 der GO NRW unter Nummer 1 der Oberbürgermeister benannt. Danach folgen die Ratsmitglieder Müller, Kaske, Moritz, Grau, Schulz, Gey, Ciesla-Baier, Ulke, Wolf und - das wird als Übergangslösung vorgeschlagen - der Herr Stadtkämmerer.

(Ralph Sterck [FDP]: Arbeitstitel: Dummie! - Heiterkeit)

- Das hätte ich mich jetzt nicht gewagt, zu sagen. - Das ist also der gemeinsame Vorschlag von Liste 1.

Martin Börschel (SPD): Ich will das noch einmal für das Protokoll kurz erläutern; denn ohne Klarstellung könnte es sein, dass Außenstehen-

de nicht genau versteht, warum wir das so machen.

Sie haben gerade zwei Listen vorgeschlagen. Würde jetzt das Wahlbündnis CDU, SPD, Grüne und FDP einen letzten Platz freilassen - das kann und das sollte man hier auch ganz offen so sagen -, dann würde dieser natürlich automatisch bei einer Wahl hier im Rat der Liste 2 zugesprochen werden.

Das möchten wir nicht, weil wir - das deckt sich mit dem, was wir eben gesagt haben - diesen Platz ganz ausdrücklich der regionalen Wirtschaft vorbehalten wollen, die bitte nach der eben angesprochenen Einigung uns dann mitteilen möchte, durch wen dieser Platz eingenommen wird. Deswegen hat sich auf unser interfraktionelles Bitten hin Herr Stadtkämmerer Soénius freundlicherweise bereit erklärt, diesen Platz einstweilen einzunehmen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

- Er ist sich der Last durchaus bewusst.

(Heiterkeit)

Er stellt diesen Platz aber dann zur Verfügung, wenn die regionale Wirtschaft uns einen Namen nennt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Er opfert sich also nur temporär. Ich denke, dass die Wirtschaft in Kürze einen Lösungsvorschlag machen wird.

Ich muss Sie fragen, meine Damen und Herren, ob es neben den schon vorgestellten noch weitere Listenvorschläge gibt. - Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir können jetzt zwischen Liste 1 und Liste 2 wählen. Wer ist für die Liste 1? -

(Manfred Rouhs [pro Köln]: Halt! Wir haben geheime Abstimmung beantragt!)

- Bitte, Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Wir haben geheime Abstimmung beantragt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Davon weiß ich nichts.

37. Sitzung vom 04. März 2008

Manfred Rouhs (pro Köln): Natürlich haben wir das getan. Wir haben geheime Abstimmung beantragt, als wir den Kandidatenvorschlag eingereicht haben.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Entschuldigung, das war mir nicht bekannt. Es ist alles vorbereitet. Ich hatte diesbezüglich auf eine Meldung gewartet. Aber wenn Sie es schon vorher angemeldet hatten, dann verfahren wir so.

Sie kennen das Prozedere einer geheimen Abstimmung. Es sind Zettel vorbereitet. Zum einen haben wir die Liste 1; das ist die gemeinsame Liste. Zum anderen haben wir die Liste 2; darauf steht der Name von Frau Wolter.

Ich darf Frau Kramp und Frau Hoffmann darum bitten, den geheimen Wahlgang vorzubereiten. Leider haben jetzt viele den Ratssaal verlassen. Wir müssen aber die genaue Zahl der Anwesenden feststellen. Ich lasse nun den Gong ertönen, damit alle in den Saal zurückkehren.

(Gong)

Das Prozedere wird zügig vonstatten gehen. Die Stimmzähler hatte ich zu Beginn der Sitzung benannt. Es werden nun die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen.

(Aufruf der Ratsmitglieder durch Schriftführerin Petra Kramp - Abgabe und Auszählen der Stimmen von 20.48 Uhr bis 21.07 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Haben alle Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben? - Gut, dann schließen wir jetzt den Wahlgang.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen jetzt das Ergebnis der geheimen Abstimmung mitteilen. Da heute einige Ratsmitglieder früher gehen mussten beziehungsweise wegen Krankheit entschuldigt waren, sind nur 81 Stimmen abgegeben worden. Davon war eine Stimme ungültig. Für die Liste 2 sind sechs Stimmen abgegeben worden. Für die Liste 1 sind 74 Stimmen abgegeben worden. Das bedeutet, dass alle zehn Kandidaten der Liste 1 sind gewählt. Die Kandidatin auf Liste 2 wurde nicht gewählt.

Ich wiederhole jetzt noch einmal die Namen derjenigen, die neben dem OB in den Aufsichtsrat gewählt worden sind: Herr Müller, Herr Kaske, Frau Moritz, Herr Grau, Herr Schulz, Herr Gey, Herr Ciesla-Bayer, Frau Ulke, Herr Wolf und Herr Soénius. Damit schließen wir Punkt 9.11 ab.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.12 auf:

9.12 Restaurierung des Rheintalprofils in der städtischen Freiluft- und Gartenarbeitschule (Freiluga) in Köln-Müngersdorf 0440/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Das ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.13:

9.13 Änderung der Satzung der RheinEnergie AG 0825/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.14:

9.14 Änderung der Satzung der GEW Köln AG 0836/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Auch keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Es ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 11 auf:

11. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

11.1 Beschluss über Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 67439/03 Arbeitstitel: Kartäuserwall in Köln-Altstadt/Süd 5409/2007

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Das ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.2.

37. Sitzung vom 04. März 2008

11.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 75420/05 Arbeitstitel: Hansestraße in Köln-Porz-Gremberghoven und Köln-Rath/Heumar 0459/2008

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Auch hierzu gibt es einen einstimmigen Beschluss.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 13 auf:

13. Erlass von Veränderungssperren

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

13.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd Arbeitstitel: Hohe Pforte in Köln-Altstadt/Süd 5346/2007

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 15:

15. KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 15.1:

15.1 194. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0424/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

16. Wahlen

Bei der Wahl unter 16.1 kann ich mitstimmen, an den anderen Abstimmungen nehme ich nicht teil.

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 Entsenden von Vertretern der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des

Zweckverbandes Rechtsrheinischer Kölner Randkanal 0296/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann sind sie einstimmig mit der Stimme des OB so gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für den Sportausschuss und den Ausschuss Schule und Weiterbildung 0493/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Sie sind einstimmig ohne die Stimme des OB benannt.

Zu Tagesordnungspunkt 16.3:

16.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Umbesetzung des Hauptausschusses AN/0348/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig ohne die Stimme des OB so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.4:

16.4 Berufung einer/eines Stellvertreterin/Stellvertreters der Bezirksschülervertretung als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung in der Eigenschaft einer sachkundigen Einwohnerin/eines sachkundigen Einwohners 0503/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig ohne die Stimme des OB so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich beende hiermit den öffentlichen Teil der Sitzung.

(Schluss: 21.13 Uhr)